



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

104. Sitzung

Hannover, den 26. März 2021

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen der Präsidentin 9937
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 9937

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema „Niedersachsen in der dritten Welle“ - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 18/8852 9937

und

Tagesordnungspunkt 3:

Erste Beratung:

Lockdown-Strategie gescheitert - engagierter, schneller und digitaler durch die Krise - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8863..... 9937
Stephan Weil, Ministerpräsident 9937
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)..... 9944, 9954
Johanne Modder (SPD)..... 9949, 9950, 9955
Miriam Staudte (GRÜNE) 9950
Dr. Stefan Birkner (FDP) 9956, 9960
Jens Nacke (CDU) 9962
Harm Rykena (fraktionslos)..... 9965
Stefan Henze (fraktionslos) 9966
Stefan Wirtz (fraktionslos) 9967
Dana Guth (fraktionslos) 9967
Jens Ahrends (fraktionslos) 9968
Klaus Wichmann (fraktionslos) 9969
Ausschussüberweisung (TOP 3) 9969

Tagesordnungspunkt 4:

Dringliche Anfragen 9969

a) **Schleppende Impfungen? Verspätete Testungen? Uneinheitliche Kommunikation? Wie verantwortungsvoll handelt die Landesregierung in der entscheidenden Phase der Pandemie?** - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8868..... 9969

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)

..... 9970, 9975, 9976, 9979

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 9971 bis 9980

Susanne Victoria Schütz (FDP) 9974, 9977

Jens Ahrends (fraktionslos)..... 9975

Christian Meyer (GRÜNE)..... 9976, 9978

Dr. Bernd Althusmann, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

..... 9976, 9979

Jörg Bode (FDP) 9977, 9979

b) **Impfen ohne Tempo, Testen ohne Konzept, Inzidenz ohne Alternative (Teil 2)** - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 18/8869..... 9980

Susanne Victoria Schütz (FDP)

..... 9980, 9983, 9984

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 9981 bis 9985

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 9985

c) **Beschleunigt Corona die Armutsentwicklung in Niedersachsen?** - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 18/8872 9985

Oliver Lottke (SPD) 9985, 9988

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 9986 bis 9994

Annette Schütze (SPD) 9989

Hanna Naber (SPD) 9989

Björn Försterling (FDP) 9990, 9992

Volker Bajus (GRÜNE) ... 9991, 9993, 9994, 9995

Dr. Thela Wernstedt (SPD) 9991

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 9993

Uwe Schwarz (SPD) 9994

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Ausbilden für die Zukunft: Jetzt überbetriebliche Ausbildung ausweiten! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8724 9995

Eva Viehoff (GRÜNE) 9995, 10000

André Bock (CDU) 9996

Rüdiger Kauroff (SPD) 9998

Jörg Bode (FDP) 9999

Ausschussüberweisung 10000

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Eine Perspektive für Bildung und soziales Miteinander - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8862 10001

Björn Försterling (FDP) 10001

Lasse Weritz (CDU) 10002, 10003, 10007

Julia Willie Hamburg (GRÜNE) 10003

Christoph Bratmann (SPD) 10005

Ausschussüberweisung 10007

Nächste Sitzung 10007

Vom Präsidium:

Präsidentin	Dr. Gabriele A n d r e t t a (SPD)
Vizepräsidentin	Petra E m m e r i c h - K o p a t s c h (SPD)
Vizepräsident	Bernd B u s e m a n n (CDU)
Vizepräsident	Frank O e s t e r h e l w e g (CDU)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführer	Matthias M ö h l e (SPD)
Schriftführerin	Hanna N a b e r (SPD)
Schriftführerin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Schriftführer	Rainer F r e d e r m a n n (CDU)
Schriftführerin	Gudrun P i e p e r (CDU)
Schriftführer	Heiner S c h ö n e c k e (CDU)
Schriftführerin	Imke B y l (GRÜNE)
Schriftführerin	Susanne M e n g e (GRÜNE)
Schriftführer	Thomas B r ü n i n g h o f f (FDP)
Schriftführerin	Hillgriet E i l e r s (FDP)
Schriftführer	Horst K o r t l a n g (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
	Staatssekretär Stephan M a n k e , Ministerium für Inneres und Sport
	Staatssekretärin Doris N o r d m a n n , Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Daniela B e h r e n s (SPD)	
Kultusminister Grant Hendrik T o n n e (SPD)	Staatssekretärin Gaby W i l l a m o w i u s , Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie- rung Dr. Bernd A l t h u s m a n n (CDU)	Staatssekretär Dr. Berend L i n d n e r , Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali- sierung
	Staatssekretär Prof. Dr. Ludwig T h e u v s e n , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz
Justizministerin Barbara H a v l i z a (CDU)	Staatssekretär Dr. Frank-Thomas H e t t , Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Björn T h ü m l e r (CDU)	
Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klima- schutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Birgit H o n é (SPD)	Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie namens des Präsidiums sehr herzlich begrüßen und eröffne die 104. Sitzung im 42. Tagungsabschnitt des Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen der Präsidentin

Besonders begrüßen möchte ich den Abgeordneten Matthias Möhle. Herr Möhle hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege, alles Gute und Wohlergehen für das kommende Lebensjahr!

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Jetzt hören wir die mir zugegangenen Entschuldigungen. Bitte, Frau Kollegin!

Schriftführerin Hillgriet Eilers:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für heute haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Innenminister Boris Pistorius, Finanzminister Reinhold Hilbers und die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Barbara Otte-Kinast, von der Fraktion der SPD Axel Brammer, Karl-Heinz Hausmann, -

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Ich darf Sie um Ruhe bitten!

Schriftführerin Hillgriet Eilers:

- Gerd Hujahn und Doris Schröder-Köpf, von der Fraktion der CDU Christian Calderone, Gerda Hövel, Laura Hopmann, Kai Seefried und Dirk Toepfer, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Helge Limburg sowie das fraktionslose Mitglied des Hauses Stephan Bothe.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt ist Ihnen zugegangen. Mit der „Tagesordnung mit aktualisierten Redezeiten“ haben Sie Informatio-

nen über die von den Fraktionen umverteilten und die von den fraktionslosen Mitgliedern des Hauses angemeldeten Redezeiten erhalten. Darf ich das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten feststellen? - Das ist der Fall. Vielen Dank. Die heutige Sitzung soll demnach gegen 15.35 Uhr enden.

Vereinbarungsgemäß rufe ich zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema „Niedersachsen in der dritten Welle“ - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - [Drs. 18/8852](#)

Tagesordnungspunkt 3:

Erste Beratung:

Lockdown-Strategie gescheitert - engagierter, schneller und digitaler durch die Krise - Antrag der Fraktion der FPD - [Drs. 18/8863](#)

Zunächst darf ich Herrn Ministerpräsidenten Weil das Wort für die angekündigte Regierungserklärung erteilen. Bitte, Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist gerade einmal zehn Tage her, dass wir in der letzten Plenarsitzung ausgiebig über den Stand der Corona-Krise debattiert haben, aber es gibt trotz dieser kurzen Zeit schon wieder vieles zu berichten. Wir befinden uns am Ende einer besonders turbulenten Woche. Und eines kann man mit Sicherheit sagen: Die unruhigen Zeiten werden noch weitergehen.

Der Hauptgrund dafür lässt sich in einem einfachen Satz zusammenfassen: Wir befinden uns inmitten einer dritten Infektionswelle. Daran lassen die Zahlen nun leider überhaupt keinen Zweifel. Die Infektionszahlen steigen von Tag zu Tag, von Woche zu Woche um 20 bis 30 %. Auch der Grund dafür ist bekannt: Die Mutationen haben inzwischen die Oberhand gewonnen. Sie sind bekanntlich wesentlich ansteckender als das Originalvirus. Und das erklärt dann auch diesen starken Anstieg der Zahlen. Auch die Prognosen verheißen nichts Gutes, sondern bis auf Weiteres einen stetigen weiteren Anstieg, und zwar mit genau dieser Dynamik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist eines ganz wichtig: Wir dürfen uns damit nicht abfinden! Wir

müssen die Welle brechen! Wir müssen die Kontrolle behalten über die Pandemie in unserem Land, insbesondere damit die Gesundheitsämter die Chance behalten, die Kontakte nachzuverfolgen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dann ergreifen Sie doch Maßnahmen!)

Wir müssen Leben und Gesundheit unserer Mitmenschen schützen. Und lassen Sie mich daran erinnern, dass inzwischen fast 5 000 Menschen in Niedersachsen dem Virus zum Opfer gefallen sind und wahrscheinlich eine ähnlich hohe Zahl an schweren Nach- und Nebenwirkungen leidet. Wenn wir die Ausbreitung des Virus nicht eindämmen, werden in Niedersachsen noch viele Menschen an oder mit dem Virus sterben. Damit - das ist meine tiefe Überzeugung - dürfen wir uns nicht abfinden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Und es gibt einen weiteren Grund, den ich betonen möchte: Wir wissen doch aus der Erfahrung, dass der Weg in die Welle hinein schneller und steiler verläuft als der Rückweg. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass wir möglichst schnell wieder in die Normalität zurückkehren können, müssen wir auch möglichst schnell diese Welle brechen.

Ich sage das auch deswegen am Anfang so betont, weil wir alle miteinander uns sicher keine Illusionen über die Stimmung in unserer Gesellschaft machen. Ich habe neulich das Wort „mütend“ kennengelernt. Das ist eine bittere Sprachschöpfung, eine Verbindung der Worte „müde“ und „wütend“. Das ist vielleicht recht treffend für die Situation. Viele Menschen sind erschöpft, viele sind einsam, viele sind wegen wachsender wirtschaftlicher und finanzieller Schäden auch verzweifelt, viele sind frustriert, weil die Pandemie nun so gar kein Ende nehmen will und vor dem eigentlichen Ende der zweiten Welle schon die dritte Welle begonnen hat.

Wenn dann noch wie in dieser Woche politische Fehler dazukommen - Stichworte „Mallorca“ und „Osterruhe“ -, dann darf sich niemand über eine solche Stimmung wundern. Ich nehme das ernst. Aber deswegen dürfen wir nicht in unseren Anstrengungen nachlassen, und wir dürfen nicht allen Anliegen nachgeben, weil uns nämlich die Realität der Pandemie sehr, sehr schnell einholen würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle tragen Verantwortung, und der werden wir auch alle ge-

recht werden müssen - innerhalb dieses Hauses, aber auch in der ganzen Gesellschaft. Das ist meine persönliche Überzeugung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vor uns liegt in den nächsten Wochen ein schwieriger Spagat: Wir müssen unseren Kampf gegen die Pandemie mit gleicher und womöglich noch größerer Intensität fortführen. Und wir müssen parallel dazu Perspektiven aufzeigen, nicht nur theoretisch, sondern eben auch ganz praktisch, damit auch klar wird, warum wir uns jetzt so anstrengen.

Die bisherigen Maßnahmen - dies zeigen die Zahlen sehr eindeutig - reichen dafür allein ganz sicher nicht aus. Umgekehrt: Einfach nur „Mehr von demselben“ ist wenig Erfolg versprechend.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sie machen doch gar nichts anderes!)

Das zeigt uns die aktuelle Entwicklung sehr deutlich. Deswegen werden wir in den nächsten Wochen und Monaten unser Vorgehen auf drei klar definierte Schwerpunkte stützen:

Erstens. Das Fundament ist und bleibt der Infektionsschutz. Es ist und bleibt die Kontaktnachverfolgung durch den öffentlichen Gesundheitsdienst. Hierfür werden wir unser Regelwerk jetzt noch einmal anpassen.

Zweitens. Testen, testen, testen! Wir wollen so gut wie irgend möglich das Dunkelfeld ausleuchten und gleichzeitig sichere Räume schaffen, in denen dann wieder ein normales Leben möglich wird. Das mag anfangs dazu beitragen, dass die Zahlen steigen; das wissen wir. Aber die Zahl der tatsächlichen Infektionen steigt durch das Testen ganz sicherlich nicht. Je mehr wir testen, desto eher haben wir dann auch die Basis für kontrollierte Lockerungen und eine langsame Rückkehr in die Normalität.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Drittens. Impfen, impfen, impfen! Bund und Länder haben ein überragend wichtiges Ziel: Wir wollen im Sommer allen Menschen, die geimpft werden wollen, auch die Möglichkeit geben, geimpft zu werden. Denn wenn die deutliche Mehrheit der Bevölkerung geimpft ist, dann haben wir tatsächlich den Durchbruch erzielt, dann haben wir nach allem, was wir wissen, diese scheinbar unendliche Krise in den Griff bekommen.

Es ist also ein Dreiklang - Infektionsschutz, Testen, Impfen -, mit dem wir in den nächsten Wochen auch unter sehr schwierigen Bedingungen Schritt für Schritt sichtbare Erfolge erzielen und dann schlussendlich hoffentlich auf die Schlussgerade dieser Pandemie einbiegen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sagte, das Fundament unseres Vorgehens bleibt der Infektionsschutz. Diese Frage stand auch im Mittelpunkt der Bund-Länder-Gespräche am Montag. Der Bund und 16 Länder waren sich einig: Wir brauchen jetzt einen Wellenbrecher.

Da große Teile des öffentlichen Lebens derzeit ohnedies geschlossen sind und nicht als Infektionsquelle in Betracht kommen, stehen vor allem das private Umfeld und auch das Arbeitsleben im Fokus. Bekanntlich - das wissen Sie - hatten wir uns vorgenommen, durch eine kurze und harte Auszeit in einer verlängerten Osterzeit diese Infektionswelle mindestens zu stoppen, die Dynamik zu brechen. Die Feiertage sollten dafür genutzt werden, alle Aktivitäten noch einmal drastisch zu reduzieren.

Zwei Tage später hat, wie Sie wissen, die Bundeskanzlerin dann erklären müssen, dass sich dieses Vorhaben nicht umsetzen lässt, und dafür die Verantwortung übernommen. Diese Haltung verdient ganz sicher Respekt, aber ich weiß natürlich auch, dass es sich um eine gemeinsame Entscheidung gehandelt hat und ich deswegen auch persönlich insoweit Mitverantwortung trage. Das tut mir insbesondere im Hinblick auf den ausgelösten Vertrauensschaden sehr leid, wie Sie sich vorstellen können.

Ich bedauere diese Entscheidung aber noch aus einem anderen Grund. Der Anlass für unser Vorhaben hat sich ja nicht geändert. Wir müssen zusätzliche Maßnahmen zum Infektionsschutz ergreifen. Ein kurzer, harter Lockdown hätte sicherlich nicht auf Dauer die Mutationen stoppen können, sehr wohl aber - ich sagte es - die Dynamik brechen und die Spitze kappen können. Das sagten uns jedenfalls die Experten. Jetzt steht uns dieses Instrument nicht mehr zur Verfügung, und damit stellt sich ganz automatisch die Frage nach einem Äquivalent. Wenn es um private Aktivitäten und Kontakte geht, so sind diese ja bereits jetzt in einem weiten Umfang eingeschränkt sind. Deswegen muss der Blick automatisch auch auf Ausgangssperren fallen.

Wir haben, wie Sie wissen, von diesem Instrument in Niedersachsen in den vergangenen mehr als 13

Monaten nur zurückhaltend Gebrauch gemacht. Es gibt praktische Erfahrungen, z. B. in der Grafschaft Bentheim und im Landkreis Gifhorn. Die Verantwortlichen sind mit den Ergebnissen zufrieden. Aber dabei hat es sich immer eher um punktuelle Maßnahmen gehandelt.

Jetzt müssen wir vor dem geschilderten Hintergrund, den ich - das will ich noch einmal hervorheben - wirklich sehr, sehr ernst nehmen, deutlich stärker auf dieses Instrument zurückgreifen. Es geht dabei um die Nachtstunden zwischen 21 Uhr abends und 5 Uhr morgens, in denen sich Bürgerinnen und Bürger nicht ohne wichtigen Grund im öffentlichen Raum aufhalten dürfen. Es bleibt dabei, dass maßgeblich für eine solche Entscheidung die Lage vor Ort ist. In Niedersachsen besteht unverändert ein sehr differenziertes Lagebild. Ab einem Inzidenzwert von 100 besteht eine Pflicht der Kommunen, solche Beschränkungen zu prüfen. Das gilt insbesondere für die Teile ihres Gebietes, in denen es ein deutlich erhöhtes Infektionsaufkommen gibt, die sogenannten Hotspots. Das sind nicht wenige, davon gibt es eine ganze Reihe in Niedersachsen. Ein Beispiel, an dem Sie sich orientieren können und das zeigt, was jetzt die richtige Vorgehensweise ist, erleben wir derzeit mit der Ausgangssperre in der Stadt Papenburg, die allerdings nicht für den Rest des Landkreises Emsland gilt.

Ab einem Inzidenzwert von 150 soll eine Ausgangssperre angeordnet werden, wobei wiederum die Kommunen im Rahmen ihrer konkreten Beurteilung vor Ort dann davon absehen können, wenn aus ihrer Sicht die Infektionszahlen auch durch andere Maßnahmen wieder unter diesen Wert gesenkt werden können.

Unter dem Strich erwarte ich auf dieser Grundlage, dass wir künftig in unserem Land deutlich mehr Ausgangssperren erleben werden, vor allen Dingen in den Hotspots. Die gibt es überall im Land. Wenn Sie sich die täglichen Statistiken anschauen, werden Sie feststellen, dass gerade aus diesen Bereichen ein beträchtlicher Anteil der Infektionen landesweit stammt. Das heißt, hier haben wir es mit Schwerpunkten zu tun. Ich rate uns allen, gerade in diesen Schwerpunkten konzentriert vorzugehen. Das hilft uns insgesamt bei der Bekämpfung der Pandemie. Davon bin ich überzeugt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Ich muss nicht betonen, dass wir diese und auch andere Maßnahmen nicht gerne ergreifen. Ganz

im Gegenteil. Aber noch einmal: Die Dynamik der Infektionswelle ist es, die uns wirklich beunruhigt, und diese Dynamik müssen wir in den Griff kriegen.

Lassen Sie mich ein Weiteres hinzufügen: Der Staat muss tun, was der Staat tun kann. Das stimmt. Aber gerade im privaten Umfeld ist es nun einmal auch die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, an die immer und immer wieder erinnert werden muss. Verordnungen alleine werden dieses Problem ganz gewiss nicht lösen, aber noch größere gemeinsame Anstrengungen in unserer Gesellschaft sehr wohl. Deswegen noch einmal der Hinweis: Wir brauchen jetzt auch das Mitwirken von allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ihrer eigenen Verantwortung in dieser Krise sehr bewusst sind.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal auf die sogenannte Osterruhe zurückkommen, die ja nun jedenfalls von Rechts wegen nicht kommen wird. Der Grundgedanke bleibt aber nach wie vor völlig richtig. Meine Bitte für die Osterferien ist, dass wirklich wir alle diese Feiertage als Chance nutzen, noch einmal alles deutlich herunterzufahren und Kontakte zu beschränken.

Ein gutes Beispiel dafür gibt es in Cuxhaven, wo man sich entschieden hat, den überregionalen Tagestourismus zu unterbinden, um keine auswärtigen Gäste anzulocken. Auch jede weitere Unterstützung in dieser Hinsicht ist ausdrücklich erwünscht und herzlich willkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so notwendig das alles ist - es reicht nicht aus. Wir werden weitere Perspektiven schaffen müssen. In diesem Punkt sind wir uns, so glaube ich, alle hier einig. Testen ist eine solche Perspektive, und wir sind jetzt soweit, die damit verbundenen Möglichkeiten auch ganz praktisch zu nutzen. Testen hilft, Infektionen früh zu erkennen und Infektionsketten früh zu unterbrechen. Testen ist aber auch die Grundlage für den Versuch, in Zeiten der Pandemie nach und nach öffentliche Angebote wieder zugänglich zu machen.

Ein besonders wichtiges Beispiel sind die Schulen und Kindertagesstätten. In dieser Woche haben an vielen Schulen Schnelltests begonnen,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Aber eben nicht an allen Schulen!)

und die Beteiligten haben ihre ersten praktischen Erfahrungen gemacht. Bis heute werden ca. 85 % der Schulen Tests erhalten haben und mit der Anwendung starten. Nach den Osterferien wollen wir dann an allen Schulen in Niedersachsen mindestens zweimal wöchentlich Tests durchführen.

(Zuruf: Wer's glaubt, wird selig!)

Wir werden damit einen sehr genauen Überblick über die Infektionsrisiken an den Schulen selbst haben, wir werden genau sehen, inwieweit das Virus in der jungen Generation vertreten ist, und wir erhalten mittelbar einen Blick auf die Infektionssituation in vielen Familien, deren Teil die Kinder und Jugendlichen ja sind.

Ich habe natürlich Verständnis dafür, wenn diese neue Aufgabe nicht überall freudig aufgenommen wird. Alle Beteiligten haben schließlich schon viele, viele andere Belastungen aushalten müssen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das gilt für die Lehrer- genauso wie für die Schülerschaft. Regelmäßige Tests sind aber auch die Grundlage dafür, dass wir in den nächsten Monaten dauerhaft Präsenzangebote unterbreiten können und damit Kinder und Jugendliche endlich wieder die Förderangebote erhalten, die sie dringend brauchen. Das ist meines Erachtens ein überragend wichtiges Ziel, dem sich alle Beteiligten und auch wir alle verpflichten sollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

In den Kitas bieten die Träger mit Unterstützung des Landes ebenfalls zwei Tests in der Woche für die Beschäftigten an, damit die Beschäftigten selber Sicherheit haben. Aber mittelbar können wir damit natürlich auch einen wesentlich besseren Blick auf die Situation in den Kindertagesstätten erhalten.

Auch die übrigen Landesbediensteten werden Angebote bekommen, sich zweimal in der Woche zu testen.

In diesen Bereichen - Schulen, Kindertagesstätten, Landesdienst - sollen zusammen 1,3 Millionen Menschen zweimal wöchentlich getestet werden, auf Initiative und mit Unterstützung des Landes. Das alleine, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind schon einmal 15 % unserer Bevölkerung. Das bringt zum Ausdruck, was für ein ungeheurer Kraftakt dahintersteht. Wir als Land Niedersachsen meinen es wirklich ernst mit dem Thema Testen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Es wird auch Zeit!)

Ein zweiter großer Bereich ist natürlich die Wirtschaft. Allein in Niedersachsen haben wir ja etwa 3 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Wenn es gelingt, in allen Betrieben und Unternehmen ebenfalls regelmäßige Testangebote zu unterbreiten, dann gibt es wirklich auch gesellschaftsweit wesentlich mehr Klarheit, mehr Sicherheit.

Die Spitzenorganisationen der niedersächsischen Wirtschaft haben mir mitgeteilt, dass derzeit in etwa 50 % der Unternehmen bereits Testangebote bestehen.

Das größte niedersächsische Unternehmen, Volkswagen, hat vor wenigen Tagen erklärt, dass man jetzt ebenfalls vor Ort vielen Tausend Menschen zweimal in der Woche Testangebote unterbreiten wird, und man geht dort von einer sehr hohen Beteiligung aus.

Um die Beschaffung zu erleichtern, haben die Unternehmerverbände Niedersachsen eine gemeinsame Plattform eingerichtet, die hoffentlich sehr stark in Anspruch genommen wird.

Ich möchte mich für alle diese Anstrengungen bei allen Beteiligten sehr herzlich bedanken. Ich meine das wirklich sehr ernst und füge ebenso ernst hinzu: Wir werden diese Anstrengungen noch einmal deutlich intensivieren müssen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, über das Testen einen guten Durchblick und eine frühzeitige Infektionsbekämpfung in der ganzen Gesellschaft in Niedersachsen erreichen zu können. Dafür ist der Bereich der Wirtschaft ein besonders wichtiges Handlungsfeld.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das anhand folgender Zahl erläutern: Gelingt es, etwa 40 % der Bevölkerung - nach Möglichkeit immer in denselben Gruppen - regelmäßig zu testen, dann - so ist der Stand der Wissenschaft - können die Infektionscluster insgesamt, auch über die 40 % hinaus, sehr schnell erkannt und unschädlich gemacht werden.

Wir könnten dann viele Einschränkungen, unter denen wir alle heute leiden, endlich überflüssig machen. Ich meine, das ist eine Perspektive, für die hart zu arbeiten sich wirklich lohnt, und wir tun das.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das gilt schließlich auch für die dritte Säule des Testkonzepts: Alle Bürgerinnen und Bürger können Tests in den gelisteten Einrichtungen unentgeltlich vornehmen lassen. Das wissen Sie.

Beim Aufbau der Infrastruktur haben wir, wie ich finde, bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Nach aktuellem Stand gibt es flächendeckend in Niedersachsen derzeit etwa 4 000 dieser dezentralen Angebote. Viele davon gibt es in Arztpraxen oder Zahnarztpraxen. Wir sprechen über Apotheken, private Testlabore und auch immer mehr kommunale Angebote.

Ich finde, es ist wirklich bemerkenswert schnell gelungen, ein Netz über ganz Niedersachsen hinweg aufzubauen. Auch an dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei allen Beteiligten für ihre Anstrengungen bedanken. Das hilft uns sehr. Und ich bin sicher: Ein Ende dieser Entwicklung ist damit noch nicht erreicht. - Herzlichen Dank dafür!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das sind erfreuliche Nachrichten, und sie geben Anlass zu der Zuversicht, dass wir das Dunkelfeld der Infektionen, aus dem ja immer neue Infektionen stammen, jetzt immer stärker ausleuchten können. Deswegen nehmen wir diese Aufgabe so ernst.

Wir wollen dabei generell auch die digitale Kontaktnachverfolgung sicherstellen. Im Auftrag von Niedersachsen und sieben anderen Ländern verhandelt derzeit das Unternehmen Dataport über die Anwendung der Luca-App auch in Niedersachsen. Dabei ist uns die Schnittstelle zu den Gesundheitsämtern ganz besonders wichtig. Wir haben den Eindruck, dass wir dabei gute Fortschritte machen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zum dritten Schwerpunkt: Gute Nachrichten gibt es auch vom Impfen.

Der Anfang der Impfkampagne am Jahresbeginn ist hier oft genug diskutiert worden. Er war bekanntlich schwierig.

Aber ebenso kann ich klar feststellen: Inzwischen geht es wesentlich voran. In dieser Woche haben die 50 Impfzentren in Niedersachsen täglich mehr als 30 000 Impfungen gemeldet. Gestern haben wir mit über 37 000 Impfungen an einem Tag einen neuen Rekord erreicht.

Auch an dieser Stelle noch einmal: Dahinter steckt die harte Arbeit von ganz, ganz vielen Menschen in Niedersachsen, die Tag für Tag dafür sorgen, dass geimpft wird. Die verdienen, finde ich, unser aller herzliches Dankeschön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

In immer mehr Teilen unseres Landes wird dabei jetzt auch die zweite Prioritätsgruppe einbezogen. Ich habe mich besonders gefreut - wenn ich das sagen darf -, dass die Anmeldung für die über 70-Jährige ohne nennenswerte, größere Probleme gelungen ist. Wir haben erkennbar aus den Fehlern der Anfangsphase gelernt.

Insgesamt - um darunter einen Strich zu ziehen - sind bis jetzt über 1,1 Millionen Impfungen in Niedersachsen erfolgt. Etwa eine Dreiviertelmillion Menschen hat die erste Impfung erhalten, und etwa 350 000 Menschen haben jetzt schon den vollen Schutz durch die zweite Impfung. Das heißt, wir nähern uns immer stärker dem Zeitpunkt, zu dem wir feststellen können, dass eine wirklich große Gruppe in unserer Bevölkerung geschützt ist.

Das sehen wir übrigens auch schon ganz praktisch. Denn die Zahl der über 80-Jährigen in den Krankenhäusern und die Todeszahlen, die uns ja über die längste Zeit der Pandemie so große Sorgen gemacht hat, geht stetig zurück. Wenn es zu Ausbrüchen in Pflegeheimen kommt, wird meist von milden Verläufen berichtet. Das ist, gemessen an dem, was wir in diesen Bereichen schon an Schreckensnachrichten bekommen haben, wirklich außerordentlich erfreulich. Es zeigt, dass die Maßnahmen Erfolg haben.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Impfen - das ist klar - ist der wichtigste Weg, um aus der Krise zu kommen. Je mehr Impfstoff wir in Niedersachsen erhalten, desto schneller werden wir Corona hinter uns lassen können.

Für den nächsten Monat sind jetzt etwa 850 000 Impfdosen angekündigt worden. Das ist übrigens leider schon wieder deutlich weniger, als ursprünglich avisiert worden ist. Ich will noch einmal darauf hinweisen: Es ist nach wie vor nicht so, dass wir allen Zahlen in dieser Hinsicht trauen können.

Dennoch glauben wir, dass wir Ende des Monats April die Quote bei den Erstimpfungen auf über 20 % der Bevölkerung steigern können. Das heißt, mehr als anderthalb Millionen Menschen werden

dann auf diese Weise geschützt - auf einem hohen Niveau, wenn auch noch nicht vollständig, um auch das hervorzuheben.

Die Verfügbarkeit des Impfstoffs ist und bleibt in dieser Hinsicht tatsächlich unser größtes Thema. Sie ist auch der eigentliche Engpass für die Einbeziehung von Hausärztinnen und Hausärzten und der vielen betriebsärztlichen Dienste, die wir in Niedersachsen haben.

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben wirklich ein ganz großes Interesse daran, diese Systeme ebenfalls in die Impfversorgung einzubeziehen. Dann hätten wir es nicht mehr nur mit 50 Impfbüros, sondern mit sicher weit über 1 000 dezentralen Impfangeboten und Impfstellen im ganzen Land.

Das wird anfangs, nach Ostern, leider nur in einem sehr beschränkten Umfang möglich sein. Deswegen sollen in dieser Phase dann vor allem die hochbetagten Menschen versorgt werden, die bislang noch nicht geimpft werden konnten, weil sie ihr Haus nicht verlassen können. Das wird auf diese Weise sicherlich nach und nach behoben werden können.

In den darauffolgenden Wochen und Monaten rechnen wir allerdings damit, dass die Ärztinnen und Ärzte überall im Land den Löwenanteil der Impfungen in Niedersachsen vornehmen werden. Ich sage noch einmal: Je schneller und je mehr, desto besser! Meine Damen und Herren, das ist völlig klar.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn ich Ihnen diese Entwicklung schildere, merken Sie: Es ist eben kein Rufen im Walde, wenn Bund und Länder tatsächlich allen Bürgerinnen und Bürgern im Sommer ein Impfangebot gemacht haben wollen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Daran glaube ich nicht!)

- Ich werde gerne dafür arbeiten, liebe Frau Hamburg, Sie zu überzeugen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ich wünsche mir, dass Sie recht haben!)

Liebe Frau Hamburg, nehmen Sie doch einfach mal die Fortschritte zur Kenntnis, und arbeiten wir gemeinsam daran, dass wir noch schneller vorankommen. Wie wäre das?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ziehen wir unter all dies einen Strich, dann können wir auch inmitten der dritten Welle - über die ich sehr ernsthaft gesprochen habe - feststellen, dass sich der Himmel dennoch ein wenig aufklart. Gerade deswegen müssen wir übrigens ein großes Interesse daran haben, durch die dritte Welle glimpflich hindurchzukommen; denn danach verdichten sich die Aussichten auf eine Überwindung dieses Albtraums, unter dem wir alle jetzt schon seit mehr als einem Jahr leiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen aber nicht so lange warten. Ich komme noch einmal auf das Thema Tests zurück. Tests sind ein ganz wichtiger Beitrag für den Infektionsschutz. Tests können aber auch der Schlüssel für die Öffnung von vielen Angeboten sein, die jetzt schon so lange geschlossen sind - Einzelhandel, Gastronomie, Kultur, Hotels und was Sie sich noch denken können.

Grundlage dafür muss ein Konzept der sicheren Zonen sein. Wenn Angebote nur von Menschen wahrgenommen werden, die nachweislich nicht infiziert sind, und auch ansonsten alle Hygieneregeln beachtet werden, dann kann vieles möglich werden, was derzeit noch nicht möglich ist.

Wir wollen nach Ostern in einem mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten Verfahren in Modellprojekten testen, ob Öffnungen dadurch möglich sind. Vorgesehen sind räumlich abgegrenzte Gebiete in begrenzter Zahl - Ober-, Mittel- und Grundzentren in allen niedersächsischen Regionen mit einer niedrigen, aber auch mit einer hohen Infektionsbelastung. Wir wollen Erfahrungen sammeln, ob die Vorlage von Negativtests, ob die Anbindung an digitale Lösungen auch praktisch funktionieren, ob die Gesundheitsämter ihren Aufgaben auf diese Art und Weise noch schneller und noch besser nachkommen können, um - wenn wir gute Ergebnisse erzielen - daraus dann die insgesamt richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ich freue mich sehr über das rege Interesse von vielen Kommunen - die anfangs aber natürlich zahlenmäßig begrenzt bleiben müssen -, daran teilzunehmen. Wegen der Einzelheiten sind wir derzeit mit den kommunalen Spitzenverbänden in einem engen Austausch. Wir wollen versuchen, die Modellvorhaben in der Woche nach Ostern beginnen zu lassen, und sie sollen dann zunächst drei Wochen laufen.

Wenn wir damit beginnen - das füge ich hinzu -, dann sollten wir uns nicht gleich von steigenden

Infektionszahlen unruhig machen lassen. Wer viel testet, der findet eben auch viel.

(Zurufe: Hört, hört! - Gegenruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Hören Sie doch bis zu Ende zu!)

- Das ist eine gute Idee.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf: Ja, eine sehr gute Idee! - Weiterer Zuruf: Die AfD würde einfach nicht mehr testen! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das sind dann typischerweise aber keine neuen Infektionen, sondern bislang unentdeckte, die aber genauso ansteckend sind wie alle anderen auch, meine Damen und Herren. Ob und wie sich das im Einzelnen auswirkt, genau das wollen wir in diesen Modellvorhaben ausprobieren, auf deren Ergebnisse ich jedenfalls ausgesprochen gespannt bin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Abgeordnete des Landtags, ich habe diese Regierungserklärung mit der Schilderung großer Sorgen begonnen, und ich meine das auch persönlich tatsächlich sehr ernst. Ich schließe diese Regierungserklärung mit Nachrichten, die uns alle zuversichtlich stimmen können, und ich bin auch persönlich zuversichtlich. Das ist genau die Situation, in der wir jetzt miteinander stehen: Nach einem harten Winter - konfrontiert mit einer aggressiven dritten Welle - müssen wir den Infektionsschutz verstärken, und parallel dazu - Schritt für Schritt, aber eben immer mehr - nähern wir uns auch einem Ende dieser Krise, so widersprüchlich diese Feststellung zu sein scheint.

Infektionsschutz, testen, impfen - das alles ist Teil derselben Strategie und wird uns - davon bin ich überzeugt - weiterhelfen.

Ich möchte mit einem Aufruf an uns alle - hier im Plenum, aber auch an alle Bürgerinnen und Bürger im Land - schließen: Helfen wir jetzt alle zusammen dabei, gut durch die dritte Welle durchzukommen! Dann werden wir auch gemeinsam den Lohn unserer Anstrengungen ernten können, nämlich die Rückkehr in ein normales Leben.

Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die Abgabe der Regierungserklärung.

Ich darf feststellen, dass die Regierungserklärung 30 Minuten gedauert hat. Das bedeutet vereinbarungsgemäß, dass die beiden großen Fraktionen ebenso viel Redezeit erhalten. Die beiden kleinen Fraktionen erhalten je 20 Minuten. Jedes fraktionslose Mitglied des Hauses, das sich zu Wort meldet, erhält anderthalb Minuten.

Die Besprechung wird nun von der Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eröffnet. Frau Kollegin Hamburg, Sie haben das Wort.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht verhehlen, dass ich dieses Mal lange darüber nachgedacht habe, was und vor allem wie ich es heute hier sage. Denn die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate und die Kehrtwende rund um die Osterruhe haben unser Land erschüttert, und sie haben viele Menschen in eine nachhaltige Sinnkrise gestürzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt, macht mich Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, diesbezüglich fassungslos. Ich bin mir sicher, wenn Sie sich mit Abstand vor einen Spiegel stellen und sich fragen würden: „Habe ich heute die richtigen Worte getroffen?“, dann würden Sie das mit Fug und Recht selber mit Nein beantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Denn Ihre Rede enthielt wirklich nichts, aber auch gar nichts, um die Menschen, die sich jetzt abwenden, wiederzugewinnen. Die Geschehnisse der letzten Wochen und Monate haben doch gerade diejenigen Menschen so unfassbar zermürbt, die diese Maßnahmen seit Wochen, seit Monaten, seit einem Jahr mit uns gemeinsam durch- und aushalten und uns im Kampf gegen den Virus unterstützen. Und diese Menschen brauchen wir auch in den kommenden Monaten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss deutlich sagen: Egal, wie diszipliniert ein Mensch ist, viele können einfach nicht mehr. Und das geht doch auch uns so. Wenn wir mal ehrlich sind - und wir sind tief in der Materie drin -, fällt es auch uns gerade doch schwer, noch das Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, lässt nicht im Ansatz erkennen, dass Sie das verstanden und gelernt haben und dass Sie jetzt mit Verve vorangehen werden. Keine Tatkraft, keine Vision, keine Perspektiven, dass es in Niedersachsen besser wird! Aber das brauchen die Menschen - gerade jetzt, Liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umfragen titeln derzeit ja, es gebe eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement. Ich möchte Ihnen deutlich sagen: Interpretieren Sie diese Zahlen nicht falsch! Das sind nicht alle Menschen, die nach Lockerungen schreien. Das sind nicht alle Menschen, die nur die Maßnahmen satt haben und deswegen brüllen. Das sind vor allem die Menschen, die darüber erschrocken sind, dass wir seit Monaten auf Wellen zulaufen und dass nicht konsequent gehandelt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wird Siebels [SPD]: Das sagen jetzt Sie, die immer öffnen wollten!)

Die zweite Welle wurde viel zu zaghaft angegangen: monatelang zähes Ringen mit zu schwachen Maßnahmen und immer weiteren Einschränkungen ohne erkennbaren Effekt. Und dann, Herr Ministerpräsident, hat die Ministerpräsidentenkonferenz auch noch in diese zweite Welle hinein gelockert und durch die steigenden Zahlen die dritte Welle überhaupt erst provoziert. Und das, ohne Begleitmaßnahmen und Hausaufgaben zu machen. Das muss man hier mal so deutlich sagen!

(Beifall bei den GRÜNEN - Wird Siebels [SPD]: Das waren doch Ihre Anträge auf Lockerung! Oder habe ich das falsch in Erinnerung? - Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment bitte, Frau Kollegin Hamburg! - Wir warten jetzt, bis in den Plenarsaal etwas Ruhe eingekehrt ist. Wir haben Zeit.

(Zuruf von Dr. Christos Pantazis [SPD])

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Ja, Herr Pantazis, ich habe lange darüber nachgedacht!

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Keine Dialoge! - Frau Kollegin, fahren Sie jetzt fort. Bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Wieder reagiert die Ministerpräsidentenkonferenz mit Planlosigkeit. Keine Antworten, Herr Weil! Sie fahren nicht auf Sicht, um meinen Kollegen Bajus zu zitieren, sondern Sie stochern im Nebel.

Ich möchte Ihnen deutlich sagen: Staatstragende Appelle, wie Sie sie hier und heute gegeben haben, senken die Zahlen nicht, genauso wenig Ihr Prinzip Hoffnung,

(Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

sondern wir brauchen endlich Antworten. Die Menschen können dieses Staatstragende auch nicht mehr hören. Sie wollen, dass die Maßnahmen bei ihnen ankommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Uwe Schwarz hat doch recht, als er gesagt hat: Vorankündigungen und Schlagzeilen zermürben die Menschen, wenn die Maßnahmen dann am Ende nicht bei den Leuten ankommen.

Man muss deutlich sagen: Sie haben nichts gelernt; denn heute verkünden Sie wieder: Wir werden die dritte Welle brechen. - Die Osterruhe - das haben Sie selbst gesagt - scheidet als Maßnahme aus. Ich möchte Sie einmal deutlich fragen: Warum haben Sie solche Konzepte eigentlich nicht schon längst in der Schublade? Seit einem Jahr diskutieren wir darüber, dass es passieren kann, die Industrie bei steigenden Zahlen zu schließen. Und Sie haben noch nicht einmal mit der Industrie geredet und das rechtlich geprüft und vorbereitet?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fühle mich mit unserer Forderung nach einem Pandemierat zu Beginn dieser Krise wirklich mehr als bestätigt; denn genau da hätte man solche Maßnahmen vorbereiten und dieses Osterruhede-saster verhindern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen weiter: Ein „Weiter so!“ reicht nicht und ein Mehr von dem Gleichen auch nicht. - Und was ist dann Ihre Antwort? - Die Ausgangssperre. Herr Ministerpräsident, Sie machen doch genau das: Sie bedienen die gleichen Instrumente und machen eben keine zusätzlichen und wirksamen Maßnahmen. Die Ausgangssperre, Herr Ministerpräsident, ist eben kein Äquivalent zum Herunterfahren der Betriebe, zum Schließen von Schulen und Kitas und damit auch zu einer Entlastung des ÖPNV und der Straßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Konsequent wäre gewesen - das erzähle ich Ihnen seit April letzten Jahres -, dass Sie endlich Arbeitsschutz konsequent vorschreiben, dass Sie eine Homeoffice-Pflicht einführen, dass Sie bei Schulen und Kitas konsequent und mehr auf Infektionsschutz setzen, um dort Infektionen zu vermeiden, und dass Sie eine Testpflicht einführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten massiver Einschränkungen ist doch das Testen keine freiwillige Leistung, sondern notwendige Bedingung zum Schutz unserer Gesellschaft und für Öffnungen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Also Pflicht zum Testen! Pflicht in Schulen? - Wiard Siebels [SPD]: Auch Impfpflicht oder nur beim Testen?)

- Testpflicht! Eine Testpflicht in Schulen. Frau Modder, wir reden nachher beim Antrag der FDP-Fraktion noch mal darüber.

Aber wo ist denn Ihr Mehr an Infektionsschutz? Wo ist das? Sie begnügen sich mit: Bitte, bitte, fahren Sie nicht in den Urlaub! Ich habe die Hoffnung, dass alle mitmachen.

(Wiard Siebels [SPD]: Und wir fahren in den Zoo?)

Herr Ministerpräsident, die Inzidenz ist bereits landesweit über 100. Das heißt, Sie müssen die Notbremse ziehen, um meine Kollegin Schäffer aus Nordrhein-Westfalen zu zitieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Notbremse im Zoo!)

Wenn das Ihre Notbremse ist, Herr Ministerpräsident, möchte ich nicht in dem Zug sitzen, in dem Sie Lokführer sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Im Zoo? - Weiterer Zuruf: Das wollen wir dann mal sehen!)

Damit bin ich bei Ihrem zweiten Baustein, nämlich dem Testen. Sie haben viel zu spät reagiert. Noch im letzten Jahr haben Sie das Testen flächendeckend abgetan, obwohl wir es mehrfach beantragt haben. Ich sage Ihnen deutlich: Das ist an der Stelle egal; denn das bringt uns nicht voran.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Aber dafür, finde ich, Herr Ministerpräsident, könnten Sie sich einmal entschuldigen: Entschuldigung,

dass ich gelockert habe, ohne vorher meine Hausaufgaben gemacht zu haben! Entschuldigung, dass das Testkonzept noch nicht steht! Aber wir werden jetzt mit Verve daran arbeiten. - Das hätte ich heute von Ihnen erwartet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Dann sollten Sie sich für den Zoo-Antrag entschuldigen!)

Und keine weiteren leeren Versprechungen!

- Herr Siebels, zu dem Zoo-Antrag: Das OVG hat genau so geurteilt, wie wir es seit Wochen und Monaten beantragen. Daher muss ich mich dafür mitnichten entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Ah! Also, da zu lockern ist nicht schlimm? Wunderbar! Dann kann ja nichts passieren!)

Aber Sie bedienen weiter leere Versprechungen. Genau das können wir nicht gebrauchen. Die Testwoche an den niedersächsischen Schulen ist doch ein gutes Beispiel. Anstatt dass Sie die Große Angela Merkels hätten und sagen würden: „Aufgrund von Lieferengpässen kriegen wir das leider nicht gebacken“, haben Sie Lehrkräften und Schulen immense Arbeit und unnötigen Stress auferlegt, um jetzt am Ende zu sagen: Oh! An vielen Schulen sind die Tests gar nicht angekommen. Dort fällt dann die Testwoche am Ende faktisch einfach aus.

(Johanne Modder [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Damit torpedieren Sie das Vertrauen in den nächsten Baustein, den Sie doch voranbringen wollen. Eltern, Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler erfahren, dass, wenn der Staat sagt: „Es wird getestet“, am Ende die Tests nicht pünktlich da sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und das sorgt für Frust.

Ebenso sorgt für Frust, dass Sie genau solche erfolgreichen Modelle wie das Testen nicht implementieren, wenn wir niedrige Inzidenzen haben. Ihnen fällt das erst jetzt ein, wenn wir mitten in der dritten Welle sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was ist darauf Ihre neueste Idee? Shoppen in der Hochinzidenzkommune. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir fordern seit Wochen und Monaten, Öffnungen und Testen zu koppeln und über das Testen endlich auch eine Perspektive im Leben mit diesem Virus zu schaffen. Das ist völlig richtig.

(Johanne Modder [SPD]: Aber?)

Aber warum wollen Sie denn nicht erst zwei, drei Wochen lang eine Testoffensive starten und damit die Inzidenzen senken, um dann öffnen zu können, ohne eine potenzielle vierte Welle zu provozieren, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Bildung doch in Ihrer Landesregierung eine so große Priorität hat, warum können dann die Kinder künftig in Shoppingmalls der Hochinzidenzkommunen einkaufen, aber trotzdem weiterhin nicht zur Schule gehen? Warum denken Sie an der Stelle Schule und Kitas bei der Testoffensive nicht mit?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum erforschen wir nicht eigentlich schon seit Wochen Infektionsbewegungen, etwa am Arbeitsplatz, etwa im ÖPNV, um bereits daraus Lehren für die Modellprojekte gezogen zu haben, bevor wir sie anwenden, und nicht erst danach zu überprüfen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert eigentlich in diesen Kommunen, wenn dann die Inzidenzen noch weiter hochknallen? Sie selber haben gesagt: Der Weg in die Welle ist steil, das Herunterkommen wieder sehr langsam. - Wo ist da Ihr Plan B? Ich habe das gestern im Sozialausschuss nachgefragt. Ihr Ministerium hatte darauf keinerlei Antwort. Sie planen Öffnungen in Modellkommunen und haben keinen Plan B, wenn die Zahlen hochknallen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist keine Vorsorge!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Vorsorge: Wie bereiten Sie sich eigentlich auf die Mutationen vor?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja, richtig!)

Dazu hätte ich heute hier wirklich gerne etwas gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine etwa eine Mutation aus der Bretagne, die künftig in der Nase vermutlich nicht mehr testbar sein wird. Sie ist zum Glück - - -

(Johanne Modder [SPD]: Das RKI bestreitet das!)

- Nein. Das RKI bestreitet das nicht.

(Johanne Modder [SPD]: Doch!)

- Stellen Sie eine Frage! Dann habe ich Redezeit und kann Ihnen das beantworten. Ansonsten machen wir das später.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

Der Punkt ist, dass diese Mutation mit Selbsttests in der Nase wahrscheinlich nicht testbar ist, sondern nur, wenn man tief im Körper testet. Sie ist noch nicht in Deutschland. Momentan funktionieren in Deutschland die Nasentests noch. Aber Vorsorge wäre doch, Frau Modder, dass, wenn wir wissen, dass es Mutationen gibt, die diese Exit- oder Escape-Strategie wählen, wir künftig bei unserer Teststrategie eben nicht auf die Nasentests setzen und nicht Millionen Tests bestellen, die wir hinterher in die Tonne kloppen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, ich möchte nicht, dass Sie jetzt Ihre Strategie ändern, sondern dass Sie jetzt die Strategie in vier Wochen ändern, künftig auf Rachen- tests setzen und eben nicht auf Nasentests, um nicht unnötig Steuergelder zu verplempern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Und die produzieren wir selbst! Und diese Tests werden in der Staatskanzlei produziert! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Denn sonst werden nachher die Schnellteststrategien, die wir haben und die ein wichtiger Baustein sind, zu einem Rohrkrepierer.

Da wir beim Thema Rohrkrepierer sind, möchte ich ein weiteres Thema ansprechen, nämlich die Abwasseruntersuchungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit Januar fordern wir von Ihnen ein, dass Sie die Abwässer auf Mutationen und die Verbreitung des Virus untersuchen. Andere Staaten machen das. In Deutschland macht das die Uni Darmstadt. Was ist der Vorteil bei diesen Untersuchungen? Dass wir gar nicht darauf angewiesen sind, dass sich die Menschen testen lassen oder nicht, weil wir alle Menschen sozusagen in den Abwässern abbilden können. Kein leckeres Thema, aber ein durchaus effektives Thema. Frau Professor Dr. Lackner kann deswegen in Frankfurt die Mutationsentwicklung und die Entwicklungen der Krankheitsverbreitung darstellen. In Niedersachsen nehmen wir das zur Kenntnis und sagen: Ach, überall läuft das ein bisschen anders. Deswegen machen wir das nicht. - Deswegen machen wir es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen? Sollten wir nicht gerade alle Möglichkeiten nutzen, um Mutationen und ihre Verbreitung darzustellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was mich zur brasilianischen und zur indischen Variante bringt: Ich möchte hier wirklich nicht den Teufel an die Wand malen; ich bin weit davon entfernt. Aber wenn man sich vorbereitet und Vorsorge treffen will, dann erwarte ich Antworten darauf, was die Landesregierung gedenkt zu tun, nachdem die brasilianische Variante jetzt in Hamburg das erste Mal nachgewiesen wurde, und zwar mehr als nur: Ja, wir machen mal ein Monitoring. - Wir machen mal ein Monitoring? Das ist natürlich nicht falsch. Aber was machen wir, wenn das Monitoring sagt, P 1, die brasilianische Variante, ist da, und es wirkt potenziell nicht ausreichend, oder die indische Variante kommt, und es wirkt eben nicht ausreichend? Und da ist es richtig, Herr Ministerpräsident, dass das Tempo beim Impfen am Ende der Schlüssel und das A und O ist.

Aber - und da kann ich Herrn Wieler und Herrn Spahn zitieren, die das gerade öffentlich verkündet haben -: Hohe Inzidenzen und Impfen sorgen am Ende dafür, dass wir gerade Mutationsentwicklungen haben, die diese Ausstiegsvarianten wählen und eben von der Impfung nicht mehr erfasst werden. Und deswegen ist es auch deshalb wichtig, dass Sie die dritte Welle wirklich brechen, dass Sie die Zahlen entscheidend senken und dass Sie uns hier erklären, wie Sie das erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Wie wollen Sie das denn erreichen? Sie stellen nur Fragen, liefern aber keine Antworten!)

Denn sonst gefährden wir doch den Impferfolg, der ja nun wirklich der Schlüssel ist, um aus dieser Krise herauszukommen. Das wäre vernünftige Vorsorge, Herr Ministerpräsident.

Was können wir beim Impfen tun? - Ich möchte mit dem Erwartungsmanagement beginnen. Ich habe mit Interesse gehört, dass Sie gerade gesagt haben, bis zum Sommer wollen Sie allen Menschen ein Impfangebot machen. Ich frage Sie: Wie? Sie haben uns doch gerade erzählt, dass schon wieder im April nicht genug Mengen kommen werden, und gestern im Ausschuss haben wir gehört, Johnson & Johnson wird erst Ende Juni überhaupt die erste Lieferung nach Deutschland bringen. Ende Juni!

(Zuruf: Er hat auch keine Jahreszahl gesagt!)

- Genau, er hat noch nicht einmal eine Jahreszahl gesagt. Aber das habe jetzt nicht ich gesagt, das haben Sie dahinten gesagt.

Aber egal. Ende Juni wird die erste Lieferung kommen, und das ist doch Ihr Schlüsselimpfstoff. Sie haben uns doch erzählt, dass Sie darauf die allergrößte Hoffnung setzen. Und deshalb ist es doch entscheidend, schon beim Erwartungsmanagement zu beginnen. Ich finde sehr richtig - das sagen mir alle -: Impfen, Impfen, Impfen - 24 Stunden, 7 Tage die Woche, Betriebs- und Hausärzte mit einbinden und möglichst keine Pannen mehr.

Herr Ministerpräsident, es stimmt: Bei den über 70-Jährigen lief es besser. Ich muss Ihnen aber auch deutlich sagen: Da ist noch deutlich Luft nach oben. - Das muss man sich dann auch angucken und an dieser Stelle abwenden.

(Wiard Siebels [SPD]: Ja, das machen wir doch auch!)

Wir müssen auch darüber reden, ob wir die Impfstoffmenge nicht anders verteilen, z. B. zuerst in den Hotspots, um genau diese Escape-Varianten zu verhindern und genau dort Menschen zu schützen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Ist das Ihr Vorschlag? - Zuruf: Es gibt doch auch Dunkelziffern!)

Aber ich möchte auch sagen - und es ist mir wichtig, das zu betonen -: Wir als Niedersachsen haben auf die Menge an Impfstoff, die wir erhalten, am Ende keinen Einfluss. Auch das gehört dazu.

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Das ist wissenschaftlicher Humbug!)

- Das ist wissenschaftlicher Humbug, Herr Pantazis?

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Das, was Sie vorhin gesagt haben, ist wissenschaftlicher Humbug! Absolut!)

Reden Sie doch einmal mit Herrn Wieler über all diese Fragen! Dann wird er Ihnen erklären, ob er wissenschaftlichen Humbug verbreitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber mich freut, dass Sie mir so intensiv zuhören. Das ist ja auch schon mal ein gutes Zeichen.

Also: Wir haben auf die Menge des Impfstoffes, die wir erhalten, keinen Einfluss. Da dürfen wir als Opposition auch nicht so tun, als könnten Sie zaubern, und plötzlich gibt es den Impfstoff. Das ist auch nicht unser Ansinnen. Aber genau deshalb ist es, um Erfolge zu erzielen, wichtig, dass wir unse-

re Hausaufgaben machen. Das bedeutet am Ende, umsichtig zu bleiben. Das bedeutet, Erfolge nicht dadurch zu zerstören, dass uns die Infektionen durch die Decke schießen. Es bedeutet eben, dass wir uns auf den letzten Metern nicht selber ein Bein stellen. Da ist die Perspektive: niedrige Zahlen, Testen und Abstand, aber auch Investitionen in weitere Hygienemaßnahmen. Denn wir werden eben nächsten oder übernächsten Monat nicht schon alle geimpft haben. Deswegen ist weitere Investition in Infektionsschutz das A und O.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man merkt es auch heute in der Debatte: Wir alle sind gereizt, wir alle verlieren derzeit schnell die Geduld - da nehme ich mich auch nicht aus -, und es ist nur menschlich, dass man dann ein Ventil sucht.

(Wiard Siebels [SPD]: Das haben Sie ja nun heute gefunden!)

Und man muss ja deutlich sagen: Politik bietet gerade viele Ventile an, um sich an ihr zu entladen.

Meine Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen, hält an dieser Stelle aber wenig davon, jetzt einen Überbietungswettbewerb der Vorwürfe oder der Superlative zu entwickeln,

(Lachen bei der SPD und der CDU - Johanne Modder [SPD]: Was war das denn jetzt? - Wiard Siebels [SPD]: Wenn man die letzte Rede zur Seite legt, ist es okay! Die Aussage ist ja gut! - Ulrich Watermann [SPD]: Dann würde ich mich nachher noch mal vor den Spiegel stellen! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

oder aber auch aufgeregte Rücktrittsforderungen zu verkünden. Das machen wir nicht, das haben wir die letzten Monate nicht getan, und wir werden Ihnen an dieser Stelle weiter die Hand reichen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrich Watermann [SPD]: Ich weiß gar nicht, ob ihr euch manchmal selber zuhört!)

Dass Sie sie laufend ausschlagen, ist am Ende auch Ihre Entscheidung; das muss ich so deutlich sagen.

Aber gerade jetzt wäre es doch auch entscheidend, dass wir als Politik uns alle wirklich massiv zusammenreißen und endlich gemeinsam Lösungen präsentieren. Denn ich muss Ihnen deutlich sagen: Es geht doch mittlerweile um viel mehr als nur um die Corona-Krise. Es geht um die Frage

von Demokratie und politischer Handlungsfähigkeit, und das darf man an dieser Stelle nicht unterschätzen.

Ich habe letztes Mal das Bild eines Marathons bemüht, und ich glaube, das ist immer noch ein durchaus realistisches Bild. Man muss sagen: Wir haben uns verlaufen,

(Wiard Siebels [SPD]: Verlaufen haben wir uns nicht!)

vielleicht auch, weil die Corona-Krise einfach ihren Marathon nicht sonderlich gut ausschildert und das passieren kann. Aber aufgeben, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist am Ende keine Perspektive. Deshalb: Lassen Sie uns durchhalten!

(Zuruf: Das brauchen Sie uns nicht zu sagen!)

Lassen Sie uns durchatmen, uns besinnen, das Ziel wieder in Sicht nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht darum herumreden, sondern konsequent weiterlaufen!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Denn das sind wir den Menschen in Niedersachsen schuldig.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hamburg. - Es hat nun das Wort für die SPD-Fraktion die Vorsitzende, Frau Kollegin Modder. Bitte, Frau Kollegin!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Verehrte Kollegin Hamburg, ich kann es leider nicht anders feststellen: Das, was Sie hier seit einem Jahr vortragen, ist ein richtiger Schlingerkurs.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Doch! Ein richtiger Schlingerkurs, wobei überhaupt nicht erkennbar ist - - -

(Beifall bei der SPD - Christian Meyer [GRÜNE]: Jetzt ist wieder die Opposition schuld!)

Sie haben den Ministerpräsidenten ja aufgefordert, sich mal vor den Spiegel zu stellen. Ich würde Ihnen das auch empfehlen, um einmal zu reflektieren, was Sie hier in den letzten Monaten immer erzählt haben. Wenn wir schließen, wollen Sie

öffnen. Wenn wir öffnen, dann geht Ihnen das nicht schnell genug und nicht weit genug.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das ist doch nicht wahr! Wir wollten die Schlachthöfe schließen! Wir wollen das Arbeitsleben mehr schließen! Homeoffice-Pflicht!)

Wenn wir testen, dann haben Sie mit den Tests Probleme.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Also: Bei Ihnen ist keine Linie erkennbar.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist einfach zu differenziert für Sie!)

Nun will ich Ihnen noch etwas zum Thema Ausgangssperren sagen. Die Ausgangssperren haben sich zumindest in Großbritannien und auch bei uns im Land in der Grafschaft Bentheim durchaus als sinnvoll und wirkungsvoll erwiesen. - Durchaus!

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sind sie ausreichend?)

Ausgangssperren sind durchaus ein hartes Schwert, ein Mittel, das man anwenden kann, aber auch muss, wenn die Inzidenzwerte durch die Decke schießen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Und reicht das aus?)

Und wenn Sie sich mal die Inzidenzwerte angucken, dann sehen Sie: Sie schießen jetzt an manchen Stellen wirklich durch die Decke.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Und reicht das dann aus? - Gegenruf: Es hat ausgereicht in anderen Ländern!)

Ich will nur mal punktuell auf ein paar Sachen eingehen, die Sie sagen. Ich habe ein Problem damit, sich hier hinzustellen und alles in Bausch und Bogen zu kritisieren. Wir sollten ein bisschen vorsichtig sein. Auch die Grünen tragen in bestimmten Bundesländern die Verantwortung oder die Mitverantwortung, und in BaWü ist der Inzidenzwert heute - wenn ich es richtig weiß - bei 120,6. In BaWü wird der Landtag nicht wie bei uns über Rachen, sondern über Nase getestet. Und Sie stellen sich hier hin und sagen, dass der Test nicht mehr sinnvoll ist. Dann sprechen Sie mal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Ihren Ländern!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Er soll perspektivisch abge-

löst werden, habe ich gesagt! Hören Sie doch zu!

Frau Hamburg, ich schätze Sie wirklich sehr, und ich bin sehr bei Ihnen, dass wir in der Pandemie sehr viel dazulernen mussten, dass die Wissenschaft überall ihre Erkenntnisse sammeln muss. Aber Sie stellen sich einfach nur hier hin und sagen: Klären Sie das, und testen Sie das mit dem Abwasser, wie wir es seit Monaten vorschlagen!

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ja!)

- Gut.

Das wird gemacht. Jetzt stellen Sie fest: In einer Gemeinde ist das Abwasser schwierig. Was schlussfolgern Sie daraus?

(Wiard Siebels [SPD]: Genau! Gar nichts!)

Alle in Quarantäne? Nur bestimmte Leute in Quarantäne? Straßenzüge in Quarantäne?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist doch nur ein klitzekleiner Punkt in dieser ganzen Expertise.

(Beifall bei der SPD - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Richtig! Es ist ein Baustein! Genau!)

Zum Schluss noch etwas: Sie sprechen immer davon - und da stimme ich Ihnen sogar zu -, dass wir die Menschen wieder zurückgewinnen müssen, die sozusagen verzweifeln, die sich von der Politik abwenden. Da bin ich voll bei Ihnen. Aber reden Sie das den Menschen auch nicht ein!

Zum Thema Vertrauensverlust will ich Ihnen einmal das ZDF-Politbarometer von gestern und heute vorlesen, 25. / 26. steht in der Quelle. Übertrieben finden die Maßnahmen 26 %; das sind plus 3 %. Gerade richtig finden das 31 %; das sind minus 24 %. Die Maßnahmen müssen härter ausfallen finden 36 %; plus 18 %.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Habe ich auch vorgetragen!)

Also erzählen Sie den Menschen nicht, dass sie sich abwenden. Im Gegenteil: Ganz viele Menschen machen sich aufgrund dieser Pandemieentwicklung richtig Sorgen und haben Angst.

(Beifall bei der SPD - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Da habe ich Sie unterstützt, Frau Modder! Genau das

habe ich gesagt! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Meine Damen und Herren, - - -

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Kollegin Modder, einen Moment, bitte! Es ist schön, dass wir eine solch muntere Debatte haben. Aber wir sollten uns gegenseitig zuhören. - Vielen Dank. - Bitte, Frau Modder, fahren Sie fort!

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Haben Sie auch eine eigene Meinung, oder arbeiten Sie sich nur an uns ab?)

- Frau Kollegin Staudte, wollen Sie eine Frage stellen?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Eigentlich ja!)

Lassen Sie eine Frage zu, Frau Modder?

Johanne Modder (SPD):

Selbstverständlich!

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Modder. Ich möchte Sie fragen, ob Sie auch noch etwas zur Sache sagen wollen oder ob Sie sich nur an der Grünen-Fraktion abarbeiten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Das ist ja wohl der Klopper! Darüber kann man ja nur den Kopf schütteln! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Jetzt kehrt wieder Ruhe ein, Herr Kollege Siebels, damit Frau Modder antworten kann und Sie das auch alle verstehen. - Herr Kollege Bosse!

(Wiard Siebels [SPD]: Da saß der Stachel aber tief! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Jetzt kehrt im Plenarsaal, bitte, wieder Ruhe ein! Wir fahren erst fort, nachdem Ruhe eingekehrt ist. Ihre Redezeit wird angehalten, Frau Modder. Sie können gleich auf die Frage der Kollegin Staudte antworten. - Bitte!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kollegin Staudte, glauben Sie eigentlich wirklich, dass wir, wenn Sie hier einfach irgendetwas behaupten, das hinnehmen, ohne es zu kommentieren? Wenn hier ein solcher Schlingerkurs vorgetragen wird,

(Wiard Siebels [SPD]: So ist das! - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist kein Schlingerkurs!)

habe ich schon den Anspruch und auch die Verpflichtung, auf bestimmte Dinge hinzuweisen, damit deutlich wird, auf welchem Kurs Sie sich befinden.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Kollegin Modder, bevor Sie fortfahren: Auch die Kollegin Viehoff bittet darum, eine Frage stellen zu dürfen.

(Wiard Siebels [SPD]: Nee, jetzt ist auch mal gut!)

- Das entscheidet alleine Frau Modder.

Johanne Modder (SPD):

Das ist keine Fragestunde. Ich wollte dem Anliegen von Frau Staudte entsprechen und möchte jetzt weiter vortragen.

(Beifall bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: Das sehe ich auch so!)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Dann fahren Sie bitte fort.

Johanne Modder (SPD):

Bevor ich auf die Beschlüsse der MPK-Runde, also der Kanzlerin und der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, vom vergangenen Montag und die Erklärung der Bundeskanzlerin vom Mittwoch zu sprechen komme, möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen auf das aktuelle Infektionsgeschehen eingehen.

Ich halte es bei der ganzen Verärgerung, Enttäuschung und auch Wut, die natürlich in der Gesellschaft vorhanden ist, für unerlässlich, dass wir immer wieder in den Vordergrund stellen, warum wir die Maßnahmen, die wir ergreifen, eigentlich durchführen.

Wie ist die aktuelle Situation, und wie entwickelt sich das Infektionsgeschehen? Ich glaube, das kommt manchmal ein bisschen ins Rutschen. Und natürlich ist es immer wieder ein schwieriger Abwägungsprozess, weil es hier um tiefe Grundrechtseinschnitte geht. Es ist immer ein schwieriger Abwägungsprozess zwischen Freiheit und Sicherheit.

Meine Damen und Herren, deshalb die Zahlen von heute: Neuinfizierte im Bund plus 21 573, im Land Niedersachsen plus 2 213. Tote im Bund mittlerweile insgesamt 75 623, im Land 4 799. - Ich will mich nicht an diese Zahlen gewöhnen müssen! Der Inzidenzwert liegt im Bund bei 126,5 und im Land bei 111,2. Mittlerweile sind von unseren 45 Landkreisen und kreisfreien Städten mehr als 18 über einem Inzidenzwert von 100, manche laufen stramm auf die 200 zu. Die Tendenz ist weiter steigend.

Meine Damen und Herren, wir sind mittlerweile in der dritten Welle, und die Dynamik nimmt weiter zu.

(Zuruf: Woher kommt das?)

Nach den aktuellen Erkenntnissen ist die Mutante B.1.1.7 jetzt die dominante. Die jüngeren Patienten verweilen länger im Krankenhaus und auf den Intensivstationen. Sie alle kennen die Warnungen der Intensivmediziner, die seit Ende Februar vor einer erneuten schweren Belastung unserer Intensivstationen warnen, weil die Welle der Intensivpatienten immer zwei bis drei Wochen nach der Infektionswelle rollt. Genau deshalb sind unsere Zielsetzungen nach wie vor richtig: Schutz von Gesundheit und Leben, keine Überlastung unseres Gesundheitssystems und die Nachverfolgung, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu behalten und die Infektionsketten möglichst frühzeitig zu durchbrechen.

Die MPK-Runde am vergangenen Montag hat die Maßnahmen des Lockdowns bis zum 18. April verlängert, die konsequente Umsetzung der bereits vereinbarten Notbremse vereinbart und natürlich auch über weitere Maßnahmen beraten. Die erweiterte Ruhezeit zu Ostern kam als Vorschlag aus dem Kanzleramt - demnach völlig unvorbereitet - und wurde dann am Mittwoch durch die persönliche Erklärung der Bundeskanzlerin wieder zurückgenommen.

Meine Damen und Herren, die Bundeskanzlerin hat die volle Verantwortung dafür übernommen und korrigiert den angeblich nicht in der Kürze der

Zeit umzusetzenden Vorschlag. So weit, so gut? Nee, aus meiner Sicht nicht. Der Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen: Der Anlass für zusätzliche Maßnahmen hat sich nicht geändert. Wir bleiben in der Verantwortung und müssen handeln, wenn wir die dritte Welle wirklich brechen und ihr die Spitze nehmen wollen. Und genau da taucht das Bundeskanzleramt ab, hat keinen Plan B, keine Antwort auf das dynamische Infektionsgeschehen. Vielleicht war der Druck aus der eigenen Partei, aus der eigenen Fraktion und vor allem auch aus der Wirtschaft einfach zu groß. Aber der Schaden ist entstanden, und der Vertrauensverlust ist da.

Den Mallorca-Urlaub zuzulassen, war ein weiterer großer Fehler. Ich glaube, Sie alle haben mitbekommen: Das war auch ein Schlag in die Magenrupe unserer Tourismusbranche.

(Beifall bei der SPD - Dr. Stefan Birken [FDP]: SPD-Außenminister!)

Was mich aber wirklich ärgert, sind einige Reaktionen aus der Wirtschaft. Ich will das ganz deutlich sagen, um nicht missverstanden zu werden: Ganz große Teile der Wirtschaft haben bislang ziemlich harte Einschnitte hinzunehmen. Ich nenne aber auch die Bereiche, die im Moment überhaupt nicht am Start sind: die Tourismusbranche, die Hotellerie, die Gastronomie, die Künstlerinnen und Künstler, die Veranstaltungsbranche, die Soloselbstständigen, die überhaupt noch nicht wieder am Start sind. Aber vielleicht kann sich auch der Teil der Wirtschaft, der bislang immer noch am Start ist, mal Gedanken darüber machen, welchen Anteil er dazu beitragen kann, dass die Pandemie in den Griff zu bekommen ist. Auch er steht in der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Mich ärgert das auch deswegen so, weil die Einschnitte z. B. im Bereich der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien sehr hart sind. Wie sehr leidet ihre Psyche!

Wir merken unseren Jugendlichen an, wie sehr sie ihre Freundinnen und Freunde vermissen, ein Stück Lebensfreude verlieren und auch verunsichert sind. Meine Damen und Herren, Kinder brauchen Kinder. Das dürfen wir in dieser Pandemie niemals vergessen und auch nicht auf die leichte Schulter nehmen. Unsere Kinder und ihre Familien leisten einen riesengroßen Beitrag zur Pandemiebekämpfung. Denen sollten wir an erster Stelle ganz herzlich dafür danken.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat natürlich recht: Wir alle tragen Verantwortung und dürfen im Kampf gegen die Pandemie jetzt nicht nachlassen. Vor allem dürfen wir die Erfolge der bisherigen, monatelangen Bemühungen nicht kaputt machen. Deshalb ist es richtig, den eingeschlagenen - so möchte ich ihn nennen - niedersächsischen Weg konsequent weiterzugehen. Der niedersächsische Stufenplan war eine gute Grundlage für das Aufzeigen von Perspektiven sowohl in Richtung der Lockerungen als auch in die entgegengesetzte Richtung.

Mit den drei vorgestellten Schwerpunkten Infektionsschutz, Testungen und Impfungen sind wir, glaube ich, gut aufgestellt: Infektionsschutz auch mit der Anpassung der möglichen Sperrstunde - der Ministerpräsident hat das vorgetragen -; Testungen, um mehr über das Infektionsgeschehen zu sehen, zu lernen und als Basis für die Rückkehr in eine Normalität mit dem Virus. Testungen geben ein Stück Sicherheit, und darum kann ich nur dafür werben, dass dabei alle mitmachen, auch in den Schulen und Kindergärten. Mich beunruhigen die Meldungen, die ich zum Teil rückgespiegelt bekomme, dass sich ganz viele nicht an den Tests beteiligen und verunsichert sind. Wir alle können dazu beitragen und mithelfen, indem wir mehr für die Testungen werben. Natürlich darf der Bereich der Wirtschaft und der Industrie nicht ausgenommen werden.

Meine Damen und Herren, die Testungen geben nicht nur Sicherheit für uns selber, sondern auch für die anderen.

Und dann komme ich zum Thema Impfungen. Nur dadurch bekommen wir die Pandemie endgültig in den Griff. Hier gilt es, alle Anstrengungen zu unternehmen, um schneller ans Ziel, nämlich die Durchimpfung unserer Bevölkerung, zu kommen.

Ich will noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, dass mich im Moment sehr viele Meldungen von zufriedenen Menschen erreichen, von den Älteren, die bereits geimpft worden sind, die ihre zweite Impfung bekommen haben. Ich finde, man darf ruhig mal sagen, dass von denen eine ganz große Last genommen worden ist.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN: Oh! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Ja, allerdings!)

Das braucht man auch nicht mit „Oh!“ zu kommentieren. Diesen Menschen hat man wirklich ein Stück Sicherheit zurückgegeben, und das darf man an dieser Stelle, wie ich finde, auch ruhig mal benennen.

Der Impfstoff ist und bleibt aber der limitierende Faktor. Deshalb stimmen mich die Aussagen bezüglich der Impfstofflieferungen skeptisch, aber doch auch zuversichtlich - wenn diese Lieferungen wirklich erfolgen. Sobald auch unsere Hausärzte und Betriebsärzte mit an den Start gehen können, wird - davon bin ich überzeugt - das Impfen sehr schnell an Fahrt gewinnen.

Meine Damen und Herren, die Möglichkeit, über Modellprojekte auch Perspektiven für ein Leben mit dem Virus zu schaffen, ist überall im Land sehr positiv aufgenommen worden. Das Konzept der sicheren Zonen, also mit Tests Öffnungen in vorsichtigen Schritten zu erproben und nach einer erfolgreichen Phase vielleicht auf das ganze Land auszurollen, gibt in der Tat Hoffnung. Auch die Meldung, dass die Luca-App vor der Einführung steht und damit die digitale Nachverfolgung ermöglicht wird, ist eine gute Meldung, meine Damen und Herren.

Allerdings will ich bei aller Euphorie auch darauf hinweisen: Es sind vorsichtige Schritte in einigen wenigen Modellkommunen. Wir müssen immer auch das Infektionsgeschehen mit im Blick behalten. Es sind richtige und wichtige, aber auch vorsichtige Schritte.

Meine Damen und Herren, ich will heute noch mal - man gestattet es mir ja sicher, hier auch noch andere Punkte anzusprechen - auf die besondere Situation in den Alten- und Pflegeheimen hinweisen, die mir - neben der Bildung - besonders am Herzen liegen. In der Berichterstattung über die Beschlüsse der MPK ist das etwas zu kurz gekommen bzw. unter den Tisch gefallen. Ich halte das aber für sehr wichtig.

Unter Punkt 11 wird das RKI jetzt endlich beauftragt, zu klären, ob Geimpfte noch ansteckend sind. Unabhängig davon soll es in einer Einrichtung 14 Tage nach der letzten Zweitimpfung zu Lockerungen kommen, sofern kein akutes Ausbruchsgeschehen vorliegt. Danach ist nach meiner Auffassung Zeit für Normalität in unseren Alten- und Pflegeheimen in Sicht. Das ist unheimlich wichtig für die ältere Bevölkerung, weil sie sehr oft sehr einsam in ihren Heimen sitzt. Ich glaube, diese Zeit für Normalität ist dringend erforderlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich will auf ein weiteres Thema aufmerksam machen, auf das mich meine geschätzte Kollegin Hanna Naber hingewiesen hat. Wir gehen oft sehr sorglos mit den Zahlen der „Gesundeten“ um. Wir beobachten als Corona-Folgeerkrankung aber mittlerweile Fälle von „Long Covid“ - das alles habe ich bei Hanna gelernt - und anschließend daran Fälle des Erschöpfungssyndroms CFS/ME, das insbesondere auch bei sehr jungen Menschen auftritt. Dabei handelt es sich um eine Krankheit, die fast alle Bereiche des Körpers - Stoffwechsel, Nervenstränge, Immunsystem sowie Herz und Kreislauf - befällt. Das besonders Tückische ist, dass sie aus heiterem Himmel völlig gesunde junge Menschen erwischt. Es gibt noch keine Mittel dagegen, und es fehlt an einer Versorgungsstruktur. Ich bin mir sicher: Unsere Sozialpolitiker werden dieses Thema in der nächsten Zeit bestimmt mit aufgreifen, wenn es um die Bekämpfung der Folgen der Pandemie geht.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das tun andere doch auch!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf den mitzubberatenden Antrag der FDP eingehen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Schön!)

- Herr Birkner, es geht ja gar nicht anders. Wir beide müssen ja noch ein bisschen aneinandergeraten. Sie fordern in Ihrem Antrag, dass das Land Niedersachsen zukünftig lediglich zum inhaltlichen Austausch an der Konferenz teilnimmt und keinerlei Beschlussfassungen mitträgt bzw. Zusagen an andere Länder macht.

(Zustimmung bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Im Protokoll steht nachher: Spärlicher Applaus der FDP.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Richtiger Jubel geht anders!)

Sie wollen also zukünftig vollständig eigene Wege gehen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: In einer Zeit, in der ein geschlossenes und abgestimmtes Handeln die einzige und wichtigste Waffe gegen diese Pandemie ist, stellen Sie einen solchen populistischen Antrag.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Alleingänge in unserem Bundesland, Herr Dr. Birkner, lösen diese Krise nicht. Diese ist bundesweit, sie ist sogar weltweit unterwegs. Und jetzt stellen Sie sich einmal vor, jedes Bundesland macht das - - -

(Jörg Bode [FDP]: Sie wollen es nicht verstehen!)

- Dann müssen Sie es anders aufschreiben, damit auch ich es verstehe.

(Zurufe von der FDP)

Es ist wirklich abenteuerlich, welche Anträge Sie hier stellen.

(Jörg Bode [FDP]: Ich erkläre Ihnen das dann!)

- Ja, ich bitte sehr darum. - Ich finde, Alleingänge lösen diese Krise wirklich nicht.

Und dann zu Ihrer Forderung, nicht mehr auf den reinen Inzidenzwert, sondern auf differenzierende Kriterien abzustellen:

(Zustimmung bei der FDP)

Auch da bleiben Sie völlig im Nebulösen; Sie bleiben unkonkret.

(Jörg Bode [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! Das unterstützt doch sogar ein Teil der Landesregierung!)

Und im Übrigen: Der Punkt 4 Ihres Antrages ist schon durch Regierungshandeln erledigt. - Da könnten Sie ja mal klatschen.

(Wiard Siebels [SPD]: Genau! Und da kommt wieder nichts! Immer wenn es nötig wäre, kommt nichts!)

Zum Schluss möchte ich gerne noch eine Aussicht wagen:

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Stellen Sie sich vor, mit einer flächendeckenden Teststrategie und einer beherzten und zügigen Impfung aller Impfwilligen könnten wir die Pandemie im Spätsommer - oder im Herbst - bekämpft haben und wieder zu einem normalen Leben zurückfinden. Wie wäre das: Wieder Freunde treffen, Ausgehen können und sich in den Arm nehmen dürfen? - Meine Damen und Herren, dieses Ziel vor Augen muss uns doch alle anspornen, alles, aber auch wirklich alles dafür zu tun, dass das wieder möglich sein kann.

Deshalb kann ich mich dem Appell unseres Ministerpräsidenten nur anschließen: Tun wir alle gemeinsam alles dafür, dass das Virus an Dynamik verliert! Unternehmen wir eine wirkliche Kraftanstrengung, die uns allen sehr viel abverlangt - das ist wohl wahr -, aber sich lohnen wird! Frau Kollegin Hamburg, ich bleibe bei dem Marathonlauf: Wir alle haben eine lange Wegstrecke hinter uns - ob wir jetzt falsch abgebogen sind oder nicht. Wir sind es nicht. Es mag sein, dass Sie falsch abgebogen sind.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Erzählen Sie mal den Leuten da draußen, dass Sie nicht falsch abgebogen sind!)

Aber Sie wissen: Bei einem Marathon tun die letzten Kilometer besonders weh. Deswegen fordere ich alle auf - und Sie haben ja Ihre Hand ausgestreckt -: Helfen wir gemeinsam mit, dass wir diese Pandemie bekämpfen können!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Modder. - Es gibt nun eine Kurzintervention von Frau Kollegin Hamburg. Bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mit diesem Mittel an dieser Stelle eigentlich zurückhaltend. Aber, Frau Modder, so wie Sie gerade meine Rede dargestellt haben - das kann ich nicht unwidersprochen so stehen lassen.

Wir alle sind gereizt. Ich sehe Ihnen mal nach, dass Sie vielleicht gehört haben, was Sie hören wollten und mich deshalb missinterpretiert haben. Sie haben meine Rede aber teilweise ins Gegenteil verkehrt. Das möchte ich entschieden zurückweisen und Sie bitten, das noch einmal im Protokoll nachzulesen.

Es ist doch mitnichten so, dass wir einen Schlingerkurs fahren oder hier permanent Öffnungen fordern.

(Wiard Siebels [SPD]: Öffnen! Schließen! Und beides gleichzeitig!)

Das ist mitnichten der Fall. Wir haben gefordert, eine Homeoffice-Pflicht einzuführen. Das ist massive Kontaktreduzierung. Wir haben gefordert, den Schulunterricht deutlich zu entzerren. Und wir ha-

ben gefordert, differenziert in kleinen Bereichen - etwa die Außenbereiche der Zoos - zu öffnen. Denn wir erleben, dass sich die Familien in Hannover auf den Wiesen ballen, weil es zu wenig Außenfläche gibt, um sich mit Abstand zu bewegen. Das ist differenziertes Handeln und keine Öffnungstirade. Das ist ein verantwortungsbewusstes Vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, die Bevölkerung will schärfere Maßnahmen. Ich habe das auch gesagt. Aber wo bleiben sie? Wie wollen Sie die dritte Welle brechen? Die Ausgangssperre wird nicht der Schlüssel und nicht die Antwort sein. Das muss man so nüchtern erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Das ist Ihre Antwort!)

- Nein, das ist Ihre Antwort. - Ich möchte Ihnen noch etwas zum Thema Abwasseruntersuchung sagen. Wir haben gestern in der Schweiz, in Zürich, nachgefragt, und Professor Beerenwinkel sagte uns, es gebe seiner Meinung nach kein einziges Industrieland, das diese Maßnahme nicht durchführen könne. Das würde ihn sehr wundern, so aufwendig sei sie nämlich nicht. Er hat gesagt, dass das sehr sinnvoll ist, weil man dann - weil sie bei allen Varianten funktioniert - Reihentestungen und gezielte Maßnahmen in den Regionen ergreifen kann. Das ist - ich glaube, darin sind wir uns einig - dann auch zwingend nötig, wenn die Verbreitung groß ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Modder, jetzt haben Sie das Wort.

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kollegin Hamburg, ich glaube nicht, dass ich Ihre Rede falsch verstanden habe.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sie haben mich falsch wiedergegeben!)

- Ich lese sie noch einmal, und Sie bitte auch! - Ich meine, dass das sehr deutlich geworden ist. Aus der Opposition heraus müssen Sie natürlich kritisieren. Ich kann das auch ein Stück weit verstehen. Aber Sie müssen auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir in einer Krisenbewältigung sind,

bei der wir es uns nicht erlauben können, den Schlingerkurs, den Sie uns hier seit Monaten vortragen, mitzugehen.

(Wiard Siebels [SPD]: So ist es!)

Ich habe Ihnen auch gesagt, dass ich das voll und ganz verstehe: Natürlich muss überall erprobt, wissenschaftlich begleitet und auch geguckt werden, wie wir zukünftige Pandemien - vor denen wir möglichst bewahrt bleiben - besser in den Griff bekommen. Aber Sie bleiben die Antworten schuldig!

(Wiard Siebels [SPD]: Genau!)

Sie stellen das Thema der Abwasseruntersuchung hier einfach so hin, als wenn sie das wäre, worauf man noch setzen könnte.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ein Baustein!)

Wie wollen Sie das denn in die zukünftige Strategie mit einbinden? - Diese Antwort bleiben Sie doch schuldig.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Hat sie gesagt! Testungen!)

Nichts anderes habe ich Ihnen vorgehalten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich finde, Sie sollten sich ein Stück weit zurücknehmen und auch mal Ihre Verantwortung sehen und alles das, was Sie hier vortragen, in den Ländern, in denen Sie Mitverantwortung oder Verantwortung tragen, vorleben.

(Wiard Siebels [SPD]: In Baden-Württemberg!)

Ich erkenne nicht, dass das dort umgesetzt wird. Also kann das, was wir hier in Niedersachsen machen, nicht so schlecht sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Modder. - Bevor wir fortfahren, nehmen wir hier oben kurz einen Wechsel vor.

(Vizepräsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, wir können die Aussprache fortsetzen. Ich darf für die FDP den Vorsitzenden der Fraktion Dr. Stefan Birkner aufrufen.

Ich denke, dass Sie Ihren Antrag bei der Gelegenheit gleich inzident mit einbringen. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben vor einigen Monaten hier im Landtag bei einer Regierungserklärung gesagt, dass es notwendig sei, die damals anstehenden Maßnahmen zu ergreifen, um nicht in einen Dauerlockdown bzw. nicht in wiederkehrende Lockdowns zu kommen.

Genau in dieser Situation sind wir heute. Wir sind in weiten Teilen Niedersachsens im Dauerlockdown oder aber - das ist der eigentlich zu vermeidende Jo-Jo-Effekt - in wiederkehrenden Lockdowns. Das, meine Damen und Herren, zeigt eindeutig, dass die Strategie, die Sie bisher verfolgt haben und für die Sie die Verantwortung tragen, gescheitert ist.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Sie haben heute in Ihrer Rede gesagt, es gehe nicht darum, ein Mehr von demselben zu machen. Aber genau das tun Sie mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz, und genau das tun Sie insbesondere mit den Ausgangsbeschränkungen. Ihnen fällt am Ende nichts anderes ein, als immer mehr Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und Freiheitsbeschränkungen vorzunehmen. Das ist zu wenig, meine Damen und Herren, um aus dieser Krise tatsächlich herauszukommen und den Menschen eine Perspektive aufzuzeigen.

(Beifall bei der FDP)

Zur Ausgangssperre: Was genau wollen Sie denn mit der Ausgangssperre bewirken? Das haben Sie hier heute nicht dargelegt. Sie müssten doch einmal sagen, was genau es ganz konkret bringen soll, wenn Menschen zwischen 21 Uhr und 5 Uhr sich nicht mehr im öffentlichen Raum aufhalten. Wie soll dadurch das Infektionsgeschehen genau reduziert werden? Am Ende geht es Ihnen doch darum, Zusammenkünfte zu verhindern, die bisher ohnehin schon verboten sind. Also das zeigt doch, dass die Regelungen, die Sie bisher haben, offensichtlich nicht wirken oder im Vollzug nicht funktionieren. Statt da anzusetzen und das zu verbessern, setzen Sie auf ein weiteres Instrument,

(Johanne Modder [SPD]: Das haben Sie aber dem Ministerpräsidenten vorgeworfen!)

das im Vollzug überhaupt nicht umsetzbar ist und das pauschal in die Freiheits- und Bürgerrechte der Menschen eingreift, und dabei legen Sie nicht einmal dar, was genau das zur Senkung des Infektionsgeschehens bringen soll. Das ist eben viel zu wenig und für uns inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dann sehen Sie in dem Verordnungsentwurf, den wir heute früh bekommen haben, vor, dass die Kommunen davon in Ausnahmefällen auch abweichen können. Das hört sich ja erst einmal gut an, aber Sie sagen gleichzeitig, die Kommunen könnten nur dann abweichen, wenn mildere Mittel zur Verfügung stehen. Also haben Sie doch offensichtlich selbst mildere Mittel im Kopf. Welche sind es denn, die dazu führen können, dass man bei einer Inzidenz von mehr als 150 vom Instrument der Ausgangssperre auch abweichen kann? - Dazu sagen Sie nichts. Trotzdem setzen Sie auf die Ausgangssperre und sagen, das sei jetzt das richtige Instrument, ohne dem Landtag zu erklären, was das eigentlich soll.

Sie haben auch nichts zu Ihrem Meinungswandel gesagt; den haben Sie nicht erklärt. Vor einem Jahr - das alles lässt sich in den Zeitungen nachlesen - haben Sie noch erklärt, dass Sie nichts von Ausgangssperren halten. Was hat denn Ihre Meinung geändert? Wieso meinen Sie jetzt, dass Ausgangssperren zum Infektionsschutz beitragen und ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens sind? Auch dazu haben Sie nichts gesagt.

(Beifall bei der FDP)

Das, meine Damen und Herren, ist ein Kernproblem Ihrer Politik, was hier deutlich wird. Sie erklären Ihre Politik nicht. Sie stellen nur dar, was Sie tun, aber Sie versuchen gar nicht mehr, die Menschen zu erreichen und ihnen im Detail zu erklären, warum sie diese Einschränkungen hinnehmen müssen. Deshalb verlieren Sie das Vertrauen der Menschen im Land.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben recht, wenn Sie sagen, wir müssten auf Eigenverantwortung setzen. Aber genau das tun Sie eben nicht. Sie setzen auf Ausgangssperren. Das ist die Botschaft, die mit dieser neuen Verordnung einhergeht. Die

Eigenverantwortung ist jetzt sozusagen plötzlich der Notnagel, an dem Sie versuchen, sich festzuhalten, weil Sie merken, dass Ihnen die Instrumente der restriktiven Politik ausgehen.

(Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

Eigenverantwortung ist zentral, aber man muss sie auch ernstnehmen, Herr Siebels. Das ist für Sie doch im Prinzip nur das Feigenblatt, um solche Einschnitte wie eine Ausgangssperre zu kaschieren.

(Wiard Siebels [SPD]: Aber selber keine Vorschläge machen!)

Dann sagen Sie, Herr Ministerpräsident - ich zitiere -: „Der Staat muss tun, was der Staat tun kann.“ Ja, das stimmt. Aber das tut er eben nicht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das ist doch das Zentrale, dass Sie seit Monaten den Bürgern immer mehr abverlangen, aber dort, wo Sie als staatlicher Vertreter in der Verantwortung sind, eben nicht leisten, was Sie leisten müssten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich wiederhole das aus den letzten Monaten: Das ist der verkürzte Impfstart, der eben nicht funktioniert hat, und in diese Situation sind Sie wesentlich hineingegangen. Es ist die Verzögerung beim Impfen, es sind die Rückstände beim Impfen. Niedersachsen ist immer noch weit hinten im bundesweiten Vergleich. Die Teststrategie und das Testregime bringen Sie jetzt endlich voran. Aber das ist doch längst überfällig. Die Kollegin Hamburg hat es gesagt: Seit Monaten reden wir hier darüber. Und jetzt fällt Ihnen ein: Über die „Osterruhe“, wie Sie sie kürzlich noch genannt haben, müssten wir mal ein Testregime entwickeln. - Dazu fällt einem nicht mehr viel ein. Wo sind Sie denn in den letzten Monaten gewesen, als Sie immer nur zugeguckt haben?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Digitale Lösungen anwenden - das geht jetzt auch voran, aber viel zu zögerlich. Die hätten längst da sein können und da sein müssen. Aber man kann ja sagen: Lieber spät als nie.

Übrigens: Digitaler Unterricht ist in weiten Teilen Niedersachsens immer noch ein Fremdwort. Dazu

haben Sie gar nichts gesagt. Wir haben wirklich große Probleme in den Schulen. Da geht mittlerweile im Prinzip ein ganzes Schuljahr weitgehend verloren für viele Schülerinnen und Schüler, die zumindest in großen Teilen sechs Monate lang nicht mehr in der Schule waren. Auch dazu gibt es keine Antworten. Da tut der Staat eben nicht das, was der Staat tun kann und was er tun müsste. Er nutzt die Möglichkeiten, die da sind, eben nicht.

Unsere Vorschläge, Herr Siebels - weil Sie immer fragen, was die Vorschläge der FDP sind -, haben wir Ihnen in zahlreichen Anträgen hier vorgelegt.

(Wiard Siebels [SPD]: Sie kommen hier mit Phrasen in einem Sieben-Punkte-Papier!)

Seit Monaten sprechen wir diese Defizite an. Aber das Einzige, was Ihnen und dem Ministerpräsidenten einfällt, sind Beschränkungen und Einschränkungen der Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Nur sehr, sehr zögerlich greift er das, was wirklich er tun könnte und tun müsste, tatsächlich auf.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Ein Sieben-Punkte-Papier mit Phrasen! Sonst nichts!)

Frau Modder, ich habe es, ehrlich gesagt, als Unverschämtheit empfunden, wie Sie hier die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, die in diesem Zusammenhang verantwortlichen Menschen, die Unternehmerinnen und Unternehmer angegangen sind.

(Johanne Modder [SPD]: Eine Frage zu stellen?)

Diesen pauschal vorzuwerfen, sie würden nichts tun und müssten endlich einmal ihrer Verantwortung nachkommen - das geht nun wirklich an der Realität vorbei.

(Beifall bei der FDP - Wiard Siebels [SPD]: Dass ausgerechnet Sie von Unverschämtheit reden, ist schon bemerkenswert!)

Sie sorgen mit Millionen Euro dafür, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher arbeiten können, damit sie auch Steuern erwirtschaften können,

(Wiard Siebels [SPD]: Steuersenkungspartei!)

damit das überhaupt finanziert werden kann, was hier durch die Pandemie entstanden ist. Und dann

äußern Sie eine pauschale Kritik und Beschimpfung! Ich finde, das ist wirklich unverantwortlich als Vertreterin einer Regierungsfraktion und ein nicht angemessenes Verhalten.

(Beifall bei der FDP - Wiard Siebels [SPD]: Unverschämt sind solche Reden!)

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich etwas zu den Abläufen der vergangenen Woche sagen. Das war wirklich sehr bemerkenswert. Am Samstag hat die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* noch getitelt „Niedersachsen will Urlaub in den Osterferien möglich machen“. Das heißt, Niedersachsen ist in diese Ministerpräsidentenkonferenz gestartet mit der Forderung nach kontaktarmen Reisen. Dann konnten wir am Mittwoch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* lesen - ich zitiere -:

„Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil erklärte den Verzicht auf den Ostertourismus mit der ‚ganz eigentümlichen Dynamik‘ in der Sitzung. Wäre das Ansinnen der Länder einfach abgeschmettert worden, hätte man sich nicht gebeugt, stellte Weil klar. Als in der Sitzung dann aber die Idee des knackigen Osterlockdowns aufkam, habe man verzichtet. Denn es sei ja einleuchtend, erklärte Weil, ‚Osterauszeit und Osterurlaub schließen sich gegenseitig aus‘.“

Stimmt, meine Damen und Herren, es ist nämlich etwas komplett Gegensätzliches. Es schließt sich aus. Und die Logik, der der Ministerpräsident hier folgt, ist: Weil ich das nicht bekomme, was ich für richtig gehalten habe, freue ich mich über das Gegenteil. - Das, meine Damen und Herren, ist eine ganz eigentümliche Logik, die der Ministerpräsident hat und die eben nicht mehr nachvollziehbar ist.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Und genau das führt dazu, dass sich Menschen von Politik abwenden. Wenn man ihnen am Samstag noch sagt: „Wir werden auf der MPK für einen Osterurlaub kämpfen und den Menschen in Niedersachsen eine Perspektive bieten“, und dann wiederkommt und sagt: „Ja, das mit der Osterruhe war eine Superidee, das haben wir vorher gar nicht gesehen; wir machen jetzt das komplette Gegenteil“, dann versteht man Politik nicht mehr - insbesondere dann nicht, wenn das auf einer Ministerpräsidentenkonferenz passiert, die hinter ver-

schlossenen Türen tagt, bei der kein Mensch sehen kann, was tatsächlich passiert.

(Beifall bei der FDP - Wiard Siebels [SPD]: Noch transparenter als diese Sitzung geht es ja kaum noch!)

- Herr Siebels, auf genau den Hinweis habe ich gewartet. Es ist etwas anderes, wenn etwas aus Sitzungen durchgestochen wird - das ist nämlich intendiert; dahinter stecken Ideen; die Leute haben ein Programm.

(Wiard Siebels [SPD]: Und diese Sitzung ist nicht öffentlich? Diese Sitzung ist öffentlich!)

Es geht um Öffentlichkeit, es geht um Transparenz, es geht darum, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ein Bild machen können!

(Beifall bei der FDP - Wiard Siebels [SPD]: Diese Sitzung ist öffentlich, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!)

Und das wollen Sie nicht! Seit Monaten werben wir dafür, und Sie versuchen, das zu verhindern. Aber wir werden das auch nicht wegen Ihrer Zwischenrufe ändern.

(Wiard Siebels [SPD]: Sie sollten es einmal zur Kenntnis nehmen, dass diese Sitzung öffentlich stattfindet!)

Sie haben dann, Herr Ministerpräsident, in der Regierungserklärung ausgeführt: „Dabei waren sich alle Beteiligten“ - gemeint ist: auf der MPK - „einig: Wir brauchen einen Wellenbrecher.“ Warum haben Sie uns das eigentlich nicht vor der Ministerpräsidentenkonferenz gesagt? Warum ist die Niedersächsische Landesregierung mit der Idee der Osterreisen da hineingegangen, wenn man sich doch eigentlich darüber klar war, dass man einen Wellenbrecher braucht? Oder anders gefragt: Was ist eigentlich zwischen Montagmorgen und Dienstag - Dienstagnacht war es dann ja wohl - passiert? Welchen Erkenntnisgewinn hatten Sie? Wussten Sie vorher nicht, dass eine dritte Welle unterwegs ist und Sie einen Wellenbrecher brauchen? Wieso haben Sie sich so schlecht vorbereitet? Und wo ist eigentlich Herr Althusmann? - Er hat doch in der letzten Woche - - -

(Minister Bernd Althusmann hebt eine Hand - Wiard Siebels [SPD]: Da sitzt er doch!)

- In der Diskussion, meine ich, Herr Althusmann. Das Sie hier sind, bemerke ich wohl. Aber wo waren Sie in der Diskussion? Sie waren letzte Woche bei der Frage der Osterreisen auch ganz vorn dabei. Der Ministerpräsident hat das dann übernommen. Seit Dienstag ist es sehr still um Sie geworden. Zu dem, was sich da in CDU-Kreisen abgespielt hat, hätten wir auch gern von Ihnen eine Einschätzung bekommen und erfahren, wie Sie eigentlich diese Widersprüchlichkeiten der letzten Tage erklären.

(Beifall bei der FDP)

Das führt dazu, dass genau diese klare Linie, die Sie immer versuchen, darzustellen und zu beschwören, in der Wirklichkeit tatsächlich nicht da ist. Das sehen alle. Am Ende ist es so, dass man bei der niedersächsischen Regierung, genauso wie auf hoher See, in Gottes Hand ist. Man weiß am Ende nicht, was dabei herauskommt. Und genau das ist in der Pandemiebekämpfung ein erhebliches Problem.

(Beifall bei der FDP)

Und dann gibt es diese Versuche. Frau Modder hat das hier auch wieder gemacht, und, Herr Ministerpräsident, das war auch sehr klar in Ihrer Kommunikation schon unmittelbar danach. Sie haben gesagt: Das waren diese Mallorca-Reisen. Die Freigabe der Mallorca-Reisen hat uns wirklich sehr geärgert.

(Johanne Modder [SPD]: Nicht nur uns!)

Erst einmal möchte ich doch darum bitten, der Ehrlichkeit halber darauf hinzuweisen, dass das die von Ihnen getragene Bundesregierung gewesen ist und maßgeblich Herr Maas als Bundesaußenminister das zu verantworten hat. Aber eigentlich geht es doch darum: Streuen Sie den Menschen doch keinen Sand in die Augen! Wollen Sie ernsthaft Reiseverbote verhängen? Wollen Sie den Menschen in Deutschland sagen, sie dürften nicht mehr ausreisen, obwohl sie sich testen lassen, obwohl sie gegebenenfalls geimpft sind?

(Wiard Siebels [SPD]: Also ist der Mallorca-Urlaub doch gut?)

Ist das die Politik, für die die Niedersächsische Landesregierung steht?

(Wiard Siebels [SPD]: Die FDP wirbt für den Mallorca-Urlaub!)

Das sagen Sie aber nicht. Sie sagen immer nur: Das hat einen Empörungscharakter. - Ja, das hat einen Empörungscharakter. Man muss dann aber mal erklären, wofür man steht und was man will. Das sind doch reine Ablenkungsmanöver, die von Ihrem eigenen Versagen und Ihrer Politik ablenken sollen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, diese MPK hat gezeigt, dass es fraglich und eben nicht nachvollziehbar ist, wie Sie sich eigentlich auf diese Sitzungen vorbereiten. Was ist das eigentlich für ein „Expertenrat“, den Sie vorher einholen? - Auch das ist bemerkenswert. Auch im Sozialausschuss wird immer gesagt: Ja, das haben uns Experten geraten. - Ja, welche Experten sind es denn, die Sie beraten? Welche Ratschläge geben die Ihnen denn?

(Christian Meyer [GRÜNE]: Herr Althusmann!)

Sie versuchen doch, sich sozusagen hinter diesem Expertenrat zu verstecken, und erklären es nicht. Auch hier geht es wieder um das Thema der Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Sagen Sie doch, welche Experten Ihnen was geraten haben und zu welchen Schlussfolgerungen Sie gekommen sind. Dann kann man darüber diskutieren und sich damit auseinandersetzen. Aber pauschal zu sagen: „Das sagen uns Experten; das ist jetzt der richtige Weg“, ist doch zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen wiederholen wir unsere Forderung nach einem interdisziplinär besetzten Pandemierat, der dann eben auch präsentiert, zu welchen Schlussfolgerungen man gekommen ist, der auch differenzierende Meinungen präsentiert. Trauen Sie es doch den Menschen, der niedersächsischen Bevölkerung, und auch diesem Landtag zu, sich dann ein eigenes Bild zu machen! Dann wird Politik transparent, dann wird sie nachvollziehbar, und dann kann man sich auch einmal inhaltlich richtig damit auseinandersetzen. Aber diese Nebelkerzen, die Sie immer - vermutlich aus Ihrer Verzweiflung heraus - werfen, führen doch nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich möchte ich noch einen Punkt gesondert ansprechen, den wir auch mit unserem Antrag, den wir hier mitberaten, eingebracht haben. Wie soll es eigentlich weitergehen mit der Ministerpräsidentenkonferenz bzw. dieser Besprechung der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder

mit der Bundeskanzlerin? Meine Damen und Herren, Frau Modder, selbstverständlich braucht man in einem föderalen System eine Koordinierung.

(Johanne Modder [SPD]: Sehr gut!)

- Sehr gut. Da sind wir uns einig. Das ist selbstverständlich. - Das Problem ist doch aber, dass sich hier ein Gremium zusammengefunden hat, das nicht nur koordiniert, das nicht nur Grundsätze bespricht und dann Wege sucht, sie zu legitimieren, sondern dass auch entscheidet. Dort finden Entscheidungen statt.

(Wiard Siebels [SPD]: Nein, tut es nicht! Es wird in den Landeskabinetten entschieden!)

- Herr Siebels, faktisch wird dort doch entschieden.

(Wiard Siebels [SPD]: Nein!)

Sie sind doch nur Vollzugsgehilfe.

(Wiard Siebels [SPD]: Nein! In den Landeskabinetten wird entschieden! Schauen Sie doch mal ins Gesetz!)

Sie vollstrecken doch lediglich die Beschlüsse aus Berlin und schrauben an der einen oder anderen Stelle noch einmal herum, um ein bisschen was anzupassen. Am Ende ist das Kadavergehorsam, den Sie an den Tag legen.

(Beifall bei der FDP - Wiard Siebels [SPD]: Kadavergehorsam! Unglaublich! Verbale Entgleisung nennt man so was!)

So ist es doch.

(Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Einen Moment, Herr Kollege Dr. Birkner. - Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, auch Sie, Herr Siebels! Theoretisch hat Ihre Fraktion - - -

(Johanne Modder [SPD]: Kadavergehorsam? Ist das parlamentarisch? - Zuruf von Gudrun Pieper [CDU])

Einen Moment noch! - Frau Pieper, bitte Ruhe! - Es geht weiter, Herr Kollege.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das Problem bei der Ministerpräsidentenkonferenz ist doch, dass sich dort ein Gremium trifft, das in seiner Koordinierungsfunktion zwar seine Berechtigung hat, das aber im Kompetenzgefüge der Verfassung über-

haupt nicht vorgesehen ist. Entweder muss der Bundestag, die Bundesregierung, der Landtag oder die Landesregierung Entscheidungen treffen. Faktisch werden Entscheidungen aber in der MPK getroffen und am Ende durch die Landesregierungen umgesetzt - wie gesagt, mit einzelnen Anpassungen. Und all das passiert im Grunde hinter verschlossenen Türen - mit der ganzen medialen Begleitung, sodass wir immer lesen können, wer angeblich was gesagt hat, wer angeblich sein Handy benutzt hat oder was jemand angeblich auf seinem Handy gespielt hat usw. usf.

(Heiterkeit bei der FDP)

Das Entscheidende ist doch, dass dadurch einfach keine Transparenz, keine Nachvollziehbarkeit entsteht. Nachvollziehbarkeit und Transparenz sind Voraussetzung für Akzeptanz. Das ist doch eine Binsenweisheit. Das brauchen wir hier doch gar nicht weiter zu diskutieren. Und das ist jetzt seit über zwölf Monaten nicht gelungen. Dann hat man auch noch den Eindruck, dass die Vertreterinnen und Vertreter dort unvorbereitet in die Sitzungen gehen und plötzlich von irgendetwas überrascht sind. Das Ganze führt doch dazu, dass man das Vertrauen verliert.

Was eben nicht erkennbar wird, weil am Ende immer nur die Beschlüsse verkündet werden, ist, in welcher Form die ganzen negativen Auswirkungen der Pandemie in diesen Sitzungen eigentlich überhaupt gewichtet werden. Werden Sie wahrgenommen? Welche Bedeutung misst man ihnen bei? Und zu welchem Ergebnis kommt man unter Berücksichtigung des Pandemiegeschehens? Dieser gesamte, so wichtige Abwägungsprozess, von dem ich hoffe, dass er stattfindet, ist zumindest nicht transparent. Stattdessen kommen dann solche Regelungen dabei heraus, wie wir es jetzt erlebt haben.

Dabei ist dieser Fehler der Osterruhe nur ein Symptom des Grundproblems. Es ist gut, dass sie zurückgenommen worden ist. Wir erkennen auch an, dass die Kanzlerin dafür die Verantwortung übernommen hat und dass der Ministerpräsident einräumt, dass er da mitgewirkt hat und natürlich auch Verantwortung übernimmt. Aber darum geht es doch nicht im Kern. Das ist doch nur Symptom eines nicht mehr funktionierenden Entscheidungssystems. Deshalb muss man sehr grundsätzlich und sehr ernsthaft darüber nachdenken, wie man es anders machen kann. Das wollen wir mit unserem Antrag anstoßen und geben damit unsere Ideen mit in die Diskussion. Eine davon lautet:

Beschränken wir uns auf eine Koordinierung in diesem Gremium, und sagen wir: Dort wird nicht entschieden. - Entschieden werden muss - dafür werben wir seit über einem Jahr - in den Parlamenten. Das Ganze muss aufgrund der Tragweite, der Bedeutung, der Grundrechtseingriffe von den dafür gewählten Vertreterinnen und Vertretern entschieden werden, und das sind die Landtagsabgeordneten hier in Niedersachsen.

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist der Deutsche Bundestag! Der hat das Gesetz gemacht!)

Deshalb werben wir noch einmal dafür - wir haben ja auch schon einmal einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht -, hierzu endlich eine Entschließung zu fassen. Andere Länder sind längst weiter. Das ist ein echter Beitrag zu mehr Akzeptanz und zu mehr Zukunftsfähigkeit und Dauerhaftigkeit der Pandemiebewältigung in Niedersachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion sieht nach wie vor zwei zentrale Bausteine der Pandemiebewältigung. Entsprechende Vorschläge haben wir wiederholt gemacht. Das eine ist, dass wir - so wie Bernd Althusmann, Björn Thümler und auch viele andere Kolleginnen und Kollegen manchmal hinter vorgehaltener Hand - dafür werben, differenziertere Kriterien anzulegen, sich nicht ausschließlich auf die Inzidenz zu konzentrieren, sondern etwa die Belastungssituation in den Krankenhäusern, die Verteilung in den Altersgruppen, in den Risikogruppen usw. heranzuziehen und so zu einer differenzierteren Einschätzung des Infektionsgeschehens und der Risiken, die daraus entstehen, zu kommen. Diese Forderung ist ja auch aus dem wissenschaftlichen Raum zu hören.

Es ist richtig - und ich kann das nachvollziehen -, dass das Infektionsschutzgesetz des Bundes im Moment noch einen anderen Weg geht. Aber wenn man hier etwas ändern wollte, müsste man auch einmal eine Initiative ergreifen. Stattdessen erleben wir, dass die Regierungssprecherin den Vorschlag von Bernd Althusmann kurzerhand abwürgt, quasi abkanzelt und sagt: Nein, nein, das machen wir nicht. - Das ist ein bemerkenswerter Vorgang innerhalb der Koalition. Das kann es doch wohl nicht sein. Wenn man es ernsthaft wollte, müsste man schon entsprechende Initiativen auf den Weg bringen und im Bund, gerade wenn man dort auch regiert, für Mehrheiten werben. Das passiert aller-

dings nicht. Unser Weg bleibt es, dies weiterhin zu fordern und einzubringen.

Zweitens fordern wir konsequente begleitende Maßnahmen. Das ist sozusagen die zweite Säule unserer Politik.

Aktuell und auch in dem, was der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung heute gesagt hat, gibt es Ansätze, die sich mit unseren decken, für die wir seit Wochen und Monaten werben und von denen wir, wie gesagt, sagen: Das kommt viel zu spät. - Dabei geht es z. B. darum, ein Testregime zu erarbeiten, die Testungen auszuweiten und damit mehr normales Leben zu ermöglichen. Das ist uns alles viel zu zaghaft, aber es geht in die richtige Richtung.

Dabei wollen wir Sie mit unseren Vorschlägen und Ideen auch gern unterstützen. Aber tun Sie nicht so, als wäre das spontan und plötzlich vom Himmel gefallen und eine gänzlich neue Erkenntnis. Diese Debatten und Diskussionen werden seit Monaten geführt. Werden Sie schneller! Greifen Sie doch die Vorschläge und Ideen, die nicht nur von uns, sondern auch von anderen kommen, aktiver auf! Dann gelingt es auch gemeinsam, diese Pandemie besser zu bewältigen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Meine Damen und Herren, vorhin ist von Herrn Dr. Birkner der Ausdruck „Kadavergehorsam“ zur Anwendung gebracht worden. Ich habe schnell in die Liste der unparlamentarischen, in diesem Parlament mit einem Ordnungsruf zu belegenden Begriffe geschaut. In der Liste steht dieser Begriff nicht.

(Zustimmung von der FDP - Johanne Modder [SPD]: Das hat man sich auch nicht ausdenken können!)

Aber dies ist eine Wortwahl, die ich auch in diesem großen Zusammenhang für geschmacklos halte. Das entspricht auch nicht der Wortwahl, die wir sonst von Ihnen kennen, Herr Dr. Birkner.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ich habe mich so aufgeregt! - Johanne Modder [SPD]: Das ist der neue Stil der FDP!)

- Ja, Aufregung. Aber jeder, der in einer Debatte solche Begriffe zur Anwendung bringt, sollte dar-

über nachdenken, ob das wirklich passend ist oder ob er es besser bleibenlässt.

Für die CDU-Fraktion darf der Kollege Nacke fortsetzen. Bitte!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich einige Anmerkungen zur heutigen Regierungserklärung und zu den Wortbeiträgen meiner Vorrednerinnen und Vorredner mache, darf ich Sie zunächst sehr herzlich von unserem Fraktionsvorsitzenden grüßen, der heute, zwar Corona-frei, aber gleichwohl gezwungen ist, die Sitzung per Livestream von zu Hause zu schauen. Herzliche Grüße!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Zugleich, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen versichern, dass ich nicht beabsichtige, die Chance, die sich mir durch die Abwesenheit unseres Fraktionsvorsitzenden bietet, vergleichbar furios zu nutzen, wie dies der stellvertretende Ministerpräsident im letzten Sonderplenium von eben dieser Stelle getan hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Das hättest du ruhig machen können! - Jörg Bode [FDP]: Es hat wohl eine Nachbesprechung gegeben! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Manche sagen so, und manche sagen so!)

Aber, meine Damen und Herren, ich habe schon den Eindruck, dass wir in diesem Hause über die vielen Regierungserklärungen, Debatten und Reden den Grundkonsens über unser Handeln in der Pandemie ein wenig aus dem Blick verlieren - Frau Modder hat ihn in Ihrer Rede angesprochen -, nämlich den Grundkonsens, dass wir dem Schutz der Bevölkerung die höchste Priorität beimessen müssen

(Beifall bei der CDU)

und dass eine Überlastung des Gesundheitssystems auf jeden Fall zu verhindern ist, weil eine solche Überlastung Menschen das Leben kosten kann.

Ich meine, solange sich mehr Menschen mit dem Coronavirus infizieren als am Vortag oder in der Vorwoche und mehr Menschen an COVID-19 erkranken als wieder genesen und solange die Auslastung der Betten auf den Intensivstationen und

die der Beatmungsgeräte ansteigt, dürfen wir bei allem Streit über die Einzelheiten keinen Zweifel daran lassen, dass es unser gemeinsames Ziel ist, diesen Verlauf umzukehren. Nur dann kann sich jede und jeder, die oder den diese gefährliche Krankheit ereilt, darauf verlassen, dass ihr oder ihm bestmöglich geholfen wird, wieder gesund zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Und nur dann können die Menschen auch Vertrauen in die politischen Entscheidungen haben und sicher sein, dass niemand in der Politik diesen Grundkonsens aufgegeben hat.

Herr Kollege Birkner, Sie sagten gerade, uns gingen langsam die Instrumente aus. Ich sehe das anders. Wir haben inzwischen vier wirkungsvolle Instrumente, mit denen wir unser Ziel erreichen können. Diese Instrumente sind Impfung, Testung, Nachverfolgung und Infektionsschutz. Wir haben Grund, positiv in die Zukunft zu schauen, weil wir mit den genannten Instrumenten die Pandemie überwinden werden. Niedersachsen ist dabei nicht schlechter als andere Bundesländer, und Deutschland hält jedem internationalen Vergleich stand. Ich sage das ausdrücklich auch mit Blick auf die Diskussion der letzten Tage.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Herr Kollege Birkner, ich will an dieser Stelle auch eine Lanze für die Bund-Länder-Gespräche brechen. Sie sind notwendig und erforderlich in einem föderalen Staat, in dem wir ganz bewusst die Verantwortlichkeiten und die Zuständigkeiten in eine Verantwortung für ganz Deutschland, wo diese geboten ist, und in eine dezentrale Verantwortung aufgeteilt haben. Hier will ich ausdrücklich auch die Selbstverantwortung der Kommunen mit einbeziehen. Dezentrale Verantwortung macht diesen Staat stark, aber föderale Strukturen zwingen dazu, sich abzustimmen. Dazu gehören Bund-Länder-Gespräche.

Herr Kollege Birkner, ich habe manchmal den Eindruck - ich glaube, das ist etwas sehr Menschliches -, dass man immer dort ein besonderes Geheimnis vermutet, wo man nicht dabei sein darf.

Ich sage Ihnen: Das ist etwas völlig Normales. Da ist nichts Neues ausgedacht worden.

(Johanne Modder [SPD]: Wir haben Verständnis!)

Immer und immer wieder müssen wir selbst für Sitzungen dieses Landtages Kolleginnen und Kol-

legen aus dem Kabinett, Ministerinnen und Minister, entschuldigen, weil sie an Ministerpräsidentenkonferenzen oder an Ministerkonferenzen teilnehmen. Das ist ganz normal.

Ich sage Ihnen noch etwas, weil Sie immer von geheimen Sitzungen, die öffentlich sein müssten, sprechen: Es ist ein ganz normaler Vorgang, dass Dinge hinter verschlossenen Türen besprochen werden, dass dann ein Ergebnis erzielt und dieses Ergebnis unverzüglich öffentlich gemacht wird. In diesem Fall wird dieses Ergebnis anschließend sogar in allen Parlamenten in Deutschland, im Bundestag wie in den Länderparlamenten, ausgiebig erörtert und besprochen, auch hier in unserem, nämlich heute. Wenn Sie gewollt hätten, hätten wir das auch gestern getan. Wir haben uns aber für den heutigen Tag entschieden.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle ein einfaches Beispiel nennen: Alles, was wir in diesem Landtag besprechen, wird im Vorfeld auch in nicht öffentlichen Sitzungen beraten – entweder, weil die Regierung einen Entwurf macht, den sie im Kabinett berät, oder aber, weil die Fraktionen einen Entwurf machen, den sie ebenfalls zunächst einmal in nicht öffentlichen Fraktionssitzungen erörtern. Erst wenn in den Gruppen ein Ergebnis erzielt worden ist, erst wenn man sich abgestimmt hat, dann bringt man es zur Diskussion, zur Abstimmung und zur Beratung in dieses Haus.

Also hören Sie doch bitte auf, den Eindruck zu erwecken, es sei etwas Neues, etwas Geheimes, etwas Unheimliches entstanden! Das ist nicht der Fall.

Ich will Ihnen einen letzten Punkt sagen. Sie schreiben ja selber in Ihrem Papier - ich habe es mitgebracht; mal gucken, ob ich es so schnell finde -, „der öffentliche Eindruck“ sei, „dass in einem reinen Koordinationsgremium jenseits ...“. Sie formulieren derart vorsichtig, weil Sie genau wissen, dass das in Wirklichkeit nicht stimmt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich möchte auf die vier Instrumente zu sprechen kommen.

Da ist zunächst die Impfkampagne. Die Impfquote in Niedersachsen steigt ständig an. Jeden Tag werden mehr Menschen geimpft. Die gewählte Priorisierung erweist sich als klug und richtig.

Künftig stehen jede Woche noch mehr Impfdosen zur Verfügung. Die Hausärztinnen und Hausärzte stehen in den Startlöchern. Die kommunalen Impfzentren in den Landkreisen, Städten und Gemeinden sind gut vorbereitet und in der Lage, noch eine Schippe draufzulegen.

Ich selbst habe erst vor ein paar Tagen das Impfzentrum im Ammerland besucht, um mir einen eigenen Eindruck zu verschaffen, weil ich sehr gute Rückmeldungen von den Menschen aus dem Ammerland bekomme. Die sagen: Ich habe mich dort gut aufgehoben gefühlt. Ich bin gut beraten worden. Ich habe mich sicher gefühlt. Ich Impfung ist professionell und schnell durchgeführt worden, vom Ehrenamt - nämlich dem Roten Kreuz, das da in besonderem Maße mitwirkt -, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises und von der Bundeswehr.

Weil es in Westerstede im Ammerland eine besondere Kooperation zwischen dem Bundeswehrkrankenhaus und dem lokalen Krankenhaus gibt, wird die Bundeswehr sehr intensiv eingesetzt und leistet eine ganz wertvolle Arbeit. Das klappt richtig gut.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Hamburg, ich will mir an dieser Stelle eine Anmerkung erlauben: Sie haben vorhin von den Spannungen gesprochen, die Sie spüren, auch in diesem Haus. Sie haben davon gesprochen, dass die Politik Ihnen Ventile biete, um diese Spannungen zu entladen. Ich möchte Ihnen etwas sagen: Mit Ventilen entlädt man Druck, und Druck ist in der Politik ein schlechter Berater. Wenn Sie Spannungen spüren, brauchen Sie eine Erdung, und wenn Sie eine Erdung brauchen, dann gehen Sie in genau diese Impfzentren vor Ort! Schauen Sie sich an, wie professionell das da läuft, anstatt hier solche Reden zu halten, wie Sie sie gerade gehalten haben.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Vertrauen Sie den Kommunen! Sie haben die Organisationsexpertise, die Sie hier einfordern.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wir wollen die Kommunen stärken! Herr Nacke, lesen Sie unsere Anträge!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Übergang zur Impfung der zweiten Priorität verläuft ebenfalls gut. Die Schwierigkeiten bei der Unter-

richtung der Impfberechtigten und bei der Terminvergabe sind weitgehend überwunden.

Natürlich gibt es immer noch Punkte, die uns erreichen. Ein Punkt, den ich gerade gestern gehört habe und zu dem ich sage, da müssen wir nacharbeiten, ist, dass Menschen aus der ersten Priorität, wenn sie sich jetzt anmelden, nicht schneller geimpft werden als die der zweiten Priorität, sondern eingepflegt werden. Das kann natürlich noch verbessert werden. Aber insgesamt ist das alles sehr gut ins Laufen gekommen.

Das zweite Instrument ist das Testen. Auch hier haben wir inzwischen eine Infrastruktur aufgebaut, die sich sehen lassen kann. Die Tests sind in ausreichender Zahl vorhanden, und sie können auch durchgeführt werden. Für jede Bürgerin und jeden Bürger steht mindestens ein Test pro Woche bereit, für die Beschäftigten in Schulen und Kitas sowie für Schülerinnen und Schüler sogar zwei. Und in Zukunft werden es noch mehr. Jeder und jede ist gut beraten, sich an diesen Testungen zu beteiligen.

Ich will allerdings an dieser Stelle sagen: Frau Kollegin Hamburg, wenn Sie an dieser Stelle eine Testpflicht fordern, dann sind wir nicht bei Ihnen, weil wir hier tatsächlich auf Eigenverantwortung setzen. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Das, was Sie etwas beschönigend eine Testpflicht nennen, wäre in Wirklichkeit ein Testzwang. Sie lassen natürlich weg, wie Sie den umzusetzen gedenken.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]:
Sachsen macht das! Herr Nacke,
schauen Sie nach Sachsen!)

Das wird nicht funktionieren. Sie können einen Testzwang dort umsetzen, wo die Menschen durch den Test etwas erreichen können, worauf sie ansonsten verzichten müssten, beispielsweise Rückflüge nach Deutschland. Aber dort, wo die Menschen nicht auf etwas verzichten können, beispielsweise in einer Schule, wird es einen Testzwang mit uns ganz sicher nicht geben.

(Zustimmung bei der CDU - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Schauen Sie doch nach Sachsen! Ist es besser, die Schulen geschlossen zu halten?)

Auch hier geht mein Dank insbesondere an die Kommunen, wo sich sehr viele - auch dort: haupt- und ehrenamtliche - Helfer in den Testcentern engagieren, die überall im Land in Betrieb genommen werden.

Wir werden ganz sicher dieses flächendeckende Testangebot in eine Öffnungsstrategie einbinden können.

Das dritte Instrument ist die Nachverfolgung. Es bedarf einer schnellen und lückenlosen Nachverfolgung von Ansteckungsketten durch die Gesundheitsämter.

Diese Aufgabe wird ganz sicher durch das digitale Erfassen von Informationen unterstützt und deutlich vereinfacht werden. Die Luca-App und andere Nachverfolgungsprogramme sind hier ein wichtiges Instrument bei der Pandemiebekämpfung und haben inzwischen Marktreife. Die ersten Kommunen setzen diese Apps ein und entlasten damit ihre Gesundheitsämter.

Die Möglichkeit der konsequenten Nachverfolgung wird die Regierung in absehbarer Zeit und bei entsprechendem Rückgang der Inzidenzen in die Lage versetzen, beispielsweise Läden, Gastronomie oder Kulturveranstaltungen verantwortungsvoll wiederzuzulassen oder auch private Veranstaltungen in kleinem Rahmen wieder zu ermöglichen.

Das vierte Instrument ist der Infektionsschutz - zu guter Letzt. Abstand halten, Hände waschen, Masken tragen, lüften - diese Verhaltensweisen werden uns wahrscheinlich noch länger begleiten. Denn diese Mittel sind die Basis für jedes Hygienekonzept.

Auch da, Frau Kollegin Hamburg, bin ich nicht bei Ihnen. Nach meiner Wahrnehmung haben Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ein sehr hohes Interesse, dass die Menschen, die in ihrem Betrieb arbeiten, geschützt sind. Ich sehe da eine ganz große Verantwortung, so, wie der Kollege Birkner es gerade ausgeführt hat.

Aber, Herr Kollege Birkner, an dieser Stelle verstehe ich Sie nicht. Da greifen Sie die Kollegin Modder an, die das, was Sie ihr vorgeworfen haben, nach meiner Wahrnehmung so nicht gesagt hat. Ihr eigentliches Ziel müsste in diesem Fall nun tatsächlich Frau Hamburg sein. Denn Frau Hamburg fordert, alle Betriebe zu schließen, und Sie sagen: Das ist überhaupt nicht erforderlich.

Hier wird sehr deutlich, dass die Bandbreite schon in unserer kleinen Opposition so groß ist - wenn es darum geht, wie unterschiedlich man agieren müsste -, dass es eben nicht ganz selbstverständlich und einfach ist, die richtigen Lösungen zu finden. Sie sind sich oft genug nur in einem einzigen Punkt einig:

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wir werden uns sehr schnell einig, das ist kein Problem!)

So, wie die es machen, geht es nicht! - Aber wie es gehen soll, da würden Sie sich im Leben nicht einig werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschätzen, wann auf das sehr milde Mittel der Hygienemaßnahmen verzichtet werden kann. Aber wir dürfen und können uns darauf verlassen, dass die allermeisten Menschen erkennen, wie notwendig es auch weiterhin sein wird, um sich und andere zu schützen. Unser Dank geht hier an all jene, die in Vernunft und Sorge um die anderen die eigenen Bedürfnisse zurückstellen.

Deswegen sollte von der heutigen Landtagssitzung das Signal ausgehen, dass es allen Grund zur Hoffnung gibt. Es ist noch eine Strecke des Weges zu gehen. Aber es ist auch schon ein gutes Stück geschafft.

Frau Kollegin Modder hat von einem Marathonlauf gesprochen. Ich meine, mich erinnern zu können, Frau Kollegin - ich muss das einfach an dieser Stelle sagen -, dass es ungefähr in der Mitte eines Marathonlaufes, nach ca. 25 km, besonders schwer wird. Dann strömen Glückshormone. Ich weiß nicht, ob das bei uns einsetzt. Davon weiß der Ministerpräsident, der Marathon gelaufen ist, viel mehr als ich. Ich will mich da nicht mit fremden Federn schmücken.

(Heiterkeit)

Wenn wir also diesen Marathon weiterlaufen, wenn wir die Instrumente nutzen, dann wird die Pandemie umso schneller besiegt sein. Deswegen, meine Damen und Herren, sage ich zum Schluss in aller Deutlichkeit auch: Wer bereit ist, sich impfen zu lassen, wer bereit ist, sich testen zu lassen, wer bereit ist, bei der Nachverfolgung zu helfen, und wer den Infektionsschutz ernst nimmt, die- oder derjenige sollte das Recht haben, schneller wieder alle Freiheiten nutzen zu können als diejenigen, die sich diesen Maßnahmen verweigern.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Ich jedenfalls vermag nicht einzusehen, warum diejenigen, die vernünftig sind, sich in einer so schweren Pandemie jenen beugen sollten, die jede

Vernunft vermissen lassen. Deshalb lade ich Sie herzlich ein, auch dies in diesem Haus zu diskutieren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Nacke.

Jetzt liegen etliche Wortmeldungen der fraktionslosen Kollegen vor. Dazu darf ich grundsätzlich sagen, dass jede fraktionslose Kollegin respektive jeder fraktionslose Kollege wegen der Regierungserklärung eine Redezeit von 1:30 Minuten hat. Aus dem Umverteilungskopf würden - so denn Wunsch und Bedarf bestehen - 30 Sekunden dazugegeben werden.

Es beginnt Herr Kollege Rykena, der sich für zwei Minuten angemeldet hat. Sie haben das Wort, Herr Kollege. Bitte sehr!

Harm Rykena (fraktionslos):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Überall auf der Welt ein ähnliches Bild, unabhängig davon, ob es massive Einschränkungen des öffentlichen Lebens gibt - wie in Deutschland - oder nur nach Augenmaß gehandelt wird - wie in Schweden - oder schlicht sämtliche Beschränkungen aufgehoben werden - wie aktuell in mehreren US-Bundesstaaten. Der Einfluss der getroffenen Maßnahmen auf das gemessene Infektionsgeschehen ist nicht festzustellen.

(Zuruf)

Und jetzt startet man einen weiteren Versuch: Massenweise Schnelltests an symptomfreien Menschen sollen es bringen. - Ich möchte Zweifel an diesen Maßnahmen anbringen. Das Institut B-FAST von der UMG Göttingen warnt:

„Falsch-positive Befunde fallen vor allem bei Reihentestungen gesunder Menschen mit niedriger Inzidenz ins Gewicht.“

(Wiard Siebels [SPD]: Die werden doch noch mal getestet! Meine Güte!)

„In einer Gruppe asymptomatischer Personen kann die Anzahl falsch-positiver Tests die Anzahl der richtig-positiven Tests übertreffen.“

(Zuruf: Sie müssen so einen Test mal machen! Dann wissen Sie, wie das funktioniert!)

Wie wahrscheinlich sind bei den Schnelltests richtig-positive Ergebnisse - das heißt: Test positiv und Person infiziert - oder falsch-positive Ergebnisse - Test positiv, Person aber nicht infiziert?

(Zuruf: So kann man auch Redezeit verplempern! - Zuruf: Er hat keine Ahnung, wie das läuft! Keine Ahnung! - Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Rykena, einen Moment bitte!

(Zuruf: Das war witzig! Ich war das nicht!)

- Herr Kollege, haben wir uns beruhigt? - Dann geht es jetzt weiter.

Harm Rykena (fraktionslos):

Das RKI geht in einem Beispiel von einer Spezifität der Antigen-Schnelltests von 98 % aus, also von einer Fehlerquote von 2 % mit falsch-positiven Tests. Testen wir nun 1 000 Schüler, erhalten wir bei einer Fehlerquote von 2 % automatisch 20 falsch-positive Tests, um einen richtig-positiven zu identifizieren. In Niedersachsen haben wir übrigens etwa 900 000 Schüler. Ergo sind pro Woche allein an den Schulen viele Tausend falsch-positive Testergebnisse zu erwarten.

Sogar Herr Drost warnte Ende 2020 in der *Ärzte Zeitung* noch, dass Massentestungen mit Schnelltests nicht sinnvoll sind. Aber Sie, verehrte Landesregierung, machen es trotzdem. Nun denn, Kopfschütteln, warten wir auf das nächste Desaster.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten - Wiard Siebels [SPD]: Sie meinen Ihre nächste Rede! Mathelehrer kann er ja nicht sein!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Rykena. - Der nächste Redner für ebenfalls zwei Minuten ist Kollege Stefan Henze. Herr Kollege, Henze, Sie haben das Wort. Bitte!

Stefan Henze (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 13 Monaten werden wir nun schon durch die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten außerparlamentarisch per Corona-Verordnungen regiert.

(Wiard Siebels [SPD]: Aber Sie sind hier im Parlament! Das haben Sie gemerkt?)

Eine kleine Bestandsaufnahme: Schon 2012 gab es eine Risikoanalyse zum Bevölkerungsschutz in einer Pandemie. Umgesetzt wurde nichts. - Sie haben sich mit einer funktionslosen Corona-App bis auf die Knochen blamiert. - Das Maskendesaster: Erst nutzten sie nichts, dann waren sie plötzlich überlebenswichtig, zusätzlich füllten sie verantwortungslosen Unionspolitikern die privaten Taschen. - Tests: Trotz der vollmundigen Ankündigungen dieser Bundesregierung gibt es noch immer kein Konzept und keine Tests in ausreichender Menge. - Kein expliziter Schutz von Risikogruppen schon im letzten Jahr. - Der Einkauf von Impfstoffen für alle, die sich impfen lassen wollen: ein Desaster, weil die große Vorsitzende in Berlin keinen „Impfnationalismus“ wollte. - Kein schneller Kapazitätsaufbau zur Produktion von Impfstoffen im eigenen Land. - Kaum Mittel zur Entwicklung von Corona-Medikamenten. - Und nun diese Farce, diese Rolle rückwärts rund um die sogenannten Osterruhetage. Und wieder muss niemand die politischen Konsequenzen ziehen, nicht einmal der Kanzleramtschef als Bauernopfer.

Aber jetzt kommt endlich - nach all dem Versagen - der große Wurf: Ausgangssperren. Wir sperren die Bürger ein. Das ist dann die ultimative Lösung.

Meine Damen und Herren, mein Respekt vor unserem Rechtsstaat, dessen Funktionieren das OVG Lüneburg mit der Kassierung Ihrer Corona-Verordnungen immer wieder unter Beweis stellt, hält mich davon ab, denen, die zum zivilen Ungehorsam gegen Ihre willkürlichen, ineffizienten, existenzvernichtenden Maßnahmen aufrufen, recht zu geben. Sie haben in der Corona-Krise Staatsversagen zur Tagespolitik gemacht.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Kollege. - Nächster Redner ist der fraktionslose Kollege Stefan Wirtz. Bitte sehr, Herr Wirtz!

Stefan Wirtz (fraktionslos):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr verehrter Ministerpräsident, wir hatten hier schon Spannungen und Druck, und die Amplitude Ihrer Meinungswechsel wurde von Herrn Birkner auch schon erörtert. Wie plötzlich und intensiv Sie Ihre Meinung ändern und die Richtung Ihrer Entscheidungen wechseln, ist noch nicht ganz im Bereich des Wechselstroms. Ich würde eher sagen, es ist eine Entscheidungstide. Sie haben offensichtlich alle paar Stunden eine völlig andere Einstellung. Das hat der Kollege aber schon erörtert, und ich bin es nun, ehrlich gesagt, auch leid.

Mich würde allerdings interessieren: Was ist eigentlich Ihre Entscheidungsgrundlage, wenn Sie in diese Konferenzen gehen? Ist es zufällig das hier?

(Der Redner zeigt einen Ausdruck)

Das kennen Sie alle, das bekommen wir seit Monaten, seit fast einem Jahr jeden Tag. Und was steht da drin? Unter anderem die Belegungszahlen der Intensivbetten in Niedersachsen. Und was steht da noch drin? Dass diese Zahlen sehr gering sind, und das seit Monaten. Sie sind auf einem Wert von kaum über 200. 200 von 8 Millionen Niedersachsen müssen intensiv behandelt werden, ein noch geringerer Anteil muss beatmet werden. Wenn man das auf die Klinikzahl runterbricht, ist in jeder von 171 Kliniken kaum mehr als einer in Intensivbehandlung, und weniger als einer wird beatmet.

Das sind die Zahlen, die wir sehen. Wir haben das auch vor Monaten schon gesehen, als die Zahlen mit etwas mehr als 500 sogar doppelt so hoch gewesen sind. Ein Maximum haben wir letztes Jahr im Juni mit etwas über 900, die intensiv behandelt wurden, erlebt - zu einer Zeit, als noch massenweise Intensivbetten zusätzlich aufgebaut wurden.

Wo sehen Sie Ihre Welle? Wo ist die dritte Welle? Wo war die zweite? Wo sind die Wirkungen Ihrer Maßnahmen? Wo sind die verschiedenen Lockdowns in jeder Stufe, die Sie beschlossen haben?

(Wiard Siebels [SPD]: Wo ist die AfD-Fraktion? - Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Wo zeichnet sich das ab? In den Zahlen, die seit Monaten, eigentlich seit einem Jahr stabil sind, und zwar abwärts stabil, ein Trend, der sich immer weiter nach unten fortsetzt. Sie können mir keine Entscheidungsgrundlagen nennen, wenn ich Sie frage. Das werden Sie wahrscheinlich auch hier nicht tun. Stattdessen höre ich von Ausgangssperren, dem nächsten Lockdown, Osterruhe. Und Frau Modder kann sich an eines nicht gewöhnen: an die Zahl von sogenannten Infektionen. Das sind aber Zahlen von Testergebnissen.

(Glocke des Präsidenten)

Da sollten Sie vielleicht mal „Inzidenz“ nachschlagen. Denn das sind Neuerkrankungen und nicht irgendwelche Testergebnisse. Gewöhnen Sie sich lieber nicht an solche Worte wie „Ausgangssperren“ und Ähnliches!

(Glocke des Präsidenten)

Und, Herr Birkner, wenn Sie mal einen Pandemie-rat gründen, da bin ich dann gerne dabei.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Kommen Sie bitte zum Ende!

Stefan Wirtz (fraktionslos):

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten - Jens Nacke [CDU]: Wozu schicken wir Ihnen diese Informationen zu, wenn Sie die nicht verstehen? - Gegenruf von Stefan Wirtz [fraktionslos]: Wenn Sie die nicht lesen, dann sollten Sie auch nicht von „verstehen“ reden! Schönes Wochenende!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Nächste Rednerin: die fraktionslose Kollegin Dana Guth. Frau Guth, bitte!

(Unruhe)

- Herr Birkner, Herr Nacke und einige andere!

Frau Abgeordnete Guth, Sie haben für zwei Minuten das Wort. Bitte!

Dana Guth (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Die Entschuldigung von Angela Merkel: Das Ergebnis der nächtlichen Kugelrunde muss rückgängig gemacht werden. - Mit Rückgängigmachen kennt die Dame sich ja aus. Ich verzichte dankend auf dieses unglaubliche Asche-auf-mein-Haupt-Spektakel, hat die

Dame doch nur gemerkt, dass es der berühmte Tropfen war, der das Fass jetzt zum Überlaufen gebracht hätte. Politisches Kalkül ohne jedes Herz, wie seit Monaten.

Während man sich nicht scheut, in das Privatleben der Menschen einzugreifen, dürfen alle weiterarbeiten und öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Dort steckt man sich selbstverständlich nicht an. Firmenlockdowns kommen nicht infrage. Privat ist man am Verbot von Auslandsreisen und an Ausgangssperren interessiert. Ich frage mich wirklich langsam, ob es noch geht.

Wie soll es bitte weitergehen? Es wird immer offensichtlicher: Sie wissen nichts. Sie wissen nichts über das Virus, über Ihre Tests und über Ihre gepriesenen Impfungen. Modellversuch Weimar: doppelte Impfung gilt nicht. - Altenheim in Baden-Württemberg: alle geimpft und trotzdem Maskenpflicht und Isolation. Wozu dann impfen? - Tests, Modellregion Göttingen: Ein negativer Test ist kein Freischein zum Feiern und zum Shoppengehen. Testen und trotzdem Maskenpflicht. Warum dann testen? Und das Virus mutiert fröhlich weiter.

Wir erleben das Ende Ihrer Narrative: Das Gesundheitssystem darf nicht überlastet werden.

Psychisch belastete und erkrankte Menschen bekommen keine Termine bei Psychotherapeuten aufgrund des massiven Andrangs. Krankenhäuser wurden geschlossen, da die Corona-Politik sie in wirtschaftliche Nöte gebracht hat, die das wirtschaftliche Arbeiten unmöglich gemacht hat. Das ist ein doppeltes Scheitern Ihrer Politik.

Der Schutz des Lebens steht über allem. Das war vor einem Jahr noch eine gute Agenda. Inzwischen wägen Sie Leben gegen Leben ab, und das ist zynisch, meine Damen und Herren.

Frauen und Kinder, die wegen häuslicher Gewalt zu Tode kommen, Menschen, die wegen verzögerter oder nicht erfolgter Behandlungen sterben, Menschen, die keinen Ausweg mehr sehen und sich das Leben nehmen, und nicht zuletzt gesunde Menschen, die unter Umständen an den Folgen einer Impfung sterben - auch diese Menschen haben Kinder und Familien.

Sie werden erst umschwenken, wenn es andere auch tun, und Sie werden vor den menschlichen und wirtschaftlichen Trümmern dieses Landes stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nächster Redner: der Kollege Jens Ahrends, fraktionslos. Herr Ahrends, zwei Minuten, bitte!

Jens Ahrends (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der *Focus* schreibt: „Die deutsche Politik ist Gefangene ihrer eigenen Fehler“. Letztes Jahr wusste niemand, was auf uns zukam. Da erschien der Lockdown vernünftig. Aber selbst Jens Spahn sagte anschließend: Mit dem Wissen von heute würden wir den Einzelhandel nicht mehr schließen. - Ein Jahr später jedoch hangelt sich diese Regierung noch immer von Lockdown zu Lockdown.

In 75 % aller Fälle weiß man nicht, wo die Menschen Kontakt zum Virus hatten. Also schließt man erst einmal alles und zerstört so unzählige Existenzen, anstatt Übertragungswege zu suchen.

Ministerpräsident Weill beklatscht die Osterruhe, die jetzt nicht kommt. Stattdessen kommen jetzt vielleicht Ausgangssperren. Wenn ein Lockdown wirklich so wirksam ist, warum muss er dann ständig verlängert werden?

Ich erinnere an die Studie von John Ioannidis. In der zehnten Woche 2020 wurden ca. 67 000 Tests durchgeführt. In der zehnten Woche 2021 waren es bereits 1,25 Millionen. Natürlich kommt man da auf mehr positive Ergebnisse. Aber PCR-positiv heißt nicht gleich krank oder infektiös.

Vielleicht wurde die dritte Welle herbeigetestet. Statt ca. 188 000 wie Ende 2020 haben wir jetzt ca. 84 000 positive Tests pro Woche. Der Positivanteil der Testungen ist von 15 auf 6,7 % gesunken.

Das *Ärzteblatt* spricht von einer historisch niedrigen Bettenauslastung. 20 Krankenhäuser wurden geschlossen, bei 30 weiteren ist das geplant.

Wir haben keine Übersterblichkeit. Virologen beziffern die Mortalität auf 0,1 bis 0,3 %. Das ist ähnlich einer Grippe.

Die Maßnahmen stehen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den Sie damit anrichten. 16 000 Firmenpleiten und 250 Milliarden Euro Verlust im ersten Quartal, das ist die vorläufige Bilanz Ihres Lockdowns.

Diese Bundesregierung hat keine Konzepte und hofft auf steigende Temperaturen. Ich hoffe, der Wähler wird sich im Herbst daran erinnern.

Beenden Sie Ihren Lockdown! Öffnen Sie die Geschäfte unter Beibehaltung der Abstands- und Hygienekonzepte! Schützen Sie die Risikogruppen! Aber geben Sie den Menschen endlich ihre Freiheit zurück!

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege. - Jetzt folgt noch der ebenfalls fraktionslose Kollege Klaus Wichmann. Herr Wichmann, Sie haben 1:30 Minute. Bitte!

Klaus Wichmann (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Eingestehen politischer Fehler hat in Deutschland Seltenheitswert. Noch viel seltener ist es, wenn dies von höchsten politischen Amtsträgern geschieht wie gestern von Frau Merkel. Praktisch nie kommt es vor, dass ein Bundeskanzler das Volk öffentlich um Verzeihung bittet.

(Zuruf: Aber Frauen!)

Es gibt Menschen, die sagen, das mache Frau Merkel menschlich. Manche sagen sogar, das sei ein Zeichen von Größe. An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, wofür Frau Merkel diesen überaus seltenen Vorgang auf sich nimmt: für eine verpatzte Osterruhe.

Kalifornien, so wird gemeldet, öffnet die Impfung für alle ab 16 Jahren. Die Bundesrepublik aber nimmt lieber unermessliche Wirtschaftsschäden und die Vernichtung Hunderttausender Arbeitsplätze in Kauf, als überhöhte Preise für Impfstoff zu bezahlen.

(Wiard Siebels [SPD]: Lassen Sie sich denn impfen?)

So unterscheiden sich, Herr Siebels, die Länder im Umgang mit Corona. Unsere Bundeskanzlerin entschuldigt sich für eine verpatzte Osterruhe.

(Wiard Siebels [SPD]: Lassen Sie sich denn impfen, Herr Wichmann?)

Auch das sendet eine Botschaft an die Menschen, Herr Siebels. Die wird gehört.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Wichmann. - Meine Damen und Herren, zu der Besprechung habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage sicherheitshalber einmal nach, ob es zum Tagesordnungspunkt 3, dem Antrag der FDP-Fraktion, noch Wortmeldungen im Raum gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch das als erledigt betrachten.

Wir müssen zum Tagesordnungspunkt 3 allerdings eine Ausschussüberweisung vornehmen.

Es wird vorgeschlagen, dass sich der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit diesem Antrag befassen soll. Ich darf um ein Handzeichen bitten, wer das unterstützt. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den

**Tagesordnungspunkt 4:
Dringliche Anfragen**

Es liegen drei Dringliche Anfragen vor.

Die für die Behandlung Dringlicher Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich, wie immer, als allgemein bekannt voraus. Ich weise, wie üblich, besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind, und erinnere daran, dass ein fraktionsloses Mitglied in einem Tagungsabschnitt insgesamt eine Zusatzfrage stellen kann. Wir führen darüber eine Liste. Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Ich komme jetzt zu

a) **Schleppende Impfungen? Verspätete Testungen? Uneinheitliche Kommunikation? Wie verantwortungsvoll handelt die Landesregierung in der entscheidenden Phase der Pandemie?** - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8868](#)

Die Anfrage wird durch die Kollegin Meta Janssen-Kucz eingebracht. Frau Kollegin, Sie bekommen das Wort. Bitte!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleppe Impfungen? Verspätete Testungen? Uneinheitliche Kommunikation? Wie verantwortungsvoll handelt die Landesregierung in der entscheidenden Phase der Pandemie?

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben in einer Videoschaltkonferenz am 22. März und in einer weiteren am 24. März neue Beschlüsse zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie durch weitere Maßnahmen gefasst. Die Lage wird wie folgt beschrieben:

„Nach deutlich sichtbaren Erfolgen bei der Eindämmung des Infektionsgeschehens im Januar und Februar zeigt die aktuelle Entwicklung - insbesondere aufgrund der hohen Verbreitung von COVID-19-Variante B.1.1.7 - wieder ein starkes Infektionsgeschehen und eine exponentielle Dynamik. Das bedeutet, dass ohne deutlich einschränkende Maßnahmen die Zahl der Neuinfektionen so schnell steigen würde, dass bereits im April eine Überlastung des Gesundheitswesens wahrscheinlich ist.“

Zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder wurde u. a. vereinbart:

- Beibehaltung der bestehenden Beschlüsse,
- konsequente Einhaltung der Notbremse bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100,
- regelmäßige Testangebote von Unternehmen für Beschäftigte in Präsenz,
- zeitlich befristete Modellprojekte mit Lockerungen für einzelne Bereiche des öffentlichen Lebens,
- Quarantäneverschärfungen bei Einreisen und eine generelle Testpflicht bei Flügen in die Bundesrepublik,
- eine „erweiterte Ruhezeit“ über die Osterfeiertage - dieser ursprüngliche Beschluss wurde am 24. März wieder zurückgenommen - ,
- zusätzliche Maßnahmen durch Landesverordnungen; genannt werden hier

- a) Ausgangsbeschränkungen und verschärfte Kontaktbeschränkungen,
- b) Tragepflicht von medizinischen Masken im privaten Pkw, wenn haushaltsfremde Personen mitfahren,
- c) in Bereichen, in denen die Einhaltung von Abstandsregeln und konsequente Maskentragung erschwert sind, Schnelltests zur Voraussetzung zu machen.

Schon während der sich abzeichnenden dritte Welle wurden seitens der Landesregierung Lockerungen im Hinblick auf einen möglichen Osterurlaub in Aussicht gestellt. Ebenfalls hat sich das Kabinett am 18. März 2021 auf Modellversuche unter dem Titel „Sichere Stadt - sichere Kommune durch Schnelltests“ geeinigt. Niedersachsen möchte nach Ostern den Einzelhandel unter bestimmten Bedingungen wieder öffnen, und innerhalb der Landesregierung wird weiterhin die Inzidenz als Parameter des Infektionsgeschehens öffentlich diskutiert. § 28 a Abs. 3 des Infektionsschutzgesetzes schreibt vor:

„Maßstab für die zu ergreifenden Schutzmaßnahmen ist insbesondere die Anzahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100 000 Einwohnern innerhalb von sieben Tagen. Bei Überschreitung eines Schwellenwertes von über 50 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen sind umfassende Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die eine effektive Eindämmung des Infektionsgeschehens erwarten lassen.“

Daneben führen Lieferverträge über Schutzmasken zu breiter Berichterstattung. So titelte die *Neue Osnabrücker Zeitung* am 20. März 2021:

„Das Land Niedersachsen hat Ärger mit einer mehrere Millionen OP-Masken umfassenden Lieferung aus China. Der Lieferant fiel zuvor schon in anderen Bundesländern negativ auf.“

Die Einrichtung von Testzentren für kostenfreie Corona-Schnelltestangebote geht in Niedersachsen nach Auffassung von Beobachterinnen und Beobachtern bisher schleppend voran. Mehrere Kommunen sorgen bisher in Eigeninitiative für kostenfreie Schnelltestangebote. Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen bietet schrittweise über die Arztpraxen wöchentliche kostenfreie Schnelltests an. Am 22. März 2021 gibt es Corona-Selbsttests an den ersten Schulen in Niedersach-

sen. Zu vielen rechtlichen und organisatorischen Fragen bezüglich der Selbsttestungen gibt es seitens der Landesregierung bislang keine öffentlichen Aussagen. Die Impfungen in der priorisierten Gruppe der über 80-Jährigen sind nach Auffassung von Expertinnen und Experten noch lange nicht abgeschlossen. Durch die Aussetzung der Impfungen mit dem Impfstoff von AstraZeneca kam es hier zu weiteren Verzögerungen. Die vorgesehenen Impfungen für Kita-Personal und Lehrkräfte laufen nach Aussagen Betroffener und von Verbänden schleppend an, ebenso für chronisch Erkrankte in den Prioritätsgruppen 2 und 3. Das Terminmanagement und die Koordination zwischen den kommunalen Impfzentren und dem Impfportal des Landes sind nach Medienberichten unübersichtlich und führen vor Ort zu doppelten Impfterminen und unklaren Zuständigkeiten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen Bereichen (Kita, Schulen, Betrieben, ÖPNV, Tourismus, Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Altenpflegeeinrichtungen, Krankenhäusern usw.) plant die Landesregierung welche Maßnahmen, um in der dritten Corona-Welle das Infektionsgeschehen nachhaltig zu reduzieren?

2. Zu welchem Zeitpunkt wird die Landesregierung mit welcher Teststrategie ein flächendeckendes Angebot (nach Angaben der Landesregierung für 40 % der Menschen) mit fachgerechter Durchführung in Bezug auf die geplanten zwei Corona-Schnelltests pro Woche in Schulen und Kindertagesstätten sowie Einrichtungen und Betrieben sicherstellen können?

3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes ergreifen, um das Wachstum der Infektionen zu stoppen und einen Rückgang der Sieben-Tage-Inzidenz sicherzustellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Janssen-Kucz. - Die Antwort der Landesregierung kommt von Frau Ministerin Dr. Behrens. Sie haben das Wort, bitte!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Herr Präsident. Zum Doktor hat es nicht gereicht.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Ich wollte Ihnen Mut machen.

(Heiterkeit)

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Danke schön.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe heute Morgen in der Debatte gelernt, dass ein Ventil gebraucht wird, und vielleicht ist ja die Beantwortung der Dringlichen Anfrage ein solches Ventil. Es ist auch eine gute Möglichkeit, Sie über das zu informieren, was passiert, in der Hoffnung, dass das auch weitergetragen wird und die Bevölkerung, die heute zugeht, dadurch vielleicht auch noch einmal besser verstehen kann, wie die Pandemie in Niedersachsen bekämpft werden soll.

Die Pandemiebewältigung erfordert lageangepasst eine Vielfalt an Maßnahmen. Sie wissen: Es geht darum, Infektionen zu verhindern, Neuinfektionen frühzeitig zu erkennen, Infektionsketten schnellstmöglich zu unterbrechen und eine Grundimmunität der Bevölkerung zu erreichen.

Das alles dient dem Ziel, die Anzahl schwerer Krankheitsverläufe deutlich zu verringern, die Leistungsfähigkeit der Gesundheitsversorgung zu erhalten und - vor allen Dingen - die medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Die Übertragung des Virus erfolgt von einem infizierten Menschen auf einen anderen. Enge Kontakte, insbesondere in geschlossenen Räumen, fördern und begünstigen diese Übertragung. Auch eine gesteigerte Mobilität erhöht natürlich die Infektionsrate. Dazu kommt, dass die sich ausbreitende Mutation B.1.1.7 die Situation zusätzlich verschärft, weil sie deutlich ansteckender ist als das Ursprungsvirus in Deutschland. Aktuell ist auch in Niedersachsen eine steigende Anzahl von Neuinfektionen zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund haben Bund und Länder in dem Beschluss vom 22. März 2021 festgestellt, dass ohne Maßnahmen, die den Anstieg der Zahl der Neuinfektionen begrenzen, bereits im April eine Überlastung des Gesundheitswesens wahrscheinlich ist. Daher müssen wir uns darum sehr sorgen.

Ein relevanter Teil der älteren Bevölkerung ist aber bereits geimpft. Dadurch haben wir einen guten Meilenstein in der Debatte um das Impfen erreicht.

Die nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen deutlich höhere Sterblichkeit der Mutante B.1.1.7 und die Tatsache, dass jüngere Patienten generell eine längere Verweildauer auf der Intensivstation haben, tragen dazu bei, dass wir bei dem momentanen exponentiellen Wachstum erneut eine Überlastung des Gesundheitssystems befürchten.

Deshalb sind Kontaktbeschränkungen weiterhin erforderlich, deshalb ist die Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter natürlich essentiell, deshalb ist die Niedersächsische Teststrategie „Mehr Sicherheit durch gezieltes und umfassendes Testen“ auf- und vor allen Dingen ausgebaut worden, und deshalb werden verlässliche Impfstofflieferungen benötigt, damit in einem gemeinsamen Impfpakt möglichst schnell weite Teile der Bevölkerung geimpft werden können.

**(Vizepräsident Frank Oesterhelweg
übernimmt den Vorsitz)**

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Maßnahmen und Beschränkungen auf der Grundlage der Niedersächsischen Corona-Verordnung umfassen alle Lebenslagen und alle Bereiche der Gesellschaft. Sie berücksichtigen sowohl die Erfordernisse des Infektionsschutzes als auch die Auswirkungen für das gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leben.

Gleichzeitig sind von dem Virus besonders bedrohte vulnerable Gruppen wie Heimbewohnerinnen und -bewohner und generell hochaltrige Menschen besonders zu schützen. Durch gezielte Testpflichten in Heimen und eine sehr hohe Priorisierung in der Impfreiherfolge erreichen wir hier einen hohen Schutzstatus.

Gleichzeitig gilt es, die Pandemiefolgen für Kinder und Jugendliche vor allem im Bildungsbereich abzumildern und auch hier durch eine klare Teststrategie und eine hohe Impfpriorität den Schutz und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.

Das Durchbrechen der dritten Welle erfordert auch weiterhin die konsequente Einhaltung der Abstandsregelungen, der Kontaktbeschränkungen und der Hygienemaßnahmen in allen öffentlichen und privaten Lebensbereichen. Deshalb bleiben

die Testregelungen in Heimen aufrechterhalten, ebenso die inzidenzgebundenen Regeln für Schulen und Kitas. In Hochinzidenzgebieten können die zuständigen Behörden darüber hinaus weitergehende Maßnahmen anordnen.

Gleichzeitig möchte die Landesregierung gemeinsam mit ausgewählten Modellkommunen erproben, inwieweit mit gezielter flächendeckender Testung und mit digitaler Kontaktnachverfolgung in einem festgelegten Gebiet Lockerungsschritte durchzuführen wären, ohne dass die Zahl der Neuinfektionen dadurch wesentlich steigt.

Zu Frage 2: Ziel der niedersächsischen Teststrategie „Mehr Sicherheit durch gezieltes und umfassendes Testen“ ist es, im Zusammenspiel mit den geltenden Kontaktbeschränkungen und dem Fortschritt der Impfkampagne die Ausbreitung des Virus weiter zurückzudrängen und mehr Spielraum für eine schrittweise Öffnung des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu ermöglichen.

Die niedersächsische Teststrategie fußt dabei im Wesentlichen auf vier Säulen: erstens betriebliche Testungen, zweitens Testungen von Kindern und Jugendlichen im Bildungs- und Betreuungsbereich, drittens kostenlose Jedermann-Testung - auch „Bürgertestung“ genannt - und viertens Laien- und Selbsttests für die eigene Anwendung.

Zur ersten Säule, zu den betrieblichen Testungen: Das ist ein ganz wichtiger Bereich. Hierzu gehören auch die tägliche Testpflicht in den Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie die Testpflicht in der fleischverarbeitenden Industrie, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mindestens einmal wöchentlich getestet werden müssen.

Daneben ist das Land in einem regelmäßigen und engen Austausch mit den Verbänden und Kammern der Wirtschaft. Nach Auskunft der IHK Niedersachsen, dem Unternehmerverband Niedersachsen, der Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen und der Unternehmensverbände Handwerk Niedersachsen bietet bereits die Hälfte der niedersächsischen Unternehmen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Test an oder plant, dies in Kürze im Betrieb einzurichten.

Ca. 20 % der Unternehmen geben an, derzeit keine Tests anzubieten, weil sich keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büro befinden - etwa wegen Homeoffice, mobilem Arbeiten, aber auch infolge pandemiebedingter Schließungen.

Als weitere Gründe, derzeit noch keine Tests anzubieten, gibt rund ein Viertel der Unternehmen an, akute Schwierigkeiten bei der Beschaffung zu haben oder sogar Absagen von Lieferanten zu bekommen. Diesen Unternehmen bieten die UVN derzeit die Beschaffung über ihre Dienstleistungsgesellschaft an, soweit noch Ware am Markt verfügbar ist.

Eine Entspannung der Beschaffungssituation ist für die Wochen nach Ostern zu erwarten. Dort, wo das Land unterstützen kann, tun wir das. Wir sind in engen Gesprächen mit den Unternehmerverbänden.

Dort, wo das Land Verantwortung für seine eigenen Beschäftigten hat, haben wir bereits Testungen aufgesetzt und setzen diese auch weiter konsequent um.

Den Kinder- und Jugendbereich haben wir bereits frühzeitig in den Blick genommen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung sind bereits umfangreiche Maßnahmen etabliert, die zu einer wirksamen Reduzierung des Infektionsgeschehens beitragen können. So hat die Landesregierung frühzeitig einen Rahmenhygieneplan aufgelegt, der wesentliche Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Hygienestandards vor Ort festlegt.

(Unruhe)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Entschuldigung, Frau Ministerin! Bitte warten Sie einen Augenblick. - Frau Kollegin Hamburg und Herr Kollege Meyer, die Frau Ministerin beantwortet gerade Ihre Frage.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Danke schön. - Zum Bereich der Schulen haben wir heute Morgen bereits kurz etwas gehört. Ich nehme das aber gern noch einmal auf. Die Landesregierung plant für den Bereich der Schulen, regelmäßige Testungen der Schülerinnen und Schüler sowie des Personals an zwei Terminen pro Woche durchzuführen. Dazu werden Schnelltests in Form von Selbsttestungen eingesetzt. Sowohl die Beschäftigten in den Schulen als auch die Schülerinnen und Schüler erhalten Selbsttestkits, die einfach in der Anwendung sind und schnell Infektionen sichtbar machen können. Diese Selbsttestungen sollen idealerweise vor oder zum Unterrichtsbeginn stattfinden. Das Land Niedersachsen hat bereits Anfang März für alle Schulen ausreichend Testkits bestellt. Die Auswahl und Bestel-

lung für die Schulen erfolgten über das Logistik Zentrum Niedersachsen. Die Schulen werden direkt beliefert.

Zielsetzung ist es, durch Selbsttestungen Infektionsfälle frühzeitig zu erkennen, um so die weitere Verbreitung des Virus nachhaltig zu unterbrechen. Die geplanten regelmäßigen Testungen unterstützen somit konsequent und nachhaltig die darüber hinaus bestehenden Hygienekonzepte der Schulen. Aktuell laufen die Auswertungen der ersten Testwoche in den Schulen. Diese endet am heutigen Freitag, wie Sie wissen. Die Erfahrungen der Testwoche werden intensiv analysiert. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse wird die Teststrategie für den Start nach Ostern weiter konfiguriert.

Als flankierende Maßnahmen neben den Maßnahmen im Bereich der Schulen gibt es natürlich Testungen des gesamten Personals in den Kindertageseinrichtungen und dem Kindertagespflegebereich.

Diese Testungen, die derzeit im Umfang von einem Test je Woche und Person anteilig vom Land finanziert werden, werden für die Zeit nach Auslaufen der jetzigen Grundsatzvereinbarung - sie läuft am 4. April aus - weiter ausgebaut; wir diskutieren gerade den Fortbestand.

Das Land will dann die Möglichkeit für das in den Kindertageseinrichtungen tätige Personal und die Kindertagespflegepersonen schaffen, wöchentlich zwei Testungen in Anspruch zu nehmen. Wir erhöhen also die Testfrequenz. Auch hier gilt, dass mehr Tests mehr Sicherheit bedeuten - und mehr Sicherheit bedeutet natürlich auch, dass der inhaltliche Betrieb in den Kitas wieder vernünftig aufgenommen werden kann.

Zudem haben wir inzwischen auch eine Investitionsförderrichtlinie erarbeitet, die die Kitas in die Lage versetzt, Luftreinigungsgeräte einzusetzen.

Schließlich wurde - nicht zuletzt auch aufgrund der Bemühungen der Niedersächsischen Landesregierung - die Impfverordnung des Bundes geändert, sodass das in der Kindertagesbetreuung tätige Personal nun bereits früher als geplant geimpft wird. Auch dies ist ein wichtiger, wenn nicht sogar entscheidender Schritt - denn Impfen ist besser als Testen -, um das Infektionsgeschehen nachhaltig zu reduzieren. Sie sehen, die Menschen in der Kindertagesbetreuung werden jetzt geimpft. Die Grund- und Förderschullehrerinnen und -lehrer werden geimpft. Wir schaffen dadurch ein gutes Sicherheitsnetz.

Die dritte Säule sind die Bürgertestungen. Mit der Novellierung der Coronavirus-Testverordnung des Bundes vom 8. März ist ein Testanspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf mindestens einen kostenlosen PoC-Antigen-Test pro Woche festgeschrieben worden. Dazu gibt es bereits jetzt ein flächendeckendes Netz an Teststellen, Testpraxen, Apotheken, privaten Anbietern und Testangeboten der Hilfsorganisationen. Die Kommunen haben Dritte beauftragt, solche Zentren einzurichten. Der Ministerpräsident hat das heute Morgen in seiner Regierungserklärung bereits ausgeführt. Aktuell bieten wir wirklich ein flächendeckendes, gutes und grundlegendes Netz von über 4 000 Teststellen in Niedersachsen an. Das ist eine sehr gute Ausgangsbasis in diesem Monat, auf der wir weitere Schritte ausrollen können.

Last, but not least: die Laien- und Selbsttests als vierte Säule des Testkonzepts des Landes Niedersachsen. Dabei geht es um kostenpflichtige Schnelltests zur Eigenanwendung, die jeder im Drogeriebereich oder auch im Apothekenbereich kaufen kann, womit der private Kontext etwas besser abgesichert werden kann. Wenn man den Verkaufszahlen der Drogerien, aber auch der Apotheken glaubt, wird das von den Menschen sehr gut genutzt.

Zu Frage 3: Die Landesregierung überarbeitet die aktuell gültige Niedersächsische Corona-Verordnung. Die Ressortabstimmung läuft. Zum Wochenende werden die Änderungen in Kraft treten. Im Moment werden verschiedene Maßnahmen mit den Ressorts und den kommunalen Verbänden abgestimmt. Im Wesentlichen geht es darum, die Modellprojekte so zu beschreiben, dass sie einen Mehrwert bieten für unseren Erkenntnisgewinn, um zu gucken, wie wir durch Impfen und Testen sichere Zonen schaffen können, um leichte Öffnungen vorzunehmen und uns in Schritten dem normalen Leben zu nähern.

Ansonsten setzen wir die Impfkampagne intensiv fort. In den Alten- und Pflegeheimen sind die Infektionszahlen deutlich gesunken. Wir haben das heute schon gehört. Das ist ein großer Erfolg der Impfkampagne. Es wichtig, gerade die Älteren - schauen Sie sich die Zahl der Verstorbenen an - vorrangig zu impfen. Dort machen wir mit großer Kraft weiter.

Ab April hat der Bund eine verlässliche wöchentliche Impfstofflieferung an die Länder verbindlich zugesagt. Ergänzend - das wissen Sie; wir haben in diesem Haus darüber schon diskutiert - wird im

April auch die ambulante hausärztliche Versorgung über den Apothekengroßhandel Impfstoff erhalten und damit flächendeckend in die Impfkampagne einbezogen. Auch das wird uns einen großen Schritt weiterbringen.

Die Impfbüros in Niedersachsen - ich kann das Lob, das ich heute Morgen von vielen von Ihnen gehört habe, unterstreichen - leisten wirklich eine großartige Arbeit. Sie sind sehr engagiert dabei. Wir gehen davon aus, dass wir mit den durch den Bund angekündigten Lieferungen in den Aprilwochen 215 000 Impfungen pro Woche durchführen können. Die letzten drei bis vier Tage zeigen mit 35 000, 36 000, 37 000 Impfungen pro Tag, dass unsere Impfbüros sehr gut hochgefahren sind und das System sehr gut läuft. In dem Sinne versuchen wir, das Thema Impfungen und das Thema Testungen gut miteinander zu verknüpfen.

Eine weitere wichtige Maßnahme im Zusammenhang mit den Themen Testen, Impfen und Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter ist die digitale Unterstützung. Hier verhandeln wir derzeit zusammen mit weiteren Bundesländern eine Rahmenvereinbarung, auf deren Grundlage wir ab Anfang April eine entsprechende App kostenlos für die kommunalen Gesundheitsämter zur Verfügung stellen können, um das Thema der digitalen Kontaktnachverfolgung aufzusetzen und damit sicheren Zonen, in denen wir uns die Öffnung für Einzelhandel, Kultur, Tourismus und Gastronomie vorstellen können, einen Schritt näher zu kommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den Zusatzfragen. Die Regelungen sind Ihnen bekannt. Die erste Zusatzfrage stellt für die FDP-Fraktion die Kollegin Susanne Victoria Schütz. Bitte schön, Frau Kollegin!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke schön. - Ich habe eine Frage zu dem angesprochenen Thema der Modellprojekte. Welche Kriterien genau müssen Kommunen erfüllen, um sich für solch ein Modellprojekt bewerben zu können?

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Frau Ministerin, bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Modellkommunen, die wir auswählen, müssen Modellprojekte haben. Das heißt, wir müssen daraus Erkenntnisse ziehen können, die für alle Bereiche wichtig sind. Ein entscheidendes Kriterium wird sicherlich die digitale Kontaktnachverfolgung sein, die den Gesundheitsämtern im Rahmen der Öffnungsstrategie die Kontaktnachverfolgung gut ermöglicht. Das ist eine wesentliche Grundlage.

Eine zweite wesentliche Grundlage ist das Thema Hygienekonzepte und Abstandsregelungen in den Einzelhandelsbereichen, die man öffnen möchte.

Eine dritte wesentliche Grundvoraussetzung ist, dass man gut nachvollziehen kann, dass das, was man zulässt, auch gut kontrolliert wird.

Das sind wesentliche Teile, die erfüllt werden müssen. Ansonsten sind wir in guten, engen Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden, um zu kleineren, mittleren und größeren Modellkommunen kommen zu können, damit wir im Flächenland Niedersachsen passende Modellprojekte haben, die Ergebnisse liefern können, um dann - wenn es gut läuft - weiter öffnen zu können.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Eine weitere Zusatzfrage kommt vom fraktionslosen Kollegen Jens Ahrends. Bitte schön, Herr Kollege!

Jens Ahrends (fraktionslos):

Herr Präsident, ich danke Ihnen. - Vor dem Hintergrund der Probleme mit der Versorgung mit einigen Impfstoffen frage ich die Landesregierung, ob eine Beschaffung des seit vier Wochen in der EU zugelassenen Impfstoffes der Firma Johnson & Johnson geplant ist.

Vielen Dank.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das Land Niedersachsen ist abhängig davon, was uns der Bund an Impfstoffen gibt. Der Bund verhandelt zusammen mit der EU über die Impfstoffversorgung. Wir gehen davon aus, dass auch Johnson & Johnson ein wesentlicher Impfstoff ist, der in Zukunft auch in Niedersachsen eingesetzt wird. Wenn die EU die Beschaffung insofern organisiert hat, dann kriegen wir den Impfstoff auch in Niedersachsen. Aber wir sind selber als Land Niedersachsen natürlich nicht in die Impfstoffbeschaffung eingebunden, sondern wir freuen uns über jeden Impfstoff, der zugelassen ist und nach Niedersachsen kommt, damit wir ihn verimpfen können.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Kollegin Janssen-Kucz. Bitte schön!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund des Schreibens von Gesundheitsminister Spahn vom 24. März, in dem er gebeten hat - ich zitiere -: Ich bitte daher eindringlich darum, im April weitmöglichst auf Rückstellungen von Impfstoffen für die Zweitimpfung zu verzichten, um mehr Erstimpfungen durchführen zu können. Geplante Zweitimpfungen sollen selbstverständlich ohne Einschränkungen durchgeführt werden, um eine Vervollständigung der Impfreihe im Rahmen der Zulassung sicherzustellen. - Wie plant die Landesregierung, mit dieser Bitte des Gesundheitsministers umzugehen bzw. sie umzusetzen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Frau Ministerin, bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wir werden uns den Wünschen des Bundes natürlich beugen. Das macht auch Sinn; denn wir sind auf die Impfstofflieferungen an die

Länder angewiesen, die der Bund organisiert. Derzeit ist unser Stand, dass wir in den Impfzentren vor allen Dingen mit BioNTech arbeiten werden und der AstraZeneca-Impfstoff vor allen Dingen in die Hausarztpraxen, in die niedergelassenen Praxen geht. Daher gehen wir davon aus, dass wir die Neuimpfungen jetzt vor allen Dingen mit BioNTech machen und AstraZeneca nur noch für die Zweitimpfungen der Personen zurückhalten, die damit in den Impfzentren geimpft wurden und ihren zweiten Termin schon haben, damit dort kein Kudelmuddel ins System kommt.

Ansonsten werden wir aber diesem Wunsch, den wir im Übrigen auch für richtig halten, nachkommen. Derzeit versuchen wir, die Erstimpfungsquote sehr zu erhöhen und gleichzeitig bei den Berufsgruppen, die wir mit AstraZeneca geimpft haben, die Zweitimpfung durchzuführen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für Bündnis 90/Die Grünen stellt der Kollege Christian Meyer. Bitte schön!

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund Millionen defekter, möglicherweise falsch zertifizierter Masken des Lüneburger Unternehmens Vonmählen frage ich die Landesregierung, warum sich das Wirtschaftsministerium von Herrn Althusmann bei Gesundheitsminister Spahn - laut Zeitungsberichten in der NOZ - für die Bezahlung von 3,9 Millionen möglicherweise defekter Masken eingesetzt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Herr Kollege. - Es antwortet Herr Minister Dr. Althusmann. Bitte schön, Herr Minister!

Dr. Bernd Althusmann, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung:

Die Firma gehörte zum Beschaffungsnetzwerk bzw. der Beschaffungsbündnis des Landes, die wir gemeinsam mit dem Sozialministerium im letzten Jahr gebildet haben, um möglichst viel persönliche Schutzausrüstung zu beschaffen. Sie hat uns im

letzten Jahr - ich glaube, im August - schriftlich darüber informiert, dass sie sich in Zahlungsschwierigkeiten, kurz vor der Insolvenz, befindet. Es waren angeblich 50 Arbeitsplätze aufgrund einer angeblich ausstehenden Zahlung des Bundesgesundheitsministeriums gefährdet. Wir haben auf der Arbeitsebene nachgefragt, ob diese Zahlung tatsächlich zu erwarten ist. Mehr haben wir nicht gemacht. Das war eine ganz normale Nachfrage. Wir waren in die Beschaffung dieser Masken nicht eingebunden.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die dritte Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Kollegin Meta Janssen-Kucz. Bitte schön, Frau Kollegin!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen weiteren Maßnahmen - wie in der Beantwortung unserer Anfrage von der Gesundheitsministerin angedeutet - plant die Landesregierung, bei weiter ansteigenden Inzidenzzahlen nach Ostern, die Welle zu brechen? Es gab ja nur Ausführungen zu den Modellkommunen und sicheren Zonen. Ich frage nach weiteren konkreten Maßnahmen, -

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Ja, danke schön.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

- wenn sich die Zahlen so weiterentwickeln.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön. Die Frage wurde ja schon einmal gestellt, und sie ist jetzt auch angekommen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Nein, sie ist nicht beantwortet worden!)

- Sie haben gerade zweimal die gleiche Frage gestellt. Das muss ja nicht sein, einmal würde reichen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das ist okay! Alles gut!)

Ich glaube, sie ist bei der Ministerin auch angekommen. Sie hat sich nämlich schon auf den Weg gemacht. Bitte schön, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Abgeordnete Meta Janssen-Kucz, die Frage nach den weiteren Möglichkeiten, um die sogenannte Welle zu brechen bzw. sie abzuschwächen, hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung heute Morgen ausdrücklich und sehr ausführlich beantwortet. Es geht ja vor allen Dingen darum, das Thema Ausgangsbeschränkungen in den Blick zu nehmen. Die neue Fassung der Corona-Verordnung wird hier wesentliche Hinweise für die Kommunen zu der Frage geben, wann Ausgangsbeschränkungen angemessen sind und aus Sicht des Landes auch umgesetzt werden sollen.

Gerade mit diesen Ausgangsbeschränkungen hoffen wir natürlich, die Inzidenzwerte, aber in erster Linie das Infektionsgeschehen, zu reduzieren. Wenn Sie sich die Modellkommunen anschauen, auf die wir alle gucken - Rostock oder auch Tübingen -, dann sehen Sie, dass das dort ein wesentliches Instrument gewesen ist, um das Infektionsgeschehen zu reduzieren. Das nehmen wir uns hier zum Beispiel.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion der FDP stellt die Kollegin Susanne Victoria Schütz. Bitte schön!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke schön, Herr Präsident. - Bleiben wir doch gleich bei dem Thema von vorhin: bei den Ausgangssperren. Welche Erkenntnisse aus den Auswertungen der bisherigen Ausgangssperren liegen der Landesregierung denn vor - außer der Tatsache, dass die Zahlen gesunken sind? Gibt es weitere Erkenntnisse?

Danke.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Frau Ministerin, bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es darum geht, die Pandemie zu bewältigen, geht es auch darum, Instrumente auszuprobieren, um zu sehen, wie sie sich auf das Infektionsgeschehen auswirken. Wir

haben derzeit die Situation, dass wir trotz erheblicher, flächendeckender Kontaktbeschränkungen und damit Eingriffen in die Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger ein munteres Infektionsgeschehen sehen - mit einer Steigerung der Inzidenzzahlen und mit einer leichten Steigerung der Zahlen in den Krankenhäusern.

Da jetzt ansonsten schon alles beschränkt ist, verbleiben nur noch der private und der betriebliche Bereich. Der betriebliche Bereich ist insofern angesprochen, als dort die Testungen erheblich erhöht werden sollen. Dazu haben wir auch klare Aussagen der Unternehmen. Der andere Bereich betrifft das Privatleben, bei dem versucht werden muss, es weiter so zu beeinflussen, dass die Kontaktbeschränkungen ernst genommen werden und zu Hause geblieben wird. Das muss offensichtlich insbesondere am Abend geschehen. Der Ministerpräsident hat vorhin in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass es dafür gute Beispiele gibt, z. B. aus dem Bereich Gifhorn, sodass wir darüber in Niedersachsen schon Erkenntnisse haben. Die Modellprojekte sollen dazu natürlich auch Erkenntnisse erbringen; denn wenn wir alles schon wüssten, bräuchten wir keine Modellprojekte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Frau Ministerin. - Für die FDP-Fraktion stellt die dritte Zusatzfrage der Kollege Jörg Bode. Bitte sehr!

Jörg Bode (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vor dem Hintergrund, dass es bei dem Impfmanagement zwischen den Impfböden und dem Impfportal des Landes immer wieder zu Verzögerungen kommt und NDR, ARD - „Panorama“ - und die *Süddeutsche Zeitung* darüber berichtet haben, dass auch der ausgewählte Dienstleister Majorel hierfür in der Kritik stehen würde, frage ich die Landesregierung: Wie hat der Auswahlprozess für diesen Dienstleister - in den Detailschritten auf einem Zeitstrahl - stattgefunden?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bode! Ich bin gelernte Journalistin. Ich finde, der Bericht von gestern bei „Panorama“ war nicht die höchste journalistische Stufe. Denn man muss feststellen, dass alle Beispiele, die dort genannt worden sind, Beispiele aus dem Beginn der Impfkampagne sind. Inzwischen läuft das Impfportal inklusive der Hotline sehr stabil. Wir haben Millionen von Eintragungen und Anfragen dazu. Da gibt es auch immer Beispiele - die werden Sie in jedem Landkreis und überall in Niedersachsen finden -, bei denen es mal nicht ganz so gut geklappt hat. Aber bei der großen Mehrzahl klappt es. Das sehen Sie auch an dem Fortschritt der Impfkampagne.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu Ihrer Frage. Sie hatten gefragt, wie es zum Auftrag an die Firma Majorel gekommen ist. Ich kann Ihnen sagen, dass sich die Firma Majorel am 11. November 2020 im Rahmen einer Initiativbewerbung im MS kurz vorgestellt und eine erste Version eines möglichen Terminmanagements präsentiert hat, das die reine Terminvergabe mit der Impfstofflogistik und dem geplanten Impfstoffmonitoring des RKI verbindet. Ein Wunsch des Landes war nämlich, nicht nur ein einfaches Terminmanagementprogramm zu haben, sondern ein sehr ausgeklügeltes datenbankbasiertes Managementsystem zu haben, das Termine und Wartelisten und vor allen Dingen diese dahinter liegende unfassbare Dokumentation gut mitorganisiert. Das waren wesentliche Faktoren, die das Land als Anforderung an ein digitales Verfahren aus einer Hand gehabt hat, mit dem alle 50 Impfzentren zusammenarbeiten können. Insofern war das schon eine komplexe Fragestellung für einen Dienstleister.

Das Anforderungsprofil des Landes - danach haben Sie gefragt - hat folgende Kriterien umfasst: nachgewiesene Erfahrungen bei der Hotline, Kommunikation insbesondere über Bürgertelefon oder Ähnliches im Zusammenhang mit Corona, nachgewiesene Fähigkeit, innerhalb von vier Wochen ein massentaugliches Terminmanagementverfahren zu programmieren, das ein RKI-Reporting - das ist für die Impfzentren rechtlich vorgeschrieben -, eine Bestandsverwaltung einschließlich Fristenüberwachung und eine Terminvergabe, getrennt nach Impfstoffarten mit unterschiedlichen Fristen für die Zweitimpfung, und ein komplett au-

tomatisiertes Terminbestätigungs- und Reminder-Verfahren abbildet. Ein weiteres Kriterium war die Gewährleistung, dass der Firmenstandort und die Standorte der Hotline in Deutschland sind. Das waren die wesentlichen Kriterien. Nach einer Markterkundung hat man sich auf Majorel verständigt. Ich kann aus heutiger Sicht sagen, dass es mit Majorel sehr, sehr vernünftig läuft - nach anfänglichen Schwierigkeiten, die heute alle behoben sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für Bündnis 90/Die Grünen stellt die nächste Zusatzfrage der Kollege Christian Meyer. Bitte sehr!

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage noch einmal nach zu dem Fall der Masken von Vonmählen. Inwieweit hat Herr Minister Althusmann oder sein Staatssekretär diesen Vorgang veranlasst, der aus meiner Sicht sehr ungewöhnlich ist, dass sozusagen sich - - -

(Zuruf: Frage!)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege Meyer, Ihre Sicht ist hier uninteressant. Es geht um eine Frage, und dann geht es um die Sicht des Ministers.

Christian Meyer (GRÜNE):

Genau. Ich frage, ob Minister Althusmann oder sein Staatssekretär von dem Vorgang - das Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium, die Masken des Unternehmens Vonmählen zu bezahlen, die möglicherweise defekt waren, wozu es viele Berichte gab - wussten oder zu dem Zeitpunkt persönlich involviert waren und wie es zu diesem Schreiben kam.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank. - Bitte sehr, Herr Minister Dr. Althusmann!

Dr. Bernd Althusmann, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Meyer, ich wiederhole den genauen Hergang: Wir haben am 16. April eine Beschaffungsbündnis mit zahlreichen Firmen, u. a. Lavera, im Bereich Desinfektionsmittel, persönliche Schutzausrüstung wie Kittel, Masken, Brillen, Schuhwerk usw. gebildet. Diese Firma hat sich ebenfalls, am 19. März, eigeninitiativ an das Ministerium gewendet. Das Sozial- und das Wirtschaftsministerium haben daraufhin am 16. April in einer Videokonferenz diese Unternehmen, die wir händierend gesucht haben, zusammgeführt und versucht, weitere Firmen für dieses Netzwerk zu gewinnen.

Diese Firma hat uns im Sommer letzten Jahres lediglich darüber unterrichtet, dass sie in Zahlungsschwierigkeiten sei und in Insolvenz stehe. Als Wirtschaftsminister ist es meine Aufgabe, mich darum zu kümmern und nachzufragen, wo eventuell die Ursache dafür liegen könnte - egal woher die Firma kommt. Von etwaigen defekten Masken oder Ähnlichem war uns überhaupt nichts bekannt. Wir haben vom Bundesgesundheitsministerium auch kein Ergebnis mitgeteilt bekommen. Ich hoffe, ich habe damit Ihre Fragen beantworten können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die fünfte Zusatzfrage für Bündnis 90/Die Grünen stellt die Kollegin Meta Janssen-Kucz. Bitte sehr!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund der heutigen Mitteilung zur Impfquote - heute Morgen Erstimpfung 9,5 % der Bevölkerung in Niedersachsen, Zweitimpfung, also komplette Impfung, 4,34 % -, wie die Landesregierung, wie vom Ministerpräsidenten angekündigt, bis Ende März 20 % der Bevölkerung in Niedersachsen durchimpfen will. Können Sie uns Ihre Prognosen und Ihre Strategien dazu vorstellen, wie wir von nicht einmal 5 % Ende März auf 20 % und mehr kommen wollen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Frau Kollegin. Die Frage ist angekommen. - Bitte schön, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Zahlen über den Fortschritt der Impfkampagne sind auch für uns im Hause immer sehr wichtig. Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind die Zahlen von gestern. Heute beträgt die Quote bei den Erstimpfungen aktuell 9,8 % und bei den Zweitimpfungen 4,5 %. Wir sind in beiden Bereichen jetzt in einem guten Mittelfeld, aber da ist sicherlich auch im Vergleich des Rankings noch Luft nach oben. Wir arbeiten jeden Tag sehr hart daran.

Wir haben also derzeit insgesamt knapp 1,2 Millionen Menschen geimpft. Jetzt müssen Sie sich anschauen, wie viel Impfstoff in den nächsten Wochen und Monaten nach Niedersachsen kommt. Im April kommen jede Woche mehr als 210 000 Impfstoffdosen nach Niedersachsen für die Impfzentren, die dort verimpft werden. Dazu kommt das hausärztliche System. Der Bund hat angekündigt, dass er über 1 Million Impfdosen in der Woche in die Hausarztpraxen geben wird. Wir gehen davon aus, dass noch ein Vielfaches von dem, was jetzt schon für die Impfzentren im April eingeplant ist, über die Hausarztpraxen verimpft werden kann.

Insofern hat der Ministerpräsident eine sehr optimistische, aber auch realistische Prognose zum Bereich der Erstimpfungen abgegeben, die ich unbedingt teile. Ich glaube, dass wir schon am Ende dieses Sommers eine ganze andere Perspektivdebatte in diesem Land führen werden und uns dann auch wieder anderen Themen zuwenden können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die vierte Zusatzfrage für die FDP stellt der Kollege Jörg Bode. Bitte sehr!

Jörg Bode (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Da die Ministerin meine Frage eben nicht richtig verstanden hat, versuche ich es noch einmal damit. Vor dem Hintergrund, dass ich mit Blick auf das Verfahren der Vergabe an den Dienstleister Majorel nach dem Zeitstrahl gefragt habe, auf dem die Vergabeschritte stattgefunden haben, frage ich die Landesregierung: Wann genau haben die einzelnen Verfah-

rensschritte wie beispielsweise die Erstellung eines Anforderungsprofils, die Veröffentlichung des Anforderungsprofils, die Ansprache von Anbietern und Marktökonomien bis hin zum Vergabeentscheid konkret stattgefunden?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Frau Ministerin!

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU] - Gegenruf von Jörg Bode [FDP]: Das habe ich gar nicht gemacht! Auch wenn du nicht ausschreibst, musst du gewisse Schritte einhalten, z. B. die Landeshaushaltsordnung!)

- Herr Kollege Bode, Frau Ministerin möchte gleich gerne Ihre Frage beantworten. Bitte schön!

(Jörg Bode [FDP]: Herr Kollege Thiele hatte eine Frage, die ich beantwortet habe!)

- Nicht die Frage des Kollegen Thiele an Sie ist jetzt dran, sondern Ihre Frage an die Frau Ministerin.

Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bode, ich habe das vorhin möglicherweise zu schnell gemacht. Insofern wiederhole ich das sehr gerne.

Es ging darum, das Interessenbekundungsverfahren in einem beschränkten Rahmen durchzuführen, was rechtlich durchaus möglich ist. Denn hätten wir eine übliche europaweite Ausschreibung gemacht, hätten wir noch heute kein Impf- und Managementsystem.

Übrigens hat Niedersachsen diesen Ablauf der rechtlich vorgesehenen Ausschreibung des Interessenbekundungsverfahrens so gestaltet wie alle anderen 15 Bundesländer auch.

(Jörg Bode [FDP]: Das haben wir gar nicht bestritten!)

- Ja, aber ich nehme auch die Zwischentöne wahr, Herr Bode. Deswegen möchte ich diese Zwischentöne mit beantworten.

(Beifall bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Das sind keine Zwischentöne! Das klingt anders!)

Wie ich eben schon gesagt hatte, hat sich die Firma Majorel im Rahmen der Initiativbewerbung am 11. November kurz vorgestellt. Zuvor hatten wir die Kriterien formuliert, wie ich Ihnen gerade dargestellt habe. Dann haben wir im Rahmen eines digitalen Verfahrens bis zum 15. Dezember - die Vorgabe des Bundes war, dass das bis zum 15. Dezember bestehen musste - die Details verhandelt und entwicklungsbereit gemacht. Die Vertragsverhandlungen konnten am 14. Dezember abgeschlossen werden.

Sie sehen also: am 11. November Abgabe, und am 14. Dezember war es abgeschlossen. In diesem Zeitraum wurde das Angebot im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens sehr intensiv geprüft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Zu der Dringlichen Anfrage unter Tagesordnungspunkt 4 a liegen keine weiteren Wortmeldungen für Zusatzfragen vor.

Ich leite über zu

b) Impfen ohne Tempo, Testen ohne Konzept, Inzidenz ohne Alternative (Teil 2) - Anfrage der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8869](#)

Diese Anfrage wird von der Kollegin Susanne Victoria Schütz eingebracht, der ich hiermit das Wort erteile. Bitte schön!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Im Rahmen der 103. Sitzung des Landtags vom 17. März 2021 gab Ministerin Behrens auf die Dringliche Anfrage „Impfen ohne Tempo, Testen ohne Konzept, Inzidenz ohne Alternative?“ der Fraktion der FDP - Drucksache 18/8773 - Antworten, die ihrerseits Fragen aufwerfen.

Die Ministerin führte aus:

„Dafür betrachten wir eine Vielzahl verschiedener Entwicklungen, Parameter und Kennzahlen. Neben der Inzidenz gehören dazu sowohl der R-Wert als auch die von den

Krankenhäusern gemeldeten Belegungszahlen mit COVID-19-Patientinnen und -Patienten.“

Zum Themenkomplex Schnelltests merkte sie an:

„Wir sind in guten Gesprächen mit allen Wirtschaftsverbänden in Niedersachsen und führen unterstützende Gespräche. Wir helfen den Unternehmen auch, ihre Testkonzepte aufzustellen. Ich nehme die Unternehmen dort als sehr tatkräftig wahr und sehe, dass sie das in ihrem Einflussbereich sehr gut tun.“

Eine weitere Antwort lautete:

„Inzwischen verimpfen wir jede Woche 180 000 Dosen.“

Auf Nachfrage aus der FDP-Fraktion führte sie allerdings aus:

„Ich habe in meinen Ausführungen sehr deutlich gemacht, dass 180 000 Impfdosen in der Woche die Zielzahl ist. Wenn Sie sich die letzten fünf Tage in der letzten Woche ansehen, dann erkennen Sie, dass wir an vielen Stellen 28 000 bis 30 000 Impfungen pro Werktag verabreichen konnten. Am Samstag und am Sonntag verimpfen wir noch nicht so viel, weil wir keinen Impfstoff haben. Derzeit haben wir nicht so viel Impfstoff, um 180 000 Dosen in der Woche zu verimpfen.“

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

In Bezug auf die künftige Belieferung mit Impfstoffen führte die Ministerin aus:

„Der Bundesgesundheitsminister hat uns beim letzten Treffen die Planung für April vorgelegt. Er hat den Ländern zugesichert, dass im April pro Woche 2,2 Millionen Impfdosen an die Länder verteilt werden. Das bedeutet für Niedersachsen eine Grundlast bei BioNTech von 180 000 in der Woche. Das ist auch die Zielzahl, die wir uns in den Impfzentren vornehmen. Sollten wir mehr bekommen, was wir uns sehr wünschen, können wir relativ schnell die Kapazität auf 240 000 bis 250 000 hochfahren.“

Aber auch über diese Aussagen hinaus ergeben sich hinsichtlich der Informationen der Landesregierung weitere Fragen zum Themenkomplex Impfen:

1. Wo und in welcher Weise genau ist die Hinzuziehung weiterer Kennzahlen über die Inzidenz hinaus in Entscheidungen der Landesregierung eingeflossen?

2. Wie viele Impfdosen wurden in Niedersachsen in den letzten vier Wochen geliefert und konkret pro Woche verimpft?

3. In welcher Form sind kleine und mittelständische Strukturen wie freiberuflich Tätige - Anwälte, Ingenieure - und das Handwerk bei den Gesprächen der Landesregierung mit Wirtschaftsverbänden zur Schnellteststrategie vertreten?

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Schütz. - Frau Ministerin antwortet für die Landesregierung. Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir befinden uns nach über einem Jahr der sozialen Einschränkungen mitten in der COVID-19-Pandemie. Woran sehen wir das? - An den Menschen, die sich täglich neu mit dem Virus infizieren, abgebildet in der sogenannten Inzidenz - also wie viele Menschen infizieren sich an einem Tag in einem definierten Gebiet, bezogen auf die dort lebenden Einwohnerinnen und Einwohner.

Um täglich auftretende Schwankungen auszugleichen, hat sich im Laufe des vergangenen Jahres die Größe Sieben-Tage-Inzidenz etabliert. Nach wie vor ist dies die Größe, von der sich das Infektionsgeschehen am besten ableiten lässt.

Außerdem setzen hier die Infektionsschutzmaßnahmen an; denn schon kurz bevor Symptome auftreten und ein Nachweis vorliegt, ist eine infizierte Person ansteckend. Bleiben diese Maßnahmen aus, breitet sich die Erkrankung rasch aus.

Selbstverständlich werden zur Lagebeurteilung auch weitere Indikatoren herangezogen - vor allem auch die Belegungszahlen der Krankenhäuser, also belegte Betten auf Normalstationen, auf Intensivstationen und auch wie viele Menschen aktuell beatmet werden.

Zu den Indikatoren gehören auch die Zahlen über die Verstorbenen. Sie liefern ebenfalls ein wichti-

ges Bild über die aktuellen Auswirkungen der Pandemie.

Das Problem dabei ist, dass diese Indikatoren die Krankheitswelle im Verlauf erst mehrere Wochen nach der beobachteten Inzidenz abbilden. Dann ist es für die oben genannten Infektionsschutzmaßnahmen schon zu spät, da sich das Infektionsgeschehen schon stark ausgebreitet hätte, wenn man es nicht vorher eingedämmt hätte. Anders gesagt: Wenn wir erst handeln, wenn viele Menschen im Krankenhaus behandelt werden müssen, ist es zu spät.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich liefert die Beziehung zwischen Inzidenz und schweren Verlaufsformen wichtige Informationen, welche Inzidenzwerte dann tolerabel sein werden. Die unterschiedlichen Varianten des Virus, aber auch die Impfungen an sich beeinflussen diese Beziehung.

Insofern ist es schon heute nicht nur die Inzidenz, die betrachtet wird. Sie ist aber aktuell noch immer der beste Leitwert für unsere Maßnahmen, auch was die jeweiligen Grenzwerte betrifft. Sie ist auch die Maßgabe im Rahmen der Corona-Verordnung, die von den Gerichten akzeptiert wird.

Die Impfungen in Niedersachsen auf der Grundlage der Corona-Impfverordnung zeigen bereits erste Effekte. Wir setzen derzeit alles daran, schnell genug ausreichend viele Menschen zu impfen, damit diese Effekte nicht durch die neuen Virusvarianten nivelliert werden.

Die absolut richtige Entscheidung war, mit den Menschen höheren Alters und den Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen zu beginnen. Denn das Risiko, dass diese Menschen im Falle einer Infektion ins Krankenhaus müssen oder im Verlauf daran sterben, ist um ein Vielfaches höher im Vergleich zu anderen Gruppen. Mit dieser Maßnahme haben wir nicht nur den begrenzt zur Verfügung stehenden Impfstoff sehr effektiv eingesetzt, es zeigen sich auch die genannten Effekte. Das Durchschnittsalter der stationär behandelten infizierten Menschen ist heute viel niedriger als noch im Januar. Daran sehen Sie, dass das natürlich eine wichtige Entscheidungsgrundlage bei dem Thema der Prioritätensetzung ist: Wer wird wann geimpft?

Neben den Impfzentren sollen nach Ostern auch Arztpraxen impfen können. Hier schafft der Bund entsprechende Voraussetzungen. Sie werden über das Regelsystem bedient.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Zu 1: Der R-Wert zeigt uns die Tendenz der Infektionszahlen. Das wird natürlich neben dem Inzidenzverlauf immer mit betrachtet. Sie wissen, der R-Wert zeigt, wie viele Menschen eine infizierte Person im Mittel ansteckt. Daher ist der R-Wert neben der Inzidenz ein wichtiger Indikator. Darüber hinaus sind die Zahlen der intensivmedizinisch behandelten und der beatmeten Patientinnen und Patienten von ganz großer Bedeutung.

Es könnte ja sein, dass wir durch den vermehrten Einsatz von Schnelltests mehr Infektionsfälle erkennen, ohne dass tatsächlich mehr Infektionen aufgetreten sind. Um diesen Effekt abschätzen zu können, ist auch der Blick auf die Anzahl der durchgeführten PCR-Testungen und deren Positivrate sehr wichtig und hilfreich und wird von uns mit einbezogen.

Außerdem wird sehr genau auf die Altersverteilung der übermittelten Fälle geachtet. Bei der Altersverteilung sehen wir erfreulicherweise, dass die Inzidenz bei den über 80-Jährigen deutlich zurückgegangen ist. Ich gehe auch davon aus, dass diese positive Entwicklung den großen Erfolg der Impfungen in dieser Altersgruppe widerspiegelt. Die Altersverteilung spielt natürlich auch eine sehr große Rolle, wenn es darum geht, wie die Konzepte für Schulen und Kindertageseinrichtungen aussehen.

Für die Abschätzung der zukünftigen Entwicklung ist auch der Anteil der besonderen Varianten des Virus wichtig. Wegen der starken Zunahme der Variante B.1.1.7. müssen wir zukünftig mit einer leichteren Übertragbarkeit und somit schnelleren Verbreitung der Erkrankung rechnen. Die Empfehlungen des RKI bezüglich der Quarantänezeiten wurden deshalb verschärft.

Auch unter einer umfassenden Berücksichtigung all dieser Parameter bleibt die Erkenntnis gleich: Die Infektionslage ist ernst. Der Inzidenzwert stellt einen ehrlichen Blick auf das Infektionsgeschehen dar, aber er ist nicht unser einziger Blick auf das Infektionsgeschehen.

Zu 2: Sie hatten gefragt, wie viele Impfdosen in Niedersachsen verimpft wurden. Wenn ich zunächst das Verfahren erklären darf, damit Sie verstehen, wie unser Impfmanagement funktioniert.

Die Impfstoffe werden zunächst in zwei Zentrallager geliefert, dort konfektioniert und auf die einzelnen Impfzentren verteilt. Die jeweils kleinste Ver-

packungseinheit für die Impfzentren sind 100 Dosen der Impfstoffe von Moderna und AstraZeneca und 1 170 Dosen des Impfstoffs der Firma BioNTech. In der Regel werden die Impfzentren einmal pro Woche mit Moderna und BioNTech und einmal mit AstraZeneca beliefert.

In den letzten Wochen wurden folgende Mengen an Impfstoffen geliefert: In der Kalenderwoche 10 und 11 wurden insgesamt 289 800 Dosen ausgeliefert und insgesamt 319 572 Dosen verimpft. Sie sehen daran, dass wir die Lagerbestände abbauen.

Geimpft wurde in den letzten Wochen: Kalenderwoche 8 105 495 Dosen, Kalenderwoche 9 148 317 Dosen, Kalenderwoche 10 173 436 Dosen und Kalenderwoche 11 146 136 Dosen. In der aktuellen Woche, die jetzt gerade läuft, haben wir von Montag bis heute knapp 170 000 Dosen verimpft. Allein gestern waren es über 37 600 Dosen.

Zu 3: Die Landesregierung - vertreten durch das Haus MS und das Haus MW - ist auch zum Thema Schnelltests in guten Gesprächen. Jeweils am Freitag sind wir auf Fach- und Arbeitsebene mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen, der Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft und den Unternehmensverbänden Handwerk Niedersachsen zusammen. Mit all diesen Verbandsvertretern stehen wir im engen Kontakt. Darüber hinaus findet alle zwei Wochen das sogenannte Wirtschaftsfrühstück statt, an dem der Ministerpräsident und weitere Kabinettsmitglieder teilnehmen. Auch hier wird natürlich das gesamte Thema Impfen besprochen, ebenso der Bereich Schnelltests.

Ansonsten ist das Sozialministerium - wenn ich das an dieser Stelle noch anfügen darf - seit einem Jahr in der Steuerung der Corona-Maßnahmen auf allen Ebenen in guten Gesprächen mit vielen Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern, mit vielen Vertreterinnen und Vertretern aus der Gesellschaft, um durch diese Pandemie zu leiten. Wir haben gute Informations- und Dialogstrukturen, vor allen Dingen mit der Wirtschaft und auch allen Bereichen der Wirtschaft, etabliert und versuchen, gut auf jede Anregung und auf jede Frage einzugehen, um allen einen Weg durch diese Pandemie zu ermöglichen. Ich habe das Gefühl - das darf ich sagen; denn ich bin die Neue im Sozialministerium -, das wird hervorragend gelebt. Von daher noch einmal - wenn wir uns schon an die vielen wenden, die in diesen Tagen so engagiert dabei sind -: Das Sozialministerium leistet seit einem

Jahr Höchstarbeit in der Steuerung der Corona-Maßnahmen. Daher kann man an dieser Stelle einmal Danke schön an das Team sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt die Kollegin Schütz. Bitte schön, Frau Kollegin!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich möchte gleich bei dem letzten Thema, wie viel Impfstoff verimpft worden ist, bleiben. Ich habe mir die Zahlen rausgesucht, wie viel immer so geliefert wird und wie viel zurückgehalten wird, und komme zu dem Ergebnis, dass in den Impfzentren, z. B. gestern - - -

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Frau Kollegin, das Ergebnis: Sie können einen kurzen Hintergrund geben und dann eine kurze, knackige Frage stellen.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Das war der Hintergrund.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Aber der Hintergrund war jetzt nicht mehr so kurz. Jetzt kommt die kurze Frage!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Eine Zahl noch. - Ich komme zu dem Ergebnis, dass wir in den Impfzentren gestern 250 000 Dosen hatten, die noch nicht verimpft sind. Und die Frage wäre: Wie kommt es dazu? Denn das ist die Menge für eine ganze Woche.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön. - Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete, das ist ja eine Debatte, die sich in allen Bundesländern, auch in Niedersachsen, hartnäckig hält. Es heißt, wir würden Millionen von Impfdosen irgendwo herumliegen haben und nicht verimpfen. - Das ist nicht so. Daher will ich Ihre Zahlen auch gleich bewerten.

Sie müssen immer mit dazu denken, dass der Impfstoff, nachdem er an den Zentrallagern angeliefert worden ist, verpackt werden muss, damit er für die 50 Impfzentren passend ist. Er muss ausgeliefert werden, er muss vorbereitet werden. Die Situation ist so, dass das nicht sofort geht. Man braucht einen Freiraum. Wir haben derzeit 1,5 Millionen Impfdosen, die angeliefert worden sind, im Zentrallager. Davon sind - wenn Sie das wissen möchten - 350 000 AstraZeneca, 1 045 200 BioNTech und 105 600 Moderna. Sie sehen daran noch einmal: Moderna ist ein eher kleiner Bereich. Davon ist aber das meiste verteilt und verimpft. Wir haben Impfungen in einem Bereich von über 1,15 Millionen - das habe ich eben schon gesagt -, und alles andere ist terminiert. Wir haben einen kleinen Bestand AstraZeneca, den wir für die Zweitimpfung zurückhalten. Das heißt, es liegen nicht tausendfach Impfdosen herum, sondern es wird alles verimpft. Es dauert halt zwei, drei Tage, bis wir das rausbringen. Es gibt also keine großen Reste, die irgendwo herumliegen, sondern wir haben insgesamt 1,5 Millionen Dosen in Niedersachsen, die alle an die Impfzentren verteilt sind und in diesen Tagen gut verimpft werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Frau Kollegin Schütz stellt die zweite Zusatzfrage. Bitte schön!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Ich versuche es einfach mal. - Frau Ministerin, ich habe mit den Zahlen gerechnet. 1,5 Millionen Dosen sind verimpft worden. Wir hatten 88 000 in der Rückhaltung, 70 000 waren noch auszuliefern, und 1,1 Millionen sind verimpft. Das ergibt eine Differenz von 250 000 Impfdosen, die in den Impfzentren liegen. Das ist mehr als das, was wir für zwei bis drei Tage brauchen. Ich wiederhole meine Frage: Warum liegt da so viel?

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Christian Grascha [FDP]: Das wird auch nicht weniger!)

- Nein, es wird nicht weniger.

Sie müssen doch das Impfen auch handhaben. Das heißt: Wenn Sie in der Gruppe 1 oder 2 wären und sich jetzt über das Impfportal einen Impftermin holen würden, dann würden Sie den nicht für morgen bekommen, sondern wahrscheinlich für in drei Wochen, weil der Andrang so groß ist. Wir stellen nur Impftermine in das Impfportal für Impfstoff ein, den wir im Land haben. Denn wir können keine Impftermine mit Impfstoff anbieten, den wir nicht dahaben. Sonst müssten wir gegebenenfalls Termine absagen. Das kriegen wir nicht hin. Deswegen gibt es einen kleinen Gap in der Verimpfung, bis das, was im Zentrallager in den Niederlanden ankommt, in den Impfzentren verteilt ist und in den Arm eines Menschen kommt. Das braucht eine gewisse Zeit. Das ist kein Indiz dafür, dass wir Tausende Dosen nicht verimpfen. Es geht einfach um die Abwicklung, um die Organisation in 50 Impfzentren, da sich gerade 3 Millionen Menschen in den Prioritätengruppen 1 und 2 befinden. - Ich hoffe, es ist ein bisschen klarer geworden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Frau Kollegin Schütz stellt ihre dritte Zusatzfrage.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke, Herr Präsident. - Frau Ministerin, können Sie bitte noch etwas zum Betrieb der Labore und Impfzentren über Ostern sagen? Es gibt Gerüchte, sie würden zum Teil nicht durchgängig impfen oder so.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Frau Ministerin, bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete, die Erwartungshaltung der Landesregierung ist sehr deutlich. Wir haben Impfstoff im Land, das Virus macht keine Osterpause. Deswegen haben wir alle 50 Impfzentren gebeten, auch über

Ostern durchgängig zu impfen. Ich habe keine Hinweise darauf, dass das in den Impfzentren nicht passiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für Bündnis 90/Die Grünen stellt Frau Kollegin Meta Janssen-Kucz die erste Zusatzfrage. Bitte sehr!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung: Nach welchem System erfolgt die Priorisierung der Erzieherinnen und Lehrkräfte, und wieso werden jetzt Personen aus der Prio 1, vor allem Therapeuten, überholt?

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank. Das waren 1 x Fragen - gerade noch eine. - Frau Ministerin, bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Janssen-Kucz, Therapeuten haben auch die Prio 2. Also kann kein Therapeut überholt werden. Die Priorität 1 und die Priorität 2 sind aufgerufen worden. Die Lehrkräfte und auch die Beschäftigten in den Kitas sind wie die Therapeuten in der Priorität 2. Ich will nicht ausschließen, dass es an dem einen oder anderen Impfzentrum mal vorkommen kann, dass eine Person mit Prio 2 vor einer Person mit Prio 1 geimpft wird. Das liegt an dem komplexen Impf- und Wartesystem. Aber niemand wird überholt. Therapeuten gehören zur Prio 2.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, zu Punkt b) liegen mir keine weiteren Wortmeldungen für Fragen vor. Somit beenden wir diesen Bereich.

Wir kommen zu dem Punkt

c) **Beschleunigt Corona die Armutsentwicklung in Niedersachsen?** - Anfrage der Fraktion der SPD - [Drs. 18/8872](#)

Zur Begründung hat sich Herr Abgeordneter Oliver Lottke gemeldet. Bitte schön!

Oliver Lottke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Beschleunigt Corona die Armutsentwicklung in Niedersachsen? Schon vor der weltweiten Corona-Pandemie gab es soziale und gesellschaftliche Ungleichheiten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Laut der Bertelsmann-Studie vom 22. Juli 2020 ist in Deutschland jedes fünfte Kind arm oder von Armut bedroht. Insgesamt geht die Studie davon aus, dass 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut bedroht bzw. bereits davon betroffen sind. Die Chancen dieser Kinder auf gesellschaftliche Teilhabe und Aufstieg durch Bildung haben sich durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie deutlich verschlechtert.

Auch die Situation von Abhängigkeitserkrankten ist coronabedingt kritisch. Therapeutische Angebote mussten eingeschränkt werden. Es wird erwartet, dass hier vermehrt neue Problemlagen auftreten, die einer nachhaltigen Lösung bedürfen.

Schließlich hat sich die Situation von Wohnungslosen während der Corona-Pandemie verschärft. Notunterkünfte, in denen oftmals noch bis zu 70 Personen in einem Raum untergebracht sind, fehlende Versorgungsinfrastruktur und aufgrund von Hygienevorschriften weniger Kapazitäten bei niedrigschwelligem Angebot sind nur drei Punkte, die verdeutlichen, was es bedeutet, wohnungslos zu sein.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie kann der Leistungsumfang des Bildungs- und Teilhabepakets einschließlich des Verfahrens zur Beantragung von Leistungen so ausgestattet werden, dass mehr Kinder davon profitieren können, insbesondere um durch Sachleistungen das ausfallende warme Mittagessen zu kompensieren und um die Teilhabemöglichkeiten bei Sportvereinen, Musikvereinen etc. zum Auf- und Ausbau sozialer Kontakte aus allen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern?
2. Wie kann die Versorgung von Abhängigkeitserkrankten auch in Krisenzeiten sichergestellt werden, damit Behandlungen nicht abgebrochen oder stationäre Aufnahmen verhindert werden?
3. Wie kann die basale Versorgung der Menschen ohne Unterkunft (z. B. durch Straßenambulanzen, Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten für Ta-

gesaufenthalte, kurzfristige Unterbringung in leerstehenden Räumlichkeiten, Testung innovativer Konzepte wie Housing first sowie Mahlzeiten und Zugang zu sanitären Anlagen) besser gewährleistet werden?

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Lottke. - Das Wort hat die Frau Ministerin. Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Armutsbekämpfung ist und bleibt eine große sozialpolitische Herausforderung. Obwohl Deutschland ein reiches Land ist, gibt es immer noch Menschen, die in Armut leben müssen. Das gilt auch für Niedersachsen. Im Jahr 2019 waren rund 1,26 Millionen Menschen von relativer Einkommensarmut betroffen. Die Armutgefährdungsquote lag bei 16 % und damit einen Prozentpunkt über dem Vorjahreswert.

Durch die Corona-Pandemie ist zu befürchten, dass sich Armut und soziale Spaltung unserer Gesellschaft noch verstärken. Wie das Statistische Bundesamt unlängst festgestellt hat, kämpfen neben den Selbstständigen besonders Menschen mit niedrigem Einkommen, Geringqualifizierte und Alleinerziehende mit finanziellen Schwierigkeiten. Wenn man die Berichte aus der Armut- und Wirtschaftsforschung hinzunimmt, ergibt sich ein Bild, das, glaube ich, uns allen Sorgen machen muss.

Der Arbeitsmarkt ist relativ stabil. Vor allen Dingen hat das Instrument der Kurzarbeit viele Härten abgefedert, aber längst nicht alle. Diejenigen, die in die Arbeitslosigkeit gerutscht sind, sind häufig Menschen, die auch vor Corona eher geringe Einnahmen hatten und in guten Zeiten immerhin als ungelernte Kräfte in der Gastronomie, im Handel, im Messeaufbau, in der Veranstaltungswirtschaft ein Auskommen gefunden haben. Jetzt haben sie allerdings diese Möglichkeit nicht. Daher haben wir einen starken Rückgang bei den Minijobbern zu verzeichnen. In Deutschland stehen rund 850 000 Minijobber inzwischen ohne Einkommen da. Wenn wir uns in Niedersachsen umschaue: Wir liegen, leicht steigend, ungefähr 10 % über dem Bundesdurchschnitt, weil hier viele Menschen beispielsweise in der Gastronomie arbeiten.

Das hat unmittelbare Auswirkungen auf Familien und Alleinerziehende. Ganz besondere Sorgen bereiten mir die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder - gerade auch aus einkommensschwachen Familien - sowie auf Menschen, die mit besonderen sozialen Problemlagen zu kämpfen haben. Daher ist es für mich ganz wichtig, sich auf allen Ebenen - gemeinsam mit dem Bund, unseren Kommunen und allen anderen Ländern - genau anzuschauen, was an notwendigen Hilfen bereitgestellt werden muss, wenn diese Pandemie vorbei ist. Wir müssen sagen, dass die Erkenntnisse durch die Studien zum jetzigen Zeitpunkt noch gering sind, aber es gibt erste Hinweise, die uns alle beunruhigen müssen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1: Die Ausgestaltung der Bildungs- und Teilhabeleistungen ist Sache des Bundesgesetzgebers. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation hat der Bund bereits zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Exemplarisch nenne ich die Regelungen der Sozialschutz-Pakete, die einen vereinfachten Zugang zu den existenzsichernden Leistungen gewährleisten.

Ziel ist es, denen, die Unterstützung brauchen, und ihren Familien schnell und unbürokratisch zu helfen. Damit erhalten die Kinder auch einen erleichterten Zugang zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe. Darüber hinaus sind im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets die Voraussetzungen für das gemeinschaftliche Mittagessen angepasst worden. Bisher erhielten die leistungsberechtigten Kinder eine kostenlose Mittagsverpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kindertagespflege. Für die Dauer der Pandemie ist eine flexible Bereitstellung des Mittagessens ermöglicht worden, z. B. durch Lieferung nach Hause oder durch Abholung.

Eine weitere Erleichterung sieht unsere aktuelle Corona-Verordnung vor: Von den Kontaktbeschränkungen ausgenommen sind u. a. außerschulische Lernfördergruppen. Damit haben wir Schülerinnen und Schülern mit Lernförderbedarf auch jetzt ermöglicht, in den Räumlichkeiten des Anbieters Förderleistungen in Anspruch zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Blick auf junge Menschen ist gerade wichtig. Sie gehören zu den Personengruppen, die besonders schwierige Zeiten zu durchleben haben. Gerade im Rahmen der Infektionslage ist es sehr schwierig,

Möglichkeiten zu sozialem Lernen und zum Austausch sowie Gestaltungsmöglichkeiten zu erzeugen. Das muss die Kinder- und Jugendarbeit in diesen Tagen und Monaten natürlich berücksichtigen, damit in diesem Bereich überhaupt einiges möglich ist.

Die Kinder- und Jugendarbeit in Niedersachsen hat sich darauf eingestellt. Sie hat sich mit entsprechenden Regelungen auf die Infektionslage fokussiert. Inzwischen können viele Maßnahmen für junge Menschen in der Kinder- und Jugendarbeit auch während des Shutdowns stattfinden.

Ich möchte an dieser Stelle den Blick auch darauf richten, was die Zeit nach der Pandemie uns bringt. Wichtig ist mir, dass wir perspektivisch mit der Einführung einer Kindergrundsicherung die Probleme überwinden, die sich beim Bildungs- und Teilhabepaket, aber auch darüber hinaus durch das Nebeneinander vieler monetärer Leistungen für Familien ergeben. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir die Deckung der Grundbedürfnisse der Kinder möglichst aus einer Hand und mit wenig Bürokratie für die Kinder und ihre Familien, aber auch für die Kommunen organisieren. Ich kann aus meiner Zeit im Bereich Jugendhilfe leidvolle Erfahrungen beisteuern, dass das derzeit so einfach nicht ist. Das müssen wir im Rahmen der Kindergrundsicherung dringend verbessern.

Zu 2: Als Gesundheitsministerin ist mir eine verlässliche Versorgung abhängigkeiterkrankter Menschen sehr wichtig. Mir ist sehr bewusst, dass die Versorgung dieser Menschen ein wichtiger Baustein ist, vor allem auch im Bereich der niedrigschwelligen Angebote.

Wir fördern im Rahmen der freiwilligen sozialen Leistungen mit einem Anteil von etwa 20 bis 25 % niedersachsenweit 75 Fachstellen für Sucht und Suchtprävention in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege.

Die Suchtberatungsstellen haben in der Pandemie ihren Betrieb nicht geschlossen, sondern halten ihre Hilfsangebote bei Einhaltung der notwendigen Schutz- und Hygienemaßnahmen aufrecht. Das finde ich sehr lobenswert und vor allen Dingen auch sehr wichtig. Gerade auch niedrigschwellige Beratungsangebote - z. B. Drogenkonsumräume und aufsuchende Hilfen - werden, so gut es geht, aufrechterhalten. Mein Eindruck ist, dass das in der Regel ganz gut funktioniert.

Ich bin sehr froh, dass die Fachkräfte viele kreative Lösungen entwickelt haben, um für ihre Klientin-

nen und Klienten erreichbar zu sein. Gerade die neuen digitalen und telefonischen Beratungsmöglichkeiten haben - glaube ich - die Klientel in den letzten Wochen und Monaten sehr weitergebracht. Es wurde auch neue Modelle wie Beratungsspaziergängen hervorgebracht. Das finde ich sehr kreativ. Es gibt aber auch viele Videosprechstunden, E-Mail-Kontakte und Chatangebote, Webex- und andere Konferenzen. Das gab es vor dieser Pandemie noch nicht. Eine Krise ist immer auch eine Chance, über neue Kommunikationsformen, mit denen man auch Schutz gewährleisten möchte, in Kontakt zu kommen.

In den Beratungsstellen werden nichtsdestoweniger persönliche Gespräche geführt, natürlich unter Wahrung der Hygienestandards, und auch die aufsuchende Arbeit ist erhalten geblieben. Substitutionsbegleitung findet ebenfalls weiterhin statt, und auch in stationäre Rehabilitationen wird weiter vermittelt. Das ist ganz wichtig.

Insgesamt meldet die Mehrheit der Suchtberatungsstellen eine starke Auslastung, da der Bedarf an Suchtberatung und -therapie in der derzeitigen Situation eher zunimmt als rückläufig ist. Ich glaube, das wird auch nach der Pandemie ein Thema sein. Dann sollten wir - der Landtag und die Landesregierung - uns gut überlegen, wie wir auf die sich verschärfende Situation in ganzer Bandbreite reagieren.

Wir alle wissen, dass die psychische Belastung der Bevölkerung gestiegen ist. Das merkt man an allen Ecken und Kanten. Dies trifft natürlich besonders Kinder und Jugendliche, die sich in den letzten zwölf Monaten mit einem völlig neuen Alltag konfrontiert gesehen haben. Wir müssen aber auch an die Eltern denken, die den Spagat zwischen Kinderbetreuung, Homeschooling und Arbeit bewältigen müssen. Und viele Alleinstehende jeden Alters fühlen sich auch aufgrund von Kontaktbeschränkungen einsam.

Das zeigt, welche Bandbreite an gesellschaftlichen Problemen sich aus der Pandemie ergibt. Dies wird auf uns - davon bin ich fest überzeugt - hereinbrechen, wenn die Pandemie bekämpft ist. Dann müssen wir Antworten darauf finden. Wir wollen an dieser Stelle eine gute Debatte führen.

Zu 3: Menschen ohne Wohnung haben es in Zeiten der Pandemie besonders schwer.

Um die Unterbringung wohnungsloser Menschen kümmern sich die Kommunen aufgrund ihrer Zuständigkeit nach dem Niedersächsischen Polizeig-

und Ordnungsbehördengesetz. Auch das Vorhalten von Straßenambulanzen ist eine kommunale Aufgabe im Bereich der allgemeinen Daseinsvorsorge.

Wie sich am Beispiel der Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Hannover mit der Caritas zeigt, nehmen die Kommunen sich dieser Aufgabe sehr an. Zudem gibt es beispielsweise in Osnabrück und in Hannover Krankenwohnungen für Wohnungslose.

Das Land unterstützt die Kommunen bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben im Rahmen der Hilfen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Auch die Übernahme pandemiebedingter Sonderausgaben ist dabei gewährleistet. Das ist mir wichtig. Mein Haus arbeitet derzeit daran, eine entsprechende finanzielle Unterstützung möglichst schnell und unbürokratisch zu konzipieren.

Die Pandemie hat aber auch Neues ermöglicht; ich habe es eben schon erwähnt. Eine kurzfristige Unterbringung in leerstehenden Räumlichkeiten ist eine Möglichkeit, mit den Bedürfnissen der Wohnungslosen umzugehen.

Das Land hat bereits ab dem vergangenen Frühjahr an der Unterbringung wohnungsloser Menschen in einer Jugendherberge, einem Hotel und einem Naturfreundehaus in Hannover gearbeitet und sich daran auch finanziell beteiligt. Daraus ist auch das gerade angelaufene Projekt „Plan B – OK“ der Region Hannover in Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover entstanden, bei dem wir die Kosten für die Sozialarbeit übernehmen.

Auch sind in mehreren Städten für Wohnungslose Hotelzimmer zum Schutz vor der Pandemie und der Kälte angemietet worden.

Nicht vergessen möchte ich an dieser Stelle das Housing-first-Projekt der Stiftung EIN ZUHAUSE, das seit Anfang dieses Jahres im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover modellhaft für Niedersachsen getestet wird.

Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, dass wir zur Unterstützung der Wohnungslosen - auch schon vor der Corona-Zeit - mit unserem breit angelegten Konzept zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen zahlreiche Initiativen ergriffen haben:

Wir haben 1 Million Euro für den Ausbau sanitärer Anlagen sowie den barrierefreien Zugang und die geschlechtergerechte Aufteilung von Tagesaufenthalten zur Verfügung gestellt.

Wir erproben niedrigschwellige Hilfen für wohnungslose Frauen.

Wir fördern ein Modell der Hilfe zur Arbeit.

Wir kümmern uns um die Wohnungslosen ohne Krankenversicherung mit einer Clearingstelle.

Und wir fördern die Selbstvertretung der Wohnungslosen, damit sie ihre Erfahrungen und Kompetenzen in unsere weiteren Überlegungen einbringen können.

In diesem Sinne, glaube ich, sind wir ganz gut unterwegs, was die Grundlagen angeht. Aber wir müssen uns darauf einstellen, dass wir, wenn wir die Pandemie beherrschen, uns noch einmal sehr genau angucken müssen, ob unser System im Bereich der Sozialpolitik - Kinder und Jugendliche, Frauen, Wohnungslose – hält oder ob wir es weiter korrigieren müssen.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Eine erste Zusatzfrage für die SPD-Fraktion stellt der Kollege Oliver Lottke. Bitte sehr!

Oliver Lottke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Vor dem Hintergrund, dass Jugendwerkstätten ein zentrales Instrument sind, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und Jugendlichen berufliche Orientierung zu bieten, frage ich die Landesregierung, wie die Jugendwerkstätten für die Zukunft abgesichert sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Abgeordneter Lottke, die Finanzierung der Jugendwerkstätten und auch der Pro-Aktiv-Center ist bis Mitte 2022 im Rahmen der ausgelaufenen Förderperiode gesichert, die sich dann in eine neue Förderperiode ergießt. Im Juli 2022 soll die neue EU-Förderperiode beginnen, und die Förderung soll fortgesetzt werden. Es handelt sich um ein sehr

gut eingespieltes, funktionierendes und vor allem hilfreiches System.

Anders als viele Wochen und Monate lang befürchtet, bleiben die ESF-Mittel in etwa gleich, sodass wir die Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Center im Wesentlichen in gleicher Höhe absichern können. Für die Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Center wurden Landesmittel in gleichbleibender Höhe in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt, und zwar 15,1 Millionen Euro pro Jahr. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung gehen wir davon aus, dass die Jugendwerkstätten weiterhin Prioritäten haben werden und wir als Land auch mit EU-Förderung den guten Weg fortschreiben schreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für die SPD stellt die Kollegin Annette Schütze. Bitte schön!

Annette Schütze (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Ministerin, Sie hatten vorhin schon das Thema Kindergrundsicherung angesprochen. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat sich Ende 2020 auch dafür ausgesprochen und die Bundesregierung zur Einführung aufgefordert. Wie ist die Haltung der Landesregierung dazu? Können Sie dazu noch etwas ausführen?

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank. - Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das mache ich gerne.

Um zukünftige Generationen vor Armut zu schützen und Armut weiter zu bekämpfen - denn Kinderarmut ist leider immer noch ein Problem dieser Gesellschaft, und das seit vielen Jahren, was unerträglich ist -, wollen auch wir in Niedersachsen die Einführung der Kindergrundsicherung vorantreiben. Das ist seit längerer Zeit Usus. Wir glauben fest daran, dass die Kindergrundsicherung ein wesentliches Instrument ist.

Bei der Kindergrundsicherung geht es im Kern um die Abkehr vom bisherigen System des Familienlastenausgleichs. Bisher gibt es - ich hatte es vor-

hin erwähnt - eine Vielzahl unterschiedlicher kindbezogener finanzieller Leistungen, die nebeneinander existieren und zum Teil sogar widersprüchlich sind. Im Ergebnis führt dies dazu, dass nicht alle Kinder die gleichen Teilhabemöglichkeiten haben und in den Kommunen manchmal unsägliche Abstimmungsprozesse durchgeführt werden müssen, damit man den Kindern, die die Hilfe brauchen, die Leistung überhaupt zukommen lassen kann.

Von daher sieht die Kindergrundsicherung vor, folgende Leistungen zusammenzuführen: Die Regelleistung nach SGB II, das Kindergeld, die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und den Kinderzuschlag.

Auf Initiative des Landes Niedersachsen hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz im vergangenen November - also noch unter der Führung meiner geschätzten Vorgängerin - einen Beschluss gefasst, mit dem die Bundesregierung aufgefordert ist, gemeinsam mit den Ländern konkrete Umsetzungsschritte zur Einführung einer Kindergrundsicherung einzuleiten. Die Grundlage für diesen Beschluss waren die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe der Länder, in der das Land Niedersachsen die Federführung hatte. Wir setzen darauf, dass wir mit einer sehr beharrlichen Überzeugungsarbeit von inzwischen fast allen Bundesländern - wir sind uns, unabhängig von der politischen Farbenlehre, unter den Bundesländern also sehr einig - zu einer Kindergrundsicherung kommen werden.

Wir sind sehr erwartungsfroh hinsichtlich dessen, wie der Bund mit diesem Thema umgehen wird. Ich glaube, innerhalb der Bundesregierung gibt es noch keine abgestimmte Haltung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die dritte Frage für die SPD-Fraktion stellt die Kollegin Hanna Naber. Bitte schön!

Hanna Naber (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung, wie die Vergütung der Beschäftigten in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zumindest auf dem üblichen Niveau sichergestellt werden kann.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank. - Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Corona-Pandemie - das diskutieren wir hier ja in vielen, vielen Stunden - wirkt sich natürlich auch auf das Arbeitsergebnis der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen aus, aus dem die Entgelte der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen gezahlt werden. Diese Entwicklung ist leider auch schon zu Beginn der Pandemie absehbar gewesen.

Deshalb haben wir uns gemeinsam mit allen Ländern beim Bund für eine Lösung eingesetzt, mit der mögliche Entgelteinbußen abgemildert werden können. Der Bund hat sich damit einverstanden erklärt, im Jahr 2020 auf die Hälfte des ihm zustehenden Aufkommens aus der Ausgleichsabgabe zu verzichten. Das ist sehr gut. Damit stehen in Niedersachsen fast 5,2 Millionen Euro für die Sicherung der Arbeitsentgelte der Menschen mit Behinderung zur Verfügung. Das war ein ganz wichtiger Schritt.

Ich freue mich auch sehr darüber, dass wir in Niedersachsen einvernehmlich mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte und auch mit den Trägern der Werkstätten Kriterien für den Einsatz dieser Mittel erarbeiten und weiterentwickeln konnten. Nur so wird eine gerechte Verteilung ermöglicht, und so wird auch ein schlankes und unbürokratisches Antragsverfahren organisiert werden.

(Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch übernimmt den Vorsitz)

So stellen wir sicher, dass die Hilfe dort, wo sie benötigt wird, schnell ankommt. Ich gehe davon aus, dass sich die Pandemie - die sich ja noch ein bisschen hinziehen wird - auch weiterhin auf die Arbeitsergebnisse der Werkstätten auswirken wird. Denn wenn die Werkstätten wegen der Kontaktbeschränkungen geschlossen sind, kann dort nicht gearbeitet werden.

Von daher hoffe ich, dass wir uns im Jahr 2021 mit allen anderen Ländern und dem Bund darauf einigen werden, dass die Hälfte des dem Bund zustehenden Ausgleichsabgabenaufkommens wieder für die Menschen mit Behinderung eingesetzt wer-

den wird. Ich sehe positive Tendenzen beim Bund und hoffe, dass das klappen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Frau Minister. - Jetzt hat Kollege Björn Försterling eine Zusatzfrage für die FDP.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mir erlauben, gleich zwei Fragen zu stellen.

Die erste Frage: Was hat die Landesregierung bereits unternommen oder was wird sie noch unternehmen, um die Offenhaltung und die Unterstützung der Offenhaltung von Tafeln, Kleidershops und Kleiderkammern zu gewährleisten?

Die zweite Frage: Vor dem Hintergrund der mehrere Monate zurückliegenden Forderungen des CDU-Landesvorsitzenden Dr. Bernd Althusmann, der zugleich stellvertretender Ministerpräsident ist, dass Obdachlose vom Land mit FFP2-Masken und medizinischen Masken ausgestattet werden sollen, frage ich, mit wie vielen Masken Obdachlose bisher durch die Landesregierung ausgestattet worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Bitte!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Vielen Dank für die Frage. Die Masken sind vom Bund zur Verfügung gestellt worden. Dazu, wie viele in Niedersachsen verteilt worden sind, liegen uns keine Zahlen vor. Die Anfrage müsste also an den Bund gestellt werden.

(Zuruf von der FDP: Das heißt, er war noch nicht tätig!)

- Bitte?

(Zuruf von der FDP: Also war Herr Althusmann noch nicht tätig!)

- Der Bund hat sie aber verteilt. Sie haben gefragt, wie viele Masken das Land verteilt hat. Das Land hat keine Masken verteilt, sondern der Bund hat sie verteilt.

(Zuruf von der FDP: Das war die richtige Antwort!)

- Okay, ich versuche es immer wieder. Sehr gerne!

Sagen Sie mir bitte noch mal, was die erste Frage war.

(Zuruf von der FDP: Tafeln!)

- Tafeln, genau!

Wie Sie wissen, sind die Tafeln eine Leistung der freien Wohlfahrtspflege, die gut mit den Kommunen koordiniert ist. Die Kommunen haben mit ihren Tafeln natürlich auch über die Themen Hygienevorschriften und Kontaktbeschränkungen gesprochen.

Meine Wahrnehmung ist, dass der Betrieb der Tafeln natürlich auch deswegen sehr beeinträchtigt ist, weil die Zurverfügungstellung insbesondere von Speisen und Lebensmitteln - weil ja auch der Einzelhandel in bestimmten Teilen eingeschränkt ist - nicht mehr so gut funktioniert. Ich kann Ihnen sagen, dass die Tafeln ihre Leistungen unserer Wahrnehmung nach leicht zurückgefahren haben, dass es aber immer noch möglich ist, die Arbeit der Tafeln durchzuführen. Wir haben die Kommunen dazu ermuntert, das, was sie tun können, damit die Tafeln ihre Arbeit wiederaufnehmen bzw. fortzuführen können, auch zu tun, weil das für viele Menschen leider weiterhin wichtig ist. Man muss aber einfach sagen, dass es schwieriger geworden ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Für Bündnis 90/Die Grünen stellt jetzt Kollege Volker Bajus eine Frage.

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit des Landtags im Dezember mit dem Haushaltsbeschluss auch das Gesetz zur Ausführung des Bundeskindergeldgesetzes - das sind die BuT-Leistungen - und damit auch die Spitzabrechnung für die BuT-Mittel zulasten der Kommunen geändert hat, frage ich die Landesregierung, wie viel sie hier an Mitteln zulasten der BuT-Mittel und damit zulasten armer Kinder eingespart hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die Ministerin wird Ihnen antworten.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrter Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, es gab dadurch weniger Ausgaben, das stimmt. Wir können noch nicht sagen, wie viel das genau ist. Das werden wir aber gerne nachliefern. Meine Fachleute haben mir gesagt, dass das eine komplexe Berechnung ist.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die vierte Zusatzfrage für die SPD-Fraktion stellt Dr. Wernstedt.

Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Alleinerziehenden sind eine in der Pandemie ganz besonders belastete Gruppe. Inwiefern hat die Landesregierung diese Gruppe im Blick?

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Die Ministerin antwortet.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Dr. Wernstedt, in Niedersachsen gibt es seit Langem einen guten Austausch im Netzwerk für Alleinerziehende. Dort tauscht man sich regelmäßig sehr gut aus, vor allen Dingen zu den Problemlagen, die Alleinerziehende haben. Wir wissen aus den derzeitigen Studien und Untersuchungen, dass die Alleinerziehenden in der Pandemie besonders von Armut bedroht sind.

Mitglieder des Netzwerks sind sowohl Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner regionaler Netzwerke für Alleinerziehende als auch Vertreterinnen und Vertreter relevanter Institutionen. Dazu gehören die BA und die freie Wohlfahrtspflege. Aber dazu gehört natürlich auch der Verband alleinerziehender Mütter und Väter.

Das Gutachten, das wir gerade zum Niedriglohnssektor vorliegen haben und das sich mit Alleinerziehenden beschäftigt, sagt, dass es gerade im Bereich der psychischen Erkrankungen schon ein Problem gibt. Dazu kommen finanzielle Einbußen

durch Kurzarbeitergeld oder auch den Wegfall eines Minijobs. Die Landesregierung hat daher beispielsweise im Rahmen der Notbetreuung auch die Möglichkeit geschaffen, Kinder von erwerbstätigen Alleinerziehenden über die Härtefallregelung zu berücksichtigen, damit man nicht auch noch seinen Job verliert, wenn man ohnehin schon relativ gering bezahlt wird.

Darüber hinaus begrüßt die Landesregierung die Maßnahmen des Bundes in diesem Bereich, also die Erleichterung beim Kinderzuschlag, die Verdopplung der pandemiebedingten Kinderkrankentage, aber auch die Ausweitung des Anspruchs auf Homeoffice. Alle diese Themen, wie auch der Kindernotzuschlag, sind unmittelbare Instrumente, die Alleinerziehenden helfen, durch diese schwierige Zeit zu kommen, und stellen einen guten Schutz vor Armut dar.

Wir wissen, dass das Thema Armutsbekämpfung vor allen Dingen damit zusammenhängt, dass die Kinder von Müttern und Vätern gut betreut und gut versorgt werden können. Daher unternimmt das Land, vor allem mein geschätzter Kollege Herr Tonne, alle Anstrengungen, um die Kinderbetreuungsangebote zu optimieren; denn wir wissen: Die beste Absicherung gegen Armut ist eine eigene Erwerbstätigkeit. - Das ist für Alleinerziehende besonders wichtig. Daher haben wir uns, unabhängig von der guten Kinderbetreuungssituation, im Rahmen der Zieldialoge mit der Arbeitsverwaltung dafür eingesetzt, dass die Gleichstellungsaspekte bei der Beratung und Vermittlung stärker berücksichtigt werden und man da auch auf die Belange der Alleinerziehenden eingeht, die sich von anderen unterscheiden.

Darüber hinaus wollen wir in der neuen EU-Förderperiode eine Maßnahme fördern, die die Situation von Alleinerziehenden am Arbeitsmarkt, beispielsweise durch Qualifizierung in Teilzeit, verbessert. Dieses Thema halten wir derzeit noch für verbesserungswürdig. Da wollen wir in der neuen EU-Förderperiode Maßnahmen fördern.

Auch wollen wir weiterhin regionale Netzwerke für Alleinerziehende unterstützen, ebenso wie Modellprojekte zur Verbesserung von Not- und Randstundenbetreuung; denn wir wissen auch, dass Alleinerziehende oft Jobs haben, die mit den üblichen Zeiten von Kinderbetreuungsangeboten in den Kindertagesstätten nicht in Einklang zu bringen sind. Da müssen wir schauen, wie wir Ansätze finden. Modellprojekte sind ja immer ein gutes Instrument, um das auszuprobieren.

Während der Corona-Pandemie stand und steht allen Frauen überdies durchgehend das mit Landes- und EU-Mitteln geförderte Beratungsangebot der 24 Koordinierungsstellen Frau und Wirtschaft zur Verfügung. Das ist sehr breitflächig über das Land Niedersachsen ausgerollt. Auch die machen eine sehr gute Arbeit und sprechen vor allen Dingen den Bereich der Alleinerziehenden immer wieder an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die dritte Frage stellt jetzt der Kollege Björn Försterling von der FDP-Fraktion.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass Kleidershops und Kleiderkammern wie Bekleidungsgeschäfte gewertet werden und damit insbesondere einkommensschwache Familien kaum Zugriff auf günstige oder kostenfreie Kleidung haben, was natürlich gerade bei Kindern, die schnell aus Dingen herauswachsen, Folgen hat: Wie plant die Landesregierung, eine Öffnung von Kleidershops und Kleiderkammern wieder zu ermöglichen?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kleiderkammern sind ja nicht durchgängig und vollständig geschlossen. Es gibt Kleiderkammern, die offen sind. Wir haben die Situation, dass sich die Kleiderkammern im Wesentlichen nicht dadurch speisen, dass sie Kleidung vom Einzelhandel bekommen, sondern dadurch, dass sie Spenden von Privatleuten bekommen bzw. dass Kleidung über die Kleidersammlung gesammelt wird. Dies funktioniert gerade natürlich nicht gut, weil wir über die Kontaktbeschränkungen die Situation haben, dass die Leute nicht mehr so viel Kleidung abgeben. Da müssen wir schauen, wie sich das entwickelt hat.

Ich bin in engem Kontakt mit den Kommunen. Sie wissen, das Thema ist Aufgabe der Kommunen. Wenn sich die Pandemie dem Ende zuneigt und

wir gucken müssen, wo wir Schwachstelle haben und wie wir sie beseitigen können, dann müssen wir uns als Land in einem großen Kraftakt mit den Kommunen die Bausteine anschauen - dazu gehören das Thema Kleiderkammer, das Thema Tafel und all die vielen karitativen Einrichtungen, die wir im Land haben und die vor allen Dingen auf Ehrenamt basieren - und prüfen, wie die Situation ist und wie wir sie stabilisieren können. Das wird eine Debatte sein, der wir uns zuwenden müssen. Ich kann Ihnen jetzt noch nicht sagen, wie das ausgehen wird. Aber dass wir diese Debatte führen müssen, ist wichtig.

Ihre Frage war, wie wir das stabilisieren. Wir können sagen: Derzeit sind nicht alle geschlossen. Ansonsten gibt es eine gute, abgestimmte ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen. Sie tun das, was sie tun können, um mit den ehrenamtlichen Vereinen dort zu helfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank. - Eine zweite Frage hat jetzt Volker Bajus von den Grünen.

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Ministerin gerade geschildert hat, wie schwer die Situation gerade für Kinder und Jugendliche in besonderen sozialen Lagen ist: Welche zusätzlichen Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um diesen Jugendlichen wieder soziale Teilhabe in den nächsten Monaten und auch über den Sommer zu gewährleisten?

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Bitte schön, Frau Ministerin!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Bajus, wir haben ja die Rahmenvereinbarung hinsichtlich der Jugend- und Verbandsarbeit. Die läuft jetzt im Grunde aus. Sie wird gerade neu erstellt und neu erarbeitet. Dies wollen wir natürlich in ähnlicher Höhe fortführen. Wir werden uns in dem Gespräch mit den Kinder- und Jugendverbandsvertretern auch anschauen, wo sie nach zwölf Monaten

schwieriger Zeit noch weiteren Verbesserungsbedarf sehen. Dann werden wir gucken, wie wir das im Rahmen unserer Haushaltsaufstellung gut hinkommen.

Ich bin wild entschlossen, dass wir das, was wir jetzt haben, fortführen und dass wir anlassbezogen gucken: Wo braucht es neue Formen der Kinder- und Jugendarbeit, die wir jetzt in der Pandemie gelernt haben? Was können wir aus dieser Krisensituation im Normalbetrieb fortführen?

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank. - Die dritte Frage für Bündnis 90/Die Grünen stellt jetzt die Kollegin Meta Janssen-Kucz.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich frage vor dem Hintergrund, dass die Fälle von Suchterkrankungen in der Corona-Pandemie zugenommen haben: Plant die Landesregierung im Hinblick auf den Doppelhaushalt, die Einrichtungen der Suchtcrankenhilfe beim weiteren Ausbau des Beratungsangebots zu unterstützen?

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Bitte schön!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Janssen-Kucz, wir gucken uns zur Vorbereitung des Doppelhaushalts gerade alle Bereiche an, natürlich auch diesen Bereich. Wir schauen uns auch an, was jetzt die Anforderungen nach zwölf Monaten Pandemie sind. Da das ein Doppelhaushalt ist, müssen wir sehr zukunftsgerichtet gucken, weil er ja zwei Jahre gilt.

Ich kann Ihnen noch keine endgültige Antwort darauf geben, was wir planen. Aber ich kann Ihnen sagen, dass wir ein besonderes Augenmerk darauf legen und dass wir im Rahmen der Vorstellung unseres Haushalts im Sozialausschuss sicherlich darüber diskutieren werden, welche Erwartungshaltung es da gibt.

Ich weiß, dass in den Verbänden und auch in der Suchtberatung das Interesse und auch die Bedarfe insgesamt durchaus groß sind; das ist klar. Das ist in der Sozialpolitik und auch in der Sozialarbeit keine Neuigkeit. Wir müssen schauen, wie wir den

Bedarfen im Rahmen der Haushaltsaufstellung gut Rechnung tragen. Herr Hilbers ist gerade nicht da.

(Zuruf: Doch! Er ist hier!)

- Da ist er. Er hört zu; das ist gut. Ich weiß, dass auch der Finanzminister ein großes Herz für Sozialpolitik hat. Daher bin ich ganz sicher, dass er da etwas machen kann.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die letzte Zusatzfrage für die SPD-Fraktion stellt Kollege Uwe Schwarz.

Uwe Schwarz (SPD):

Vielen Dank. - Vor dem Hintergrund der Frage des Kollegen Bajus zur Spitzabrechnung in Bezug auf BuT und Kindergeld frage ich die Landesregierung, ob es zutreffend ist, dass sich der Mechanismus der Spitzabrechnung bei dieser Landesregierung nicht verändert hat im Verhältnis zur Spitzabrechnung bei der rot-grünen Landesregierung.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Was hat das denn damit zu tun? - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Das sind immer diese latenten Unterstellungen! - Volker Bajus [GRÜNE]: Das haben immerhin die kommunalen Spitzenverbände gesagt! - Ulrich Watermann [SPD]: Das wäre überhaupt das erste Mal, dass ihr auf die hört!)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Die Ministerin antwortet jetzt.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das steht in der Begründung des Gesetzes!)

- Herr Bajus, wollten Sie die Antwort hören?

(Zuruf: Wenn er sie gibt!)

Danke.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Schwarz, die Abrechnung hat sich verändert, weil wir uns jetzt nach dem richten, was der Bund uns vorgegeben hat, und im Grunde nur noch die Mittel

des Bundes abrechnen. Daher gab es da eine leichte Veränderung bei der Abrechnung.

(Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE]: Ins Minus, Herr Schwarz! - Gegenruf von Uwe Schwarz [SPD]: Das System hat sich nicht geändert!)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Herr Kollege Bajus, jetzt haben Sie für Bündnis 90/Die Grünen die Gelegenheit, noch einmal nachzufragen.

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte noch eine Frage zu den Wohnungslosen stellen. Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung im Januar 2020 angekündigt hat, die Wohnungslosenhilfe im Land zusätzlich zu verstärken, frage ich die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen hat sie seitdem im Sinne der Ankündigung aus dem Jahr 2020 zusätzlich ergriffen?

Vielen Dank.

(Zuruf: Unterrichtung im Sozialausschuss vor acht Wochen! - Gegenruf: Das ist eine Maßnahme? - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Deswegen können wir es hier nicht zu Protokoll geben lassen?)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die Ministerin antwortet Ihnen.

(Unruhe)

- Frau Schütz!

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Bajus, ich finde, das ist eine berechtigte und sehr gute Nachfrage. Sie wissen, dass ich erst seit drei Monaten - nein, seit drei Wochen; es sind gefühlte drei Monate - dabei bin und 2020 noch nicht dabei war. Deshalb haben meine Leute mir das Konzept zur Verbesserung der Situation der wohnungslosen Menschen mitgegeben, das damals aufgestellt worden ist. Dieses Konzept wird konsequent umgesetzt, und das ist im Vergleich zu dem, was es vorher gab, ein erheblicher Mehrwert.

(Zuruf: Plus die Unterrichtung im Sozialausschuss!)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die letzte Nachfrage, ebenfalls für Bündnis 90/Die Grünen, kommt vom Kollegen Volker Bajus.

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass es offensichtlich - so wird es zumindest in den Medien berichtet - einen Zusammenhang zwischen der sozialen Lage von Menschen und ihrer Vulnerabilität in Bezug auf das Pandemiegeschehen gibt, frage ich: Welche soziodemografischen Daten erhebt das Land und setzt es ein, um zu einer besseren, konsistenteren Infektionsschutzstrategie zu kommen?

Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke, Herr Kollege. - Die Ministerin antwortet.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Wir setzen vor allen Dingen auf die Daten, die das RKI anhand des Sozio-oekonomischen Panels entwickelt und in weiteren Studien vervollständigt hat. Es gibt Studien in Berlin, es gibt Studien an der TU München, und das zusammen mit den Daten des RKI ist im Grunde genommen das, was wir an sozio-ökonomischen Daten verwenden.

Derzeit prüfen wir die Corona-Steuerung des Sozialministeriums, um zu klären, ob das, was sich im Modell des RKI zum Thema sozioökonomische Bedeutung zeigt - nämlich, dass die Pandemie bei den Menschen, die in Armut und in beengten Verhältnissen leben, stärker durchschlägt, und dass es nicht eine Frage der Herkunft ist, sondern eine Frage der Armut -, auch auf Niedersachsen zutrifft. Die Untersuchung läuft aktuell, die Studie dazu, und ich hoffe, dass wir Ihnen dazu auch zeitnah etwas darstellen können.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön. - Die Behandlung der Dringlichen Anfragen ist nunmehr beendet. Weitere Wortmeldungen für Fragen liegen uns nicht vor.

Wir kommen daher zu dem

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Ausbilden für die Zukunft: Jetzt überbetriebliche Ausbildung ausweiten! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8724](#)

Gleich wird uns auch eine Wortmeldung zur Einbringung vorliegen.

(Eva Viehoff [GRÜNE] begibt sich zum Präsidium)

Gemeldet hat sich Kollegin Eva Viehoff für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ausbildungsmarkt ist auch im aktuellen Beratungszeitraum weiter stark von Einschränkungen durch die Pandemie geprägt. Und so setzt sich der Trend aus 2020 fort: Erneut werden weniger Ausbildungsplätze angeboten. Da helfen auch die Appelle und Entscheidungen, die letzte Woche im Bund getroffen worden sind, wenig. Nach einer aktuellen Meldung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat die Pandemie zur Folge, dass sich jeder zehnte Betrieb bei der Ausbildung einschränken wird.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Stark betroffene Bereiche, darunter auch ausbildungsstarke Branchen wie das Gastgewerbe, der Einzelhandel oder der Tourismus, werden sich zu fast einem Viertel einschränken. Bei den Befragten haben sich diejenigen, die sich in der Ausbildung einschränken, zu 93 % dahin gehend geäußert, dass sie dies tun, da sie unsichere Geschäftsaussichten haben.

Auch 2020 ging die Zahl der Ausbildungsplätze zurück. So verzeichneten IHK und Handwerkskammer einen Rückgang um 13 %. Das sind 6 000 Ausbildungsverträge weniger als im Vorjahr.

Der Ausbildungsmarkt zeigte vorher, wie auch heute, keine Chancengleichheit. Viele Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen bleiben ohne Angebot. Gerade diese Personen im Alter von 20 bis 34 Jahren haben schlechte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Ihre Chancen sind unter der aktuellen Situation besonders schlecht.

Meine Damen und Herren, die Pandemie darf nicht dazu führen, dass wir danach noch einen größeren Fachkräftemangel haben, als er ohnehin schon besteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

6 000 Ausbildungsverträge weniger sind in Zukunft 6 000 Fachkräfte weniger. Auch wenn es den Betrieben schwerfällt, in dieser Situation auszubilden, ist es gut, jetzt auszubilden. Daher begrüßen wir den „Aktionsplan Ausbildung“ des Kultusministers ausdrücklich. Das, was dort getan wird, ist ein erster richtiger Schritt, es ist aber nicht genug. Wir brauchen mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstens. Es ist richtig, dass Betriebe, die in diesen unsicheren Zeiten Verantwortung übernehmen und zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten, eine Ausbildungsplatzprämie erhalten. Allerdings liegen die durchschnittlichen Nettokosten für einen Ausbildungsplatz im ersten Ausbildungsjahr bei ca. 8 609 Euro. Die aktuelle Prämie, die von einmalig 1 000 Euro ausgeht, ist da eindeutig zu wenig. Von daher fordern wir 600 Euro monatlich pro Ausbildungsplatz im ersten Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Prämie sollten dann ganz besonders die Betriebe erhalten, die schwächeren Jugendlichen und jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen eine Chance geben. Deshalb schlagen wir zusätzlich vor, 2 000 Ausbildungsplätze entsprechend zu fördern.

Zweitens. Einige Betriebe können zurzeit nicht ausbilden oder können Ausbildungsplätze nur verzögert besetzen. Deshalb muss das Land jetzt in die überbetriebliche Ausbildung einsteigen, in ein Ausbildungsbündnis, wie das Vorbild des Landes Bremen zeigt. Dort starten junge Menschen ihre Ausbildung überbetrieblich bei einem Träger, und es wird versucht, sie zügig in die Betriebe zu vermitteln. Übernehmende Betriebe erhalten eine Übernahmeprämie; das ist im Programm enthalten. Gelingt die Vermittlung nicht, so haben diese jungen Menschen die Chance, ihre Ausbildung beim Träger zu beenden. Wir wollen damit regional in Niedersachsen 1 000 Plätze unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass nicht immer der Wunschausbildungsplatz gerade genau um die Ecke angeboten werden kann. Auch deshalb - dabei beziehe ich mich auf die lebhafteste Diskussion im letzten Plenarsitzungsabschnitt - ist

es wichtig, dass wir endlich das 365-Euro-Ticket bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn nur so wird es uns möglich sein, die Ausbildungsmobilität deutlich zu steigern.

Meine Damen und Herren, wir können in der jetzigen Situation, über die wir heute schon den gesamten Tag diskutieren, und wenn wir uns weiterhin im Lockdown befinden, nicht sehenden Auges in eine Ausbildungsplatzkrise steuern. Wir müssen endlich mehr tun, als die Betriebe zu unterstützen! Steigen Sie in die außerbetriebliche Ausbildung ein!

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Frau Kollegin. - Jetzt kann sich der Kollege André Bock für die CDU-Fraktion bereits auf den Weg machen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

André Bock (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die von Frau Viehoff vorgenommene Beschreibung einer Ausbildungskrise mag vielleicht mit Blick auf die aktuelle Pandemie ein Stück weit zutreffen. Aber insgesamt ist das nicht der Fall. Ich sehe auch nicht, wie im Antrag dargestellt, dass wir in einer Krise der dualen Ausbildung stecken.

Gerade in diesen Tagen - heute ist der 26. März - endet die sogenannte Woche der beruflichen Bildung, die wir seit 2019 in Niedersachsen immer um diese Zeit herum durchführen. Gerade jetzt, in diesen Tagen, denken viele Jugendliche über ihre berufliche Zukunft nach und organisieren sozusagen, wohin der Weg gehen soll. Denn sie befinden sich im letzten Jahr ihrer schulischen Laufbahn. Natürlich machen sich zu diesem Zeitpunkt viele Jugendliche Gedanken darüber, wie es konkret weitergeht, oder sie wollen in Betriebe, in denen sie möglicherweise ihre berufliche Ausbildung beginnen, hineinschnuppern.

Ich habe im Januar an dieser Stelle schon einmal betont und hervorgehoben, dass gerade jetzt, in diesen Zeiten, vieles, was vor Corona stattgefunden hat, nämlich viel Berufsorientierung im Unterricht zum einen und Berufspraktika zum anderen oder auch Ausbildungsbörsen, nicht mehr oder

zumindest nicht in dem bekannten Umfang stattfinden kann, da wegen der Corona-Pandemie vieles eingeschränkt ist bzw. sich viele Ausbildungsbetriebe im Lockdown befinden. Wir müssen nur an den Bereich der Gastronomie und Hotellerie sowie an handwerkliche Betriebe denken, die Berufspraktika nicht in den bisherigen Formaten anbieten oder anbieten können.

Deswegen ist es richtig, darauf hinzuweisen, dass wir diese Jugendlichen nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Damit aber genau das nicht passiert, geschieht an vielen Stellen etwas, und zwar nicht nur seitens der Landesregierung, sondern auch seitens der Akteure, die insgesamt in der beruflichen Bildung unterwegs sind. Es gibt das Bündnis Duale Berufsausbildung. Gerade vor wenigen Tagen, Anfang März, ist das neue Online-Portal des Bündnisses Duale Berufsausbildung an den Start gegangen. Hierbei geht es speziell um Berufsorientierung sowie berufliche Bildung, darum, die Berufsorientierung in der Ausbildung zu stärken. Das ist ein Teil der 10-Punkte-Agenda von Minister Grant Hendrik Tonne, über die wir hier im Januar an gleicher Stelle gesprochen haben.

Darüber hinaus findet seit Juni letzten Jahres beispielsweise vieles im Rahmen von Förderprogrammen statt. Das ist im Antrag auch aufgeführt worden. Frau Viehoff hat das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ vom Juni des vergangenen Jahres angesprochen, dass mit 500 Millionen Euro unterlegt ist. Es wurde gerade vor wenigen Tagen seitens des Bundes auf 700 Millionen Euro aufgestockt. Dabei geht es um den sogenannten Schutzschirm für Ausbildungsplätze.

Landesseitig ist anzusprechen - das hat Frau Viehoff bereits angerissen - das Landesprogramm „Aktionsplan Ausbildung“; auch ein millionenschweres Programm.

Der vorliegende Antrag konzentriert sich aber lediglich auf drei Punkte. Frau Viehoff hat das im Grunde auf einen Punkt zusammengezogen, nämlich darauf, sozusagen das Bremer Modell in Niedersachsen einzuführen. Frau Viehoff, wenn wir über berufliche Ausbildung, über duale Ausbildung in Niedersachsen sprechen, dann müssen wir aber auch sehen, dass das Feld deutlich größer und weiter ist.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Wir reden über Berufsbildung, Frau Hamburg. Wir reden über duale Berufsausbildung und vor allem

über Berufsorientierung. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir an dieser Stelle heute nicht zum ersten Mal darüber sprechen, sondern bereits 2016 - ich habe das an dieser Stelle immer wieder betont - hier im Landtag eine breite Debatte zum Thema berufliche Bildung geführt haben. 2019 haben wir eine große Anhörung im Kulturausschuss durchgeführt. Es sind unterschiedlichste Beschlüsse - im Übrigen durch unterschiedliche Landesregierungen - gefasst und umgesetzt worden.

Seit 2014 gibt es das Bündnis Duale Berufsausbildung.

Ich erinnere an das millionenschwere Paket zur Stärkung der berufsbildenden Schulen im Rahmen des aktuellen Haushalts, worüber wir vor einiger Zeit hier gesprochen haben. Ich erinnere an die Fachkräfteinitiative Niedersachsen, die durch das Wirtschaftsministerium immer wieder nachgebessert und nachgesteuert wird.

Aber auch vor Ort finden - auch unter den Bedingungen von Corona - viele gute Dinge statt, natürlich virtuell bzw. online, auf Portalen, etwa Ausbildungsmessen, die per Videotechnik stattfinden. Bei mir im Landkreis Harburg gibt es das Projekt Matchpoint, ein Portal, auf dem Ausbildungsbetriebe und künftige Auszubildende zusammengebracht werden. Nicht zuletzt erinnere ich an das aktuelle Projekt des Wirtschaftsministeriums der sogenannten Ausbildungsbotschafter in verschiedenen Regionen. Auch hierfür wird Förderung geleistet. Dieses Projekt ist auf den Weg gebracht worden.

Frau Viehoff, wir sprechen nicht erst seit heute oder gestern darüber, dass im Bereich der Gastronomie und der Hotellerie, aber auch in handwerklichen Betrieben Vakanzen im Bereich der Ausbildungsplätze bestehen. Das war auch vor Corona schon so.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dann tun Sie doch etwas!)

Deswegen gibt es die von mir gerade beschriebenen Programme und das Bündnis für duale Berufsausbildung seit 2014,

(Zuruf von Eva Viehoff [GRÜNE])

damit wir gegensteuern können, Frau Viehoff.

(Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Probleme bestehen nicht erst seit heute, sondern schon länger. Wir gehen doch diese Probleme an, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will damit aber keineswegs sagen, dass alles gut ist. Nein! Es ist nicht alles gut. Aber ich spreche - noch mal! - nicht von einer absoluten Krise der dualen Berufsausbildung, wie Sie das gerade getan haben. Mit Verlaub, Frau Viehoff und Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dafür sind die drei Punkte, die Sie in Ihrem Antrag vorschlagen, deutlich zu wenig.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]. Dann machen Sie doch mehr daraus! Wir hätten damit keine Probleme!)

Zudem sind die meisten der Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht worden.

(Beifall bei der CDU)

Sie verkennen völlig, dass sich der gesamte Ausbildungsmarkt in den vergangenen zehn Jahren verändert hat. Ich schaue nur einmal in die Region Lüneburg: Vor zehn Jahren kamen 900 Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz gesucht haben, auf 300 Stellen. Heute hat sich das Verhältnis nahezu umgekehrt, auch weil es ein anderes Anwahlverhalten im Schulbereich gibt, etwa weil viele Schülerinnen und Schüler nach dem Abitur ein Studium anstreben und andere Dinge mehr. Aber auch das nimmt das Bündnis Duale Berufsausbildung, dass wir auch gerade deshalb auf den Weg gebracht haben, in den Blick.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Und was sagen Sie zu unserem Vorschlag?)

Es hat viele gute Handlungsempfehlungen erarbeitet, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Und was sagen Sie konkret zu unserem Vorschlag?)

- Das habe ich gerade gesagt. Sie reißen immer nur das an, meine Damen und Herren von den Grünen, Frau Hamburg, was im Grunde schon auf den Weg gebracht worden ist, statt mal Dinge anzuschieben, die jetzt dringend notwendig sind,

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Gibt es denn schon überbetriebliche Ausbildung?)

Frau Viehoff. Insofern bin ich auf die weitere Diskussion mit Ihnen im Wirtschaftsausschuss zu diesem Thema gespannt. Wir werden weiter darüber beraten. Da auch der Bereich der Bildung betroffen ist, beantrage ich an dieser Stelle die Mitberatung im Kulturausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die SPD-Fraktion erhält nun das Wort Kollege Rüdiger Kauroff.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Rüdiger Kauroff (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! „Ausbilden für die Zukunft: Jetzt überbetriebliche Ausbildung ausweiten!“ - So überschreibt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Antrag vom 9. März dieses Jahres. In Ihrem Antrag verweisen Sie auf einen Gastbeitrag im *Tagesspiegel* von Herrn Jörg Dräger, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung mit den Worten: „Noch können wir eine verlorene Generation verhindern.“

Allein diese Aussage hat mich ein bisschen nachdenklich gemacht. Ich habe mich gefragt: Was ist das denn eigentlich? - Und ich habe nachgeforscht, was sich hinter dieser Aussage von der verlorenen Generation verbirgt. Dem könnte ich einen Auszug aus einem Interview mit Kai Maaz beim RBB vom 17. Februar dieses Jahres gegenüberstellen: „Ich würde nie von einer verlorenen Generation sprechen“. Herr Maaz ist ein deutscher Bildungsforscher und seit 2013 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt „Bildungssysteme und Gesellschaft“.

Wenn man einmal nachforscht, woher der Begriff „verlorene Generation“ stammt, kommt man ganz schnell dazu, dass das ein Begriff ist, den man nach dem Ersten Weltkrieg für die Heranwachsenden benutzt hat. So viel zu Erklärung und zu dem, was mich gedanklich beschäftigt hat.

Nun aber wieder zurück zu Ihrem Antrag. Corona hat das Leben von uns allen komplett auf den Kopf gestellt. Die Pandemie hat nicht nur erhebliche Auswirkungen auf das Lernen in Schulen und Universitäten, sondern auch die betriebliche Ausbildung ist stark betroffen. Schulen und Ausbildungsunternehmen kommen zwar nach und nach zu einer neuen Normalität, aber trotzdem gibt es noch jede Menge zu tun. Während die einen Unter-

gangsstimmung verbreiten und von einer „verlorenen Generation“ sprechen, handeln andere in der Landesregierung verantwortungsvoll und bringen Maßnahmen auf den Weg.

In Ihrem Antrag haben Sie auch Punkte aufgezählt, die ich für diskussionswürdig halte. Ich kann nicht allem zustimmen, aber man kann über alles reden, so z. B. auch über die von Ihnen geforderte Ausbildungsprämie von 600 Euro monatlich oder aber darüber, dass die Ausbildungsgesellschaften für überbetriebliche Ausbildung finanziell gefördert werden. Wir befinden uns hier in der ersten Beratung, und Ihr Antrag wird in den dafür zuständigen Wirtschaftsausschuss überwiesen werden. Dort werden wir noch die Möglichkeit haben, uns ausgiebig darüber zu unterhalten.

Wir möchten ebenfalls die überbetriebliche Ausbildung stärken. Die Landesregierung von SPD und CDU ist in ihrem Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode auch darauf eingegangen. Wenn ich an den Punkt 3 Ihres Antrages denke, das 365-Euro-Ticket, kann ich Ihnen sagen, dass das Wirtschafts- und Kultusministerium bereits im Herbst des letzten Jahres ein Grobkonzept für preisreduzierte Schülertickets zur bedarfsgerechten Nutzung des straßengebundenen ÖPNV vorgestellt haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ganz kurz daran erinnern, dass meine Kollegin Frau Dr. Liebethuth dies im letzten Plenum zum Tagesordnungspunkt 24 ausführlich ausgeführt hat.

Ich freue mich auf eine lebhafte Diskussion mit Ihnen im Wirtschaftsausschuss. Wir werden dann auch sehen, was sich im Haushalt für die nächsten zwei Jahre finanziell abbilden lassen wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Kollege Kauroff. - Für die FDP-Fraktion erhält das Wort der Kollege Jörg Bode.

Jörg Bode (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP ist den Grünen für diese Initiative und die Einbringung dieses Antrages dankbar. Das sage ich, obwohl der Kollege Bock sehr viel Richtiges gesagt hat, dem ich zustimme. Natürlich steckt nicht die duale Ausbildung in einer Krise. Aber wir müssen doch zugeben und auch öffentlich darüber diskutieren, dass gerade die jungen Menschen, die sich nun aktuell in der dua-

len Ausbildung befinden oder auch diejenigen, die demnächst aus der Schule in die duale Ausbildung wechseln werden, durch die Corona-Pandemie vor einer ganz enormen Herausforderung stehen und es hier ganz viele Probleme gibt, die man sich genau anschauen muss.

Genauso haben diejenigen, die heute ausbilden, Probleme; denn sie sind von den Corona-Verordnungen der Landesregierung oder auch von dem Infektionsschutzgesetz betroffen und erleben enorme Einschränkungen in den Betriebsabläufen - bis hin zu Betriebsschließungen. Das sind enorme Schwierigkeiten und Herausforderungen, um die Mission Ausbildung, der sie sich immer vorbildlich gestellt haben, vernünftig zu Ende zu führen. Deshalb finde ich es gut und richtig, dass wir das hier diskutieren.

Natürlich deckt der Antrag der Grünen nicht vollumfänglich alle Problemlagen ab. Ich sage das mal als ein Verfechter des 365-Euro-Azubi-Tickets. Die FDP hat in den letzten Jahren in ihre Haushaltsentwürfe auch immer die Mittel dafür eingestellt. Es ist natürlich weit hergeholt, das hier jetzt noch mit reinzunehmen. Die Forderung ist gleichwohl richtig. Ich glaube, wir können das Thema „Probleme bei der Ausbildung“ mit der Großen Koalition besser diskutieren und andere Lösungen und Alternativen finden, sollten aber diesen Problembereich separat diskutieren und davon losgelöst betrachten. Ich glaube, das wird der Dimension dieses Themas besser gerecht.

Ich würde auch dringend an die Große Koalition appellieren, dies nicht im Ausschuss mit einer 08/15-Fünfminutenberatung abzutun,

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

sondern wirklich intensiv in die Beratung mit uns einzusteigen, eine Anhörung zu machen und zu überlegen: Welche Probleme haben wir, und wie können wir sie lösen? Denn wir haben diese Probleme in jedem Jahrgang, der vor dem Übergang in eine andere Stufe oder in ein anderes System steht. In der letzten Zeit haben wir immer sehr viel über Schule und über Bildung diskutiert. Das ist auch richtig, dort gibt es die großen Probleme. Aber bei der Ausbildung ist das natürlich auch so.

Ja, die Programme des Kultusministeriums und auch des Bunds zu der Frage, wie man die Ausbildungsbetriebe finanziell unterstützen kann, damit Ausbildung weitergeführt werden kann, sind richtig. Sie sind auch gut. Ich glaube auch, dass überbe-

triebliche Ausbildungssysteme - vielleicht auch nur temporär zur Überwindung der Coronakrise - ein Instrument sein können. Ich glaube aber nicht, dass es das allein Seligmachende oder die alleinige Lösung ist. Deshalb sollte man es auch nicht überbewerten. Das müssen wir aber gemeinsam - auch mit den Kammern und mit den Verbandsvertretern - diskutieren: Was sind die Ansatzpunkte, die hier tatsächlich helfen?

Denn neben der finanziellen Frage gibt es ja auch die Frage der inhaltlichen Qualität. Bitte führen Sie sich vor Augen: In vielen Bereichen, gerade auch beispielsweise in der Hotellerie, waren die Auszubildenden noch anwesend, obwohl keine Gäste und Kunden mehr da waren und die anderen Mitarbeiter alle in Kurzarbeit geschickt worden sind. Sie waren noch mit dem Betriebseigentümer - bei familiengeführten Unternehmen - die Letzten, die sozusagen das leere Hotel bewacht haben.

Ich sehe das auch bei uns in der Fraktion. Die CDU wird das vielleicht auch sehen. Sie bilden als Fraktion ja auch aus - oder haben zumindest ausgebildet. Wenn man heutzutage Praktikanten oder Auszubildende in den Betriebsräumen oder auf den Fraktionsfluren sieht, die vor den leeren Büros der Mitarbeiter stehen, und es keine Sitzungen mehr gibt, an denen sie teilnehmen können, tränen einem die Augen, und man bekommt ein schlechtes Gewissen. Was ist sozusagen der inhaltliche Input, den wir in diesem System den jungen Menschen geben - egal, ob es Praktika oder Ausbildungen betrifft? Das ist doch nur noch ein Bruchteil von dem, was sie eigentlich lernen sollten, worauf sie sich gefreut haben und was wir ihnen auch weitergeben wollten. Auch da müssen wir überlegen: Wie kommen wir zurecht?

Das ist das Gleiche wie bei der Schule. Man kann nicht einfach sagen: Wir machen ein Jahr mehr. - Das gesamte System, die gesamten Übergänge sind natürlich nicht darauf eingestellt. Deshalb finde ich es richtig, dass wir uns neben dem bisher schon immer diskutierten Bereich Schule auch wirklich intensiv - auch parteiübergreifend - über das Thema Ausbildung austauschen. Wir sind jedenfalls dazu bereit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Herr Kollege Bode. - Ihre Restredezeit möchte jetzt Frau Kollegin Eva Viehoff für Bündnis 90/Die Grünen nutzen.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bode, herzlichen Dank für die Darstellung der Situation. Wir hatten hier in Niedersachsen schon vor Corona eine schlechte Angebot-Nachfrage-Relation. Jetzt, in dieser Situation, unter der die Betriebe leiden - sie sind zu, wir sind in einer dritten Welle -, können sie sich letztendlich gar nicht vorstellen, wie sie ab 1. August ausbilden können. Dafür brauchen wir eine Lösung, damit wir die Fachkräfte, die wir im Tourismus, im Gaststättengewerbe, im Einzelhandel alle brauchen werden, auch ausbilden und am Ende nicht dastehen und sagen: Huch, was ist denn da passiert? - Nein, da kann überbetrieblich agiert werden.

Von daher freue ich mich darauf, wirklich gut zu diskutieren. Wir stehen natürlich auch anderen Vorschlägen offen gegenüber. Es ist ja nicht so, dass wir sagen: Nur dieses und nichts Anderes! - Das können wir gerne im Ausschuss diskutieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Frau Kollegin Viehoff.

Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen können.

Der Kollege Bock hat noch zusätzlich beantragt, den Kultusausschuss zu befassen.

Federführend soll aber der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sein; ebenfalls mitberaten soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer sich so entscheiden möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? Dies ist nicht der Fall. Dann haben Sie einstimmig so entschieden.

Wir kommen zu dem

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Eine Perspektive für Bildung und soziales Miteinander - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8862](#)

Zur Einbringung hat sich Kollege Björn Försterling gemeldet.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt knapp ein Jahr her: Seit Mitte März 2020 ist für Kinder und Jugendliche in unserem Land nichts mehr so wie vorher. Spielplätze wurden abgesperrt. Kindertagesstätten wurden geschlossen. Für die Schulen gab es vorgezogene Osterferien. Kindergeburtstage durften nicht mehr gefeiert werden, und Freunde durfte man auch nicht mehr treffen. Häusliche und soziale Isolation einer ganzen Generation war die Folge.

Sehr schnell war allen klar: Dieses schlagartige Ende des bisherigen Lebens und die folgenden Einschränkungen bleiben insbesondere für Kinder und Jugendliche nicht ohne psychische Folgen. Die COPSYS-Studie benennt als Folge vermehrte Angststörungen und psychische Auffälligkeiten, insbesondere übrigens bei den Kindern und Jugendlichen, die eigentlich eine erhöhte Unterstützung nötig hätten: Kinder, die auf beengtem Raum leben, Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder aus einkommensschwachen Familien und Kinder von Eltern mit einem niedrigen Bildungsabschluss.

Übereinstimmend haben vor gut einem Jahr alle Politiker gesagt, dass sich solch eine Einschränkung von Freiheit und Bildung für die junge Generation nicht wiederholen dürfe, sie aber in diesem Fall zum Schutz der vulnerablen Gruppen notwendig sei.

Getan hat sich in der Folge allerdings viel zu wenig. Viele Schülerinnen und Schüler kamen erst drei Monate später wieder in die Schule, dann waren Sommerferien, und spätestens ab den Herbstferien nahm die Anzahl der Kita- und Schulschließungen wieder zu, und in den Kreisen mit einer Inzidenz über 100 sind die Schüler seit Mitte Dezember wieder zu Hause. Absehbar ist aktuell bei gleichbleibenden Regelungen, dass Kitas landesweit wieder in die Notbetreuung und die Schulen in Szenario C gehen werden - und das, obwohl

der Kultusminister nach wie vor behauptet, dass Kitas und Schulen kein Ort des Infektionsgeschehens seien. Die aktuellen Infektionszahlen und die Erfahrungen aus anderen Ländern sprechen eine andere Sprache.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Leider ja!)

Herr Minister Tonne, eigentlich ist es Zeit, dass Sie endlich zugeben, dass diese Behauptung von Ihnen lediglich eine Schutzbehauptung ist, um Ihre Untätigkeit in den letzten Monaten zu rechtfertigen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen den Kindern und Jugendlichen, ihren Eltern, den Familien im Land wieder eine Perspektive geben. Und ja, diese Perspektive muss inzidenzunabhängig sein.

Was ist dafür notwendig?

Geben Sie den Widerstand gegen saubere Luft in Kitas und Klassenzimmern auf! Überall im Land setzen sich SPD- und CDU-Landtagsabgeordnete für die Beschaffung technischer Unterstützung ein. Eine SPD/CDU-Landesregierung könnte ihren eigenen Abgeordneten auch einmal folgen.

Setzen Sie auf eine Teststrategie, die einen tatsächlichen Schutz in den Schulen ermöglicht! Dazu gehören eine tägliche Testung und Teilnahme am Unterricht nur nach einem negativen Test. Kein Test ist kein negativer Test. Insofern sind wir für eine Testpflicht. Eine Testung in der Schule, nachdem die Schülerinnen und Schüler im ÖPNV unterwegs waren, vor der Schule und auf dem Schulhof ihre Freunde getroffen haben und dann gemeinsam in die Lerngruppe gegangen sind, ist nicht nur unsinnig, sondern birgt auch die Gefahr einer Stigmatisierung von positiv getesteten Schülerinnen und Schülern. Herr Minister, überdenken Sie diese Teststrategie!

(Beifall bei der FDP)

Setzen Sie auch hier auf technische Lösungen! Bauen Sie diese Tests oder Apps wie Luca oder PassGo in die Bildungscloud mit ein und implementieren Sie sie dort! In der Folge könnten Sie, darauf basierend, mehr Freizeit-, Sport- und Jugendhilfeangebote für die Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen ermöglichen, im Übrigen auch für die über 14-jährigen Jugendlichen, die Sie bisher komplett außer Acht lassen.

Die Perspektive muss über die Sommerferien hinausgehen. Wir benötigen kurzfristig die Anpassung

der Kerncurricula für alle Jahrgänge. Wir brauchen die Entwicklung von Angeboten für die Ferien. Wir brauchen endlich die volle Digitalisierung der Kerncurricula. Insbesondere brauchen wir mehr Zeit für die Schülerinnen und Schüler. Deswegen wollen wir den Klassenlehrern ab dem kommenden Schuljahr zwei Verfügungsstunden zur Verfügung stellen - nicht nur für die Aufarbeitung von Bildungsdefiziten, sondern auch - insbesondere in der ersten Phase - für die Aufarbeitung der psychischen und physischen Folgen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung.

(Beifall bei der FDP)

Aus unserer Sicht ist es Zeit, erneut über die Abwägung zwischen Bildung und Gesundheitsschutz zu sprechen. Zum Gesundheitsschutz der Kinder und Jugendlichen gehört eben auch, die Befunde über die deutliche Zunahme von Entwicklungsdefiziten und psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen und Lösungen zu entwickeln, statt auf Verbote und Beschränkungen zusetzen.

Wilhelm von Humboldt sagte einmal:

„Denn der isolierte Mensch vermag sich ebenso wenig zu bilden als der in seiner Freiheit gewaltsam gehemmte.“

Wir haben den Auftrag, uns endlich intensiver um die Folgen für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land zu kümmern.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke vielmals, Kollege Försterling. - Für die CDU-Fraktion erhält Kollege Lasse Weritz das Wort.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Lasse Weritz (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Försterling, ich muss ehrlich sagen, ich habe mich über Ihren Antrag wirklich gefreut. Warum? - Weil er vieles, was die regierungstragende Koalition fordert, aufnimmt und heute zur Diskussion stellt und im Übrigen auch vieles von dem, was das Kultusministerium schon macht, aufgreift.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Eben nicht!)

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen - Frau Hamburg, auch Sie wissen das -, war die letzte Woche die Testwoche, wie an unseren Schulen getestet werden kann und wie die Tests umgesetzt werden können.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Die jetzige Woche!)

Der Kultusminister hat bereits angekündigt, dass die erste Ferienwoche in seinem Haus dafür genutzt wird, diese Woche zu reflektieren. Wir sind uns, glaube ich, darin einig, dass diese Woche durchaus verbesserungswürdig ist. Das räumen wir auch absolut ein. Die Testkits wurden von Süden nach Norden verschickt. Wie Sie wissen, komme ich aus dem Landkreis Cuxhaven. Viel nördlicher geht es in Niedersachsen nicht, weil dann nur noch Wasser kommt. Gefühlt sind da vielleicht auch schon ein paar Testkits angekommen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Aber wenn erst am Freitagmorgen die Testkits in der Schule ankommen, ist es natürlich ein bisschen schwierig, noch Ergebnisse zu erzielen, die man sich in der nächsten Woche genauer angucken kann. Wenn man auf private Unternehmen setzt, kann das passieren. Insgesamt sind 1,6 Millionen Testkits verschickt worden.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Drei Viertel der Testkits können ausgewertet werden und können jetzt auch zu Ergebnissen führen.

Meine Damen und Herren, wir sind uns hoffentlich darin einig, dass wir immer noch - - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Einen kleinen Moment, Herr Weritz! - Es ist viel, viel zu laut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lasse Weritz (CDU):

Frau Präsidentin! Natürlich ist es auch so, dass wir uns immer noch in dem Feld zwischen dem Gesundheitsschutz der Kinder auf der einen Seite und dem Recht auf Bildung und den Besuch der Bildungseinrichtungen auf der anderen Seite befinden.

Herr Försterling, ich hoffe, wir sind uns darüber einig, dass wirklich gute Bildung vor allen Dingen im Präsenzunterricht in unseren Schulen gewähr-

leistet werden kann. Damit wir das hinbekommen, ist es so wichtig, dass wir die Schülerinnen und Schüler mit negativen Testergebnissen ausstatten können. Denn wer möglichst viel Präsenz ermöglichen will, der braucht eine sehr hohe Testquote, um die Chance dafür zu eröffnen, dass die Bildungseinrichtungen wieder besucht werden.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE] meldet sich zu Wort)

- Frau Präsidentin, wenn Frau Hamburg - - -

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Ich habe es gesehen.

Lasse Weritz (CDU):

Als Lehrer weiß ich, dass die, die schnippen, unbedingt etwas sagen wollen. Ich glaube, das ist bei ihr der Fall.

(Heiterkeit)

Ich würde die Zwischenfrage zulassen.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Ich wollte Sie schon fragen, ob Sie die Zwischenfrage von Frau Kollegin Hamburg zulassen. Aber das kann man erst machen, wenn der Redner den Satz zu Ende gesprochen hat.

Lasse Weritz (CDU):

Ach so. - Aber immer!

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Frau Kollegin Hamburg, Sie dürfen jetzt eine Zwischenfrage stellen.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Weritz, ich gestehe freimütig, dass das bei mir auch schon in der Schule der Fall war.

Lasse Weritz (CDU):

Sehen Sie!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Ich möchte Sie vor dem Hintergrund, dass Sie die Notwendigkeit betont haben, dass viele Leute an den Tests teilnehmen und wir wirklich viele Beteiligte haben, fragen, was Sie zu der Aussage des Kollegen Nacke sagen, dass mit der CDU-Fraktion eine Testpflicht in Niedersachsen auf keinen Fall zu machen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lasse Weritz (CDU):

Frau Hamburg, die Antwort hat Ihnen der Kollege Nacke vorhin doch selber gegeben. Deswegen bin ich über die Frage erstaunt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Der Kollege Nacke hat dafür geworben, eine möglichst hohe Freiwilligkeit bei den Tests hinzubekommen, und der Kollege Nacke hat dafür geworben, da Dinge zu ermöglichen, wo Tests gemacht sind, aber keine Pflicht einzuführen, sondern dafür zu werben, dass die Tests wichtig sind und dass die Tests richtig sind. Es ist hoffentlich nachzuvollziehen, dass das in Schule - da sind wir, glaube ich, alle beieinander - und im Übrigen auch bei Mallorca-Flügen und allem anderen ein Weg ist, den man gehen muss.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück zu unseren Bildungseinrichtungen. Ich war an dem Punkt stehengeblieben: Wir brauchen die Tests, damit möglichst viel Präsenzpflicht bestehen kann, damit möglichst viel Präsenz stattfinden kann, damit viel Sicherheit für die Kinder besteht und damit wir wieder mehr soziale Kontakte der Kinder und Jugendlichen ermöglichen können.

Herr Försterling, dafür sind mit Sicherheit viele Ansätze, die Sie in Ihrem Antrag dargelegt haben, genau die Themen, denen sich der Kultusminister mit dem Kultusministerium in der nächsten Woche stellen muss.

Ich sage Ihnen ganz offen: Sie haben auch viele Selbstverständlichkeiten in den Antrag geschrieben. Sie fordern, dafür Sorge zu tragen, dass Schülerinnen und Schüler mit einem positiven Test unverzüglich einen PCR-Test machen müssen. Darin sind wir uns wirklich einig;

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

denn das ist in der Verordnung so vorgeschrieben. Ich bin Ihnen natürlich sehr dankbar, dass Sie das auch noch in Ihren Antrag geschrieben haben. Ob wir das wirklich an dieser Stelle gebraucht hätten oder ob wir uns hier nicht teilweise über Selbstverständlichkeiten unterhalten, mögen Sie und ich unterschiedlich bewerten.

Meine Damen und Herren, für uns ist wichtig, dass wir, wenn wir ein Ergebnis der Auswertung haben, im Kultusausschuss darüber sprechen. Wir sind uns - damit möchte ich schließen, Frau Präsidentin - darüber einig, dass wir möglichst viel testen

müssen und dass wir uns auch darüber unterhalten müssen, dass wir in Hotspots mit vielen Infizierten zum Schutz der Kinder auch weiterhin Schulen schließen und in die jeweiligen Szenarien - im Notfall sogar in das Szenario C - gehen müssen.

Aber, meine Damen und Herren - ich hoffe, das kann die Teststrategie bewirken -, wir müssen endlich raus aus diesem Hin und Her. Wir brauchen Planbarkeit; denn eines muss auch klar sein: Bei vielen Eltern hier in Niedersachsen, die im Moment beim Homeschooling unterstützen und helfen, ist der Akku jetzt wirklich leer. Wir müssen dafür sorgen, dass der Akku auch wieder aufgeladen werden kann. Die Teststrategie des Kultusministers und des Ministeriums ist mit Sicherheit ein Weg, da mehr zu schaffen und mehr Präsenzunterricht in unseren Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke schön, Kollege Weritz. - Jetzt erhält für Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Hamburg das Wort.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Weritz, lassen Sie mich zu Beginn sagen, dass FDP und Grüne Wichtigeres zu tun haben, als Dinge zu beantragen, die sich ohnehin schon erledigt haben. Es stimmt: Was Herr Försterling in dem Antrag ausführt, sind keine neuen Ideen. Wir fordern sie seit Monaten ein. Aber sie kommen halt schlichtweg nicht. Deswegen müssen wir sie hier immer wieder nach vorne stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich bin Herrn Försterling sehr dankbar; denn dass wir gerade die sozialen Komponenten von Schulschließungen viel stärker in den Blick nehmen müssen, ist auch im Sonderausschuss „Corona“ - Herr Siebels, Sie werden sich vielleicht erinnern - mehrfach auf die Tagesordnung gekommen. Denn eine der frappierenden Erkenntnisse, die wir festhalten müssen, ist: Jugendliche und Schülerinnen und Schüler allgemein leiden ganz unterschiedlich unter dieser Corona-Pandemie.

Deshalb ist es entscheidend, bei Stufenplänen und auch der Schließung von Einrichtungen unbedingt mitzudenken, dass wir kein Kind aus dem Blick verlieren dürfen und den Kindern Begleit- und Lernangebote machen müssen, damit wir sie im Blick behalten können. Das ist ganz zentral und in der Corona-Krise - das müssen wir doch selbstkritisch feststellen - bislang unzureichend gelungen. Deswegen bin ich Herrn Försterling sehr dankbar, dass er das mit diesem Antrag erneut aufgreift.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Herr Weritz, ich möchte Ihnen gerne etwas zum Thema Testpflicht sagen, weil mich Ihre Ausführungen dazu nachgerade verunsichern. Wir alle in diesem Haus sagen, dass gerade die Bildung absolute Priorität genießt. Aber seit Monaten schließen wir die Bildung für Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen aus. Wir schließen die Schulen. Sie sind im Szenario C. Die Schülerinnen und Schüler erfahren somit überhaupt keinen Präsenzunterricht.

Da müssen Sie mir mal erklären, warum die Testpflicht ein schwererer Eingriff sein soll als der Ausschluss aus der Bildung!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Das kann ich nicht verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Testen im vorderen Nasenraum oder ein Spucktest ist doch nicht ansatzweise ein so schwerwiegender Eingriff wie die Einschränkungen der Freiheitsrechte, die wir derzeit erleben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss ich hier so deutlich sagen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Verändern Sie da Ihre Position, und verlassen Sie diesen Irrweg! Er führt uns in eine vollkommen falsche Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Weritz, Sie sagen, dass es eine absurde Forderung von Herrn Kollegen Försterling sei, den Schülerinnen und Schülern umgehend einen PCR-Test zur Verfügung zu stellen. Auch dazu möchte ich Ihnen etwas sagen: Vielleicht haben Sie diese Odyssee noch nicht erlebt. Aber finden Sie erst mal die Möglichkeit, kurzfristig einen PCR-Test zu machen und dann auch noch kurzfristig ein Ergebnis zu bekommen!

Herr Weritz, mit Blick auf die Schulen reden wir doch gerade darüber, dass das Konsequenzen für die Klassen hat, die in Quarantäne gehen müssen. Denn das muss durch positive Schnelltests eben nicht stattfinden. Deswegen ist es vollkommen richtig, dass Herr Försterling das in diesen Antrag schreibt. Denn wir müssen die Frage beantworten, wie hier in Schulen zügiger verfahren werden kann, gerade weil so viele Schülerinnen und Schüler und andere Menschen in Schulen zusammenkommen.

Darüber hinaus möchte ich deutlich machen, dass ich es sehr wichtig finde, dass Herr Försterling auch die schulische Sozialarbeit, die Schulpsychologie und auch den Raum für die Pandemiebewältigung anspricht; denn auch das kommt bei der Landesregierung derzeit viel zu kurz. Wir reden darüber, welche Fächer unterrichtet werden müssen und welche nicht und darüber, wie wir Lernrückstände aufholen können. Aber viel zu kurz kommt die Frage - die sich stellt, wenn Schülerinnen und Schüler zurückkommen -: Wann gibt es Zeit, um das miteinander zu bearbeiten, es zu reflektieren und es irgendwann auch hinter sich lassen zu können? - Insofern möchten wir uns dem absolut anschließen. Auch das fordern wir bereits seit Monaten ein.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag ist mitnichten überholt. Vielmehr ist er eine Chance, dass wir in Niedersachsen in einigen Fragen endlich einmal in die Vorhand kommen. Deswegen freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Danke sehr, Frau Kollegin Hamburg. - Jetzt erhält der Kollege Christoph Bratmann für die SPD das Wort.

Christoph Bratmann (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Försterling, die Analyse, die Sie zum Einstieg angestellt haben, teilen wir alle. Auch ich teile sie durchaus. Es ist völlig klar, dass wir unseren Kindern und Jugendlichen im Zuge dieser nunmehr gut ein Jahr währenden Corona-Pandemie eine ganze Menge zugemutet haben.

Man muss auch sagen, dass es - um es positiv zu formulieren - bemerkenswert ist, mit welcher Geduld und oft auch mit welchem Verantwortungsbewusstsein die Kinder und Jugendlichen diese Situation ertragen und wie gut und oft auch kreativ sie mit ihr umgehen - manchmal besser als Erwachsene, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Ich glaube, wir alle - viele von uns sind Eltern, manche vielleicht schon Großeltern, andere sind Onkel oder Tante - erleben das selbst in der Familie. Wir erleben es in Gesprächen, wenn wir Kontakt mit Schulen haben.

Diese Woche ist im Übrigen die Woche der beruflichen Bildung. Auch hier gab es - auf digitalem Wege - Kontakt zu Lehrkräften und Jugendlichen. Alle sehnen das Ende der Pandemie herbei. Auch da sind wir uns, glaube ich, alle einig.

Wir wissen aber, dass wir im Zuge dieser Pandemie und natürlich auch nach ihrem Ende - auch da hat der Kollege Försterling recht - einiges aufzuarbeiten haben.

Wir müssen zusehen, dass wir in den Präsenzunterricht kommen! Auch das wurde schon deutlich gemacht. Das Homeschooling, welches heute deutlich besser funktioniert als noch vor einem Jahr - das sieht man an der Zahl der Zugriffe auf Onlineplattformen wie die Niedersächsische Bildungscloud und IServ -, ist mittlerweile zur Regel und auch zur Routine an den Schulen geworden. Liebe Kollegin Hamburg, von daher kann ich Ihre Einschätzung nicht teilen, dass keine Bildung stattfindet, wenn kein Präsenzunterricht stattfindet.

Gleichwohl sind der Präsenzunterricht und das soziale Miteinander in der Schule und natürlich auch in den Kitas wesentlich wichtiger als das, was im Homeschooling stattfindet, was die Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler angeht.

(Zustimmung bei der SPD – Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Deswegen muss das Ziel sein, nach den Osterferien wieder ins Szenario B zu gehen, mit einer vernünftigen Teststrategie, die jetzt in der sogenannten Testwoche des Testens - aus meiner Sicht ganz ordentlich - angelaufen ist.

Was das Testen angeht: Ich bin für Verbindlichkeit beim Testen. Ganz klar: In Schule brauchen wir Verbindlichkeit. Ich denke, da bin ich mit dem Kul-

tusminister durchaus einer Meinung. Ich glaube, auch in der SPD-Fraktion gibt es eine Mehrheit dafür, zu sagen: Wir brauchen Verbindlichkeit beim Testen in Schule! Das darf nicht nur auf Freiwilligkeit basieren!

Wir erleben aber auch, dass Lehrkräfteverbände sich sehr dagegen wehren. Ich glaube, es ist wichtig, da Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir müssen die nächsten Wochen dazu nutzen, diese Überzeugungsarbeit zu leisten und auf diesem Weg zu mehr Verbindlichkeit zu kommen.

Denn solange die Infektionszahlen noch so hoch sind, solange nicht alle Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher durchgeimpft sind und - ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, der aber manchmal unter den Tisch fällt - solange noch kein Impfstoff für Kinder und Jugendliche freigegeben ist, müssen wir versuchen, sehr verantwortungsbewusst im Szenario B mit verbindlichen Tests am Morgen durch diese Situation zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann aus Gesprächen mit Lehrkräften und Schulleitungen nur berichten, dass die Tests in dieser Woche ganz gut angenommen wurden und auch funktioniert haben und dass Bedenken, die z. B. die Gewerkschaft GEW, der auch ich angehöre, hatte, durchaus zerstreut werden konnten.

Meine Tochter - Fünftklässlerin, elf Jahre alt - hat mir gesagt: Papa, das war schon ziemlich strange, mit der ganzen Klasse zusammensitzen, ein Stäbchen in die Nase zu führen und dann in Flüssigkeit einzutauchen. Alle hatten irgendwie Angst, dass jemand positiv getestet wird. - Gott sei Dank wurde niemand positiv getestet. Sie hat dann noch angefügt: Aber die gesamte Situation ist ja auch strange. - Da hat sie recht. Damit hat sie beschrieben, in welcher Lage wir uns gerade befinden. Die gesamte Situation ist „strange“ - um es in Jugendsprache zu sagen -, und sie erfordert besondere Lösungen. Das Testen in Schule ist solch eine besondere Lösung. Wir alle hätten uns nicht erträumt, dass wir das einmal miterleben müssen.

Was wir nicht brauchen - und das ist die Kritik an der Einbringung -, ist Symbolpolitik und Populismus, lieber Kollege Försterling. Das Thema Luftreiniger haben wir hier schon rauf und runter diskutiert. Nein, der Kultusminister hat nichts gegen saubere Luft in Schulen - ganz im Gegenteil -, auch die SPD-Fraktion nicht. Aber Luftreiniger machen Räume nicht nutzbar, die nicht belüftbar sind. Sie sind nur in Räumen einzusetzen, in denen es ohnehin möglich ist, über Fenster zu lüften. Dort kön-

nen sie eine Ergänzung sein. Sie sind aber nicht die einzige Lösung des Problems. Es ist wirklich Symbolpolitik, immer wieder das Thema Luftreiniger zur Sprache zu bringen. Im Übrigen können Schulträger und Schulen sich auch Luftreiniger aus dem Corona-Hilfspaket besorgen.

(Glocke der Präsidentin)

Außerdem hat der Kultusminister nie behauptet, dass Schulen kein Ort des Infektionsgeschehens seien. Er hat gesagt - und das ist auch meine Einschätzung -: Die Schulen in Niedersachsen haben sich bisher nicht als Pandemietreiber erwiesen. - Das ist ein Unterschied. Das Virus macht aber kein Bogen um unsere Schulen, und wir wissen nicht, wie sich das mit den Virusmutationen entwickelt. Das muss man auch einmal klarstellen. Es gibt eine dreistellige Anzahl an Studien über die Verbreitung des Coronavirus bei Kindern und Jugendlichen. Man kann sich da das Beste herausuchen. Das zeigt natürlich auch, wie groß die Verwirrung in diesem Bereich ist.

Ich bin aber ganz froh, dass wir es nicht so gemacht haben wie in Nordrhein-Westfalen. Die haben sich eine Studie herausgesucht, die gesagt hat: „Das Virus wird bei Kindern und Jugendlichen kaum verbreitet“, und vor gut einem Dreivierteljahr haben sie die Schulen wieder in Vollast geöffnet.

Wir in Niedersachsen waren sehr vorsichtig und haben im Zweifelsfall immer auf das Wechselmodell gesetzt, auf das Szenario B, um Abstände zu gewährleisten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, mit der Teststrategie sind wir da auf einem guten Weg.

(Glocke der Präsidentin)

Ein ganz wichtiger Aspekt ist allerdings - da bin ich der FDP durchaus dankbar - die Tatsache, dass wir gemeinsam mit den Verbänden der Kinder- und Jugendarbeit und der örtlichen Jugendhilfe natürlich dafür sorgen müssen, dass die Kollateralschäden - wenn man das so sagen will - aufgearbeitet werden, dass für Kinder und Jugendliche möglichst schon in diesen Sommerferien wieder das soziale Miteinander, möglichst auch in Ferienfreizeiten - wenn es geht, mit Übernachtung -, gewährleistet wird.

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Jetzt der letzte Satz, Herr Kollege!

Christoph Bratmann (SPD):

Die Sozialministerin Daniela Behrens ist in Gesprächen, um das aufzufangen.

Ich glaube, man muss auch einmal all den Ehrenamtlichen Danke sagen, die in Sportvereinen, in Glaubensgemeinschaften - - -

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Sie müssten jetzt zum Ende kommen, Herr Kollege!

Christoph Bratmann (SPD):

Ja, gerne!

(Heiterkeit)

Am Ende ist, wie gesagt, all den Ehrenamtlichen Danke zu sagen, die in Sportvereinen, bei der Feuerwehr, bei den Glaubensgemeinschaften gerade sehr kreativ und manchmal auch digital dafür sorgen, dass trotz allem Jugendarbeit stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne: Ich freue mich auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Jetzt hat sich Kollege Lasse Weritz für die Restredezeit der CDU gemeldet.

Lasse Weritz (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Ich dachte, ich hätte es eben schon deutlich genug gemacht, aber ich will Ihnen, Frau Hamburg - Sie haben es ja noch einmal aufgegriffen -, die Frage, warum wir es eben doch ein bisschen anders sehen als sie, gerne ausgebig beantworten.

Die Politikberatung des Kollegen Bratmann hat ja eben sehr nachvollziehbar gezeigt: Die ganze Situation ist ein bisschen „strange“ und ein bisschen verrückt. Das sieht nicht nur die Tochter des Kollegen so. Ich glaube, das sehen sehr viele Kinder und sehr viele Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen so.

(Glocke der Präsidentin)

Wir sind der festen Überzeugung, dass mit der Entwicklung der Lollitests - wie sie ja heißen - auch kinderfreundlichere Tests, als sie heute zur Verfügung stehen, kommen. Wir sind auch der festen Überzeugung, dass es besser ist, den Anreiz zu schaffen und die Kinder und auch die Eltern mit

modernen, einfachen und kindgerechten Tests zu ermutigen und nicht mit der Keule staatlichen Zwangs zu kommen und zu sagen: Wenn ihr den Test nicht macht, dürft ihr nicht mehr in die Schule gehen.

Im Übrigen, Frau Hamburg: Wir reden hier die ganze Zeit über die, die es besonders schwer haben, über die, die in der Corona-Zeit am meisten leiden. Ich sage Ihnen: Das wären dann die, die dann nicht mehr in die Schule dürften, weil sie zu Hause nicht getestet würden.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dann testet man sie in der Schule!)

Das ist etwas, was mit uns in dieser Form eben nicht zu machen ist.

(Glocke der Präsidentin)

Vielleicht unterscheidet uns das an dieser Stelle.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Fragen Sie mal Ihre Kollegen in Sachsen, wie die das machen! Die führen das doch durch!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch:

Vielen Dank, Herr Kollege Weritz.

Jetzt haben wir keinen weiteren Wortmeldungen und kommen zur Ausschussüberweisung.

Wer diesen Antrag in den Kultusausschuss überweisen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie sich so entschieden.

Wir kommen also zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts.

Der nächste, 43. Tagungsabschnitt ist vom 28. bis zum 30. April vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen, und der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Ich schließe nun die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg und ein schönes Wochenende.

Schluss der Sitzung: 14.55 Uhr.